

Heinz Albers-Schönberg

HAT DIE **SCHWEIZ** DEN KRIEG VERLÄNGERT?

Handels-, Gold-
und Verkehrspolitik
gegenüber Deutschland
im Zweiten Weltkrieg

NZZ Verlag

Die schweizerische Gold-, Handels- und Verkehrspolitik gegenüber Deutschland im Zweiten Weltkrieg ist in der jüngsten Vergangenheit Gegenstand heftiger Diskussionen geworden. Sie gipfelte in Stuart Eizenstats These, die Schweiz habe durch ihr Verhalten den Krieg verlängert. Dieser Auffassung widerspricht der Verfasser der vorliegenden Studie. Er stellt die wichtigen Fakten übersichtlich zusammen und schätzt die Bedeutung des Waffen- und Kriegsmaterialexports der Schweiz sowie der Dienstleistungen der Schweizerischen Bundesbahnen ab; die Funktion der Schweiz als Gold- und Devisenhandelsplatz wird in Beziehung gesetzt zu den Bedürfnissen der deutschen Rüstungsindustrie nach Spezialmaterialien für die Herstellung von Kriegsgerät.

Der Verfasser vertritt die Meinung, dass die Schweiz während der ersten Kriegsjahre dem Druck des Dritten Reiches bis zu einem gewissen Grad nachgeben musste, dass sie aber ihre Interessen wahren und so ihre Unabhängigkeit erhalten konnte. Ab Mitte 1943 ändert sich das Bild etwas: Nun hätte wohl auch eine zurückhaltendere Wirtschaftspolitik verfolgt werden können. Zu pauschalen Verurteilungen geben die Fakten jedoch keinen Anlass, wie diese differenzierte, allgemeinverständliche Studie belegt.

Hat die Schweiz den Krieg verlängert?

Handels-, Gold- und Verkehrspolitik gegenüber Deutschland im Zweiten Weltkrieg

Die wichtigsten Fakten
in Kürze
und eine Beurteilung

von
Heinz Albers-Schönberg

NZZ Verlag

© 1999, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich
ISBN 3-85823-797-3

That that is is.

Das, was ist, ist.

William Shakespeare
Twelfth night or what you will
Was ihr wollt
IV,2

No matter how on the mark
the particulars of their criticism may be,
after-the-fact advisers usually miss the point.

Variation nach William Raspberry
International Herald Tribune, August 21, 1998

Vorwort

Die Angriffe auf die Schweiz sind vehement, und sie werden unter allen möglichen Titeln vorgetragen. Immer wieder wird die Öffentlichkeit mit Vorwürfen an die Adresse unseres Landes konfrontiert.

Die Tatsache, dass der Bundesrat eine Historikerkommission unter der Leitung von Prof. Jean-François Bergier eingesetzt hat, mit dem Auftrag, die Geschichte des Verhaltens der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs durch wissenschaftliche Wahrheitssuche zu erforschen und auszuleuchten, ist sehr zu begrüssen, es wird jedoch mehrere Jahre dauern, bis die Kommission Bergier ihre definitiven Berichte vorlegen kann. Der aufmerksame Zeitgenosse benötigt hingegen **heute** Information, er interessiert sich **heute** dafür, wie es war, weil er wissen will, wie er sich zu den Vorwürfen stellen soll. Die «Aktivdienstgeneration» fühlt sich angegriffen, sie verlangt eine Rechtfertigung, die jüngeren Generationen verlangen Auskunft von Vätern und Grossvätern, und diese Auskunft wird **heute** verlangt. Information liefert die Presse zwar dauernd, von Tag zu Tag, aber selten zusammenhängend.

Ich habe versucht, über die schweizerische Wirtschafts-, Handels- und Goldpolitik im Zweiten Weltkrieg sowie über die Verkehrspolitik in der damaligen Zeit all das kurz und knapp darzustellen, was man schon lange weiss. Sehr vieles über diese ausserordentlich wichtigen Aspekte der damaligen Geschichte der Schweiz ist schon publiziert worden, und es gibt auch bemerkenswert frühe Untersuchungen zu diesem Thema.

Man muss aber die vorhandene und publizierte Information in vielen verschiedenen Quellen zusammensuchen; das Folgende ist das Resultat meines Suchens. Ich präsentiere nichts Neues, sondern nur die wesentlichen, bekannten und publizierten «facts and figures» – aber zusammengefasst, – und meine Wertung. Den Inhalt des als «Zwischenbericht» publizierten Goldberichts der Kommission Bergier, der in vielem präzisiert, was man schon wusste, habe ich berücksichtigt, ebenso eine neue Studie der Schweizerischen Nationalbank über die damalige Währungspolitik.

Die vorliegende Arbeit habe ich für mich selbst unternommen, weil ich wissen wollte, wie es damals gewesen ist; mihi ipsi scripsi, für mich selbst habe ich geschrieben, um mir ein Urteil zu bilden. Die «Bewältigung der Vergangenheit» kann nur individuell geschehen; jeder Einzelne muss sich bemühen, die jüngste Geschichte zu verstehen. Das vorgelegte Ergebnis stellt meine persönliche Meinung dar.

Da ich nicht Historiker bin, sondern Naturwissenschaftler, könnte es sein, dass man mir vorhält, ich sei für die vorliegende Studie nicht qualifiziert, und das Ergebnis meiner Arbeit ergäbe eine allzu starke Vereinfachung. Ich sehe dem ohne Beunruhigung entgegen: Entsprechend meiner wissenschaftlichen Ausbildung bin ich es gewohnt, mich auf wissenschaftliche Quellen abzustützen, ihre Qualität zu beurteilen und mich mit ihnen auseinanderzusetzen; die von mir benutzten Quellen habe ich nachvollziehbar angegeben. Im Übrigen meine ich, dass eine gewisse Vereinfachung der Zusammenhänge hier nützlich, ja sogar notwendig ist, denn sie gestattet, das Ganze zu sehen, statt nur die Einzelheiten. Bei der Beurteilung des

Verhaltens der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ist genau dieses wichtig; wer sich in allzu viele Details vertieft, wird die grossen Zusammenhänge nicht überblicken.

Ein wichtiges Wort vorab: Wer versucht, sich in die damalige Lage der Schweiz zu versetzen und das Handeln der damals Verantwortlichen zu beurteilen, möge sich Jean Rodolphe von Salis zu Herzen nehmen; dieser schreibt im Vorwort zur gedruckten Ausgabe seiner berühmten damaligen Wochenberichte: *«In der Rückschau sieht alles so aus, als ob das Kriegsgeschehen nur so und nicht anders hätte ablaufen können. Das ist aber nicht selbstverständlich. (...) Die Aufgabe besteht»* [bestand damals] *«darin, anhand von feststellbaren Gegebenheiten eine Diagnose der politischen und militärischen Lage zu stellen und von ihr, mit der gebotenen Vorsicht, eine Prognose abzuleiten.»*

Ein zweites wichtiges Wort vorab: Die vorliegende Studie handelt dort, wo sie von Gold handelt, von jenem Gold, welches Deutschland in den von ihm besetzten Ländern den dortigen Nationalbanken, den dortigen Banken und zu einem kleineren Teil Juwelieren und dort ansässigen Privatpersonen gestohlen hat. Dieses Gold ist im Zusammenhang mit den Handelsbeziehungen Deutschlands während des Zweiten Weltkrieges wichtig. Gold, welches physisch verfolgten Personen (Juden und anderen) weggenommen wurde (Opfergold, «victim gold»), wird in dieser Studie nicht behandelt. Das Thema des Opfergoldes ist vielmehr eines der Teilthemen im Thema eines ganz anderen, eines mit Worten nicht fassbaren Unglücks: Der massenhaften und systematischen Ermordung unschuldiger Menschen. In jenem Zusammenhang wird von

Gold geredet werden müssen, welches in Gramm nicht gewogen und in Franken nicht bewertet werden kann. Dieses Thema ist nicht Gegenstand der vorliegenden präzise abgegrenzten Studie.

Wichtige, hier ebenfalls nicht behandelte Fragenkomplexe sind die Flüchtlingspolitik der Schweiz, der Verbleib der in die Schweiz verbrachten Fluchtgelder und der Handel mit Raubkunst; diese und weitere einschlägige Themen liegen ausserhalb des Rahmens der hier vorgelegten Arbeit. Meine Studie befasst sich ausschliesslich mit der von Stuart Eizenstat vorgebrachten These, die Schweiz habe durch ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland den Zweiten Weltkrieg verlängert.

Zürich, den 15. Juni 1999

Heinz Albers-Schönberg

Inhalt

Die schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg	13
- Vom Kriegsausbruch 1939 bis Juni 1940	14
- Vom Frühsommer 1940 bis Ende 1942	17
- Von Anfang 1943 bis 1944	26
- Von Anfang 1944 bis zum Ende des Krieges	28
- Bilanz	29
- Der Nutzen für die deutsche Kriegswirtschaft	36
- Neutralitätspolitische Aspekte	41
- Der Zusammenhang mit der «Märzkrise» 1943	45
Der schweizerische Goldhandel im Zweiten Weltkrieg	50
- Die Deutschland zur Verfügung stehenden Zahlungsmodi	52
- Die Goldtransaktionen der Deutschen Reichsbank	55
- Die Goldtransaktionen der Schweiz. Nationalbank	63
- Der Gesamtgoldfluss in die Lieferländer	70
- Fazit	71
- Rechtliche Aspekte des Goldhandels	78
- Wozu brauchte Deutschland Gold und Devisen?	82
Die schweizerische Verkehrspolitik im Zweiten Weltkrieg	96
Die schweizerische Armeeführung und die Handelspolitik gegenüber Deutschland	100
Überlebensstrategie und Kritik	108
- Die Überlebensstrategie	108
- Die Kritik	114
Warum hat Hitler die Schweiz nicht angegriffen?	129
Schlussfolgerungen	135
Hat die Schweiz den Krieg verlängert?	140
Statt eines Nachwortes	142
Dank	146
Konsultierte Literatur	148
Curriculum vitae des Verfassers	151

Die Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg

Ich versuche im folgenden Kapitel, die schweizerische Handelspolitik während des Zweiten Weltkrieges in ihren wesentlichen Aspekten und Phasen nachzuzeichnen. Mein Ziel ist, einen knappen Überblick zu gewinnen, der die verschiedenen Phasen der Handelsbeziehungen der Schweiz mit den kriegführenden Mächten resümiert und strukturiert und sie in Beziehung setzt zum Ablauf der Kriegshandlungen. Dabei soll versucht werden, zu zeigen wieweit die Handelspolitik mitgeholfen hat das Überleben der Schweiz zu ermöglichen, ob und wieweit diese Handelspolitik es aber gleichzeitig auch den Achsenmächten ermöglicht hat, sich Vorteile zu verschaffen und Güter zu beziehen, die benötigt wurden und nur mit Unterstützung der Schweiz erhältlich waren.

Bei der Aufrechterhaltung ihres Aussenhandels hatte die Schweiz im Wesentlichen zwei Ziele: Erstens musste die Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln aufrechterhalten werden, und zum zweiten musste die Einfuhr von Rohstoffen so gut wie möglich gesichert werden, einmal um die Verteidigungsbereitschaft sicherzustellen, zum anderen um die schweizerische Volkswirtschaft in Gang zu halten und damit das Umsichgreifen von Arbeitslosigkeit und der mit dieser verbundenen sozialen Probleme zu verhindern.

Rückblickend und zusammenfassend beurteilte Hornberger den Aussenhandel während des Zweiten Weltkrieges wie folgt: «Trotz der äusserst ungünstigen Lage, in welche das

Kriegsgeschehen die Schweiz geographisch versetzt hat, ist es ihr gelungen, ihren Aussenhandel in einem in Anbetracht der Verhältnisse sehr ansehnlichen Umfang aufrechtzuerhalten, und zwar nicht nur mit den Nachbarländern, sondern auch mit Übersee und anderen Staaten, welche nur im Transit über von Kriegführenden beherrschte Gebiete erreicht werden konnten. Dass dies grosso modo gelungen ist, obschon die Kriegsmächte allen Verkehr, der von ihren Territorien aus- oder über dieselben ging, aufs Schärfste und Engherzigste kontrollierten, ist den Verträgen und ihrer alles in allem korrekten Anwendung zuzuschreiben, welche die Schweiz seit Ausbruch des Krieges, zum Teil schon vorher, über die Abwicklung der Transporte, über Blockade und Gegenblockade und über die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen mit den Kriegführenden abgeschlossen hatte»¹.

Was war das Ziel der schweizerischen Handelspolitik und worin bestand das von Hornberger genannte Vertragssystem im Einzelnen?

Vom Kriegsausbruch im September 1939 bis zur Niederlage Frankreichs im Juni 1940

In der Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges verhielten sich die Kriegsgegner der Schweiz gegenüber zunächst völlig verschieden:

¹ HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», Eugen Rentsch Verlag, (1970), pg. 14.

Die *deutsche Regierung* erklärte anfänglich, mit den Neutralen einen vollkommen normalen Handelsverkehr aufrechterhalten zu wollen. Deutschland erwarte dabei, hiess es, dass die Neutralen sich umgekehrt gleich verhielten; Berlin betonte aber erstaunlicherweise, dass man nichts dagegen habe, wenn die Neutralen auch mit den Gegnern Deutschlands einen normalen Handelsverkehr aufrechterhalten würden; man werde das nicht als neutralitätswidrige Handlung betrachten². Zunächst hielt sich Deutschland auch an diese Erklärung. Die Schweiz erliess sogleich ein vorsorgliches allgemeines Ausfuhrverbot, so dass über die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs Verhandlungen aufzunehmen waren. Dieser Wiederaufnahme stand zunächst entgegen, dass im schweizerisch-deutschen Clearingverkehr³ aus der Vorkriegszeit eine Schuld Deutschlands in Höhe von 80 Mio. Franken aufgelaufen war, so dass der Handelsverkehr aus Gründen der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zum Erliegen zu kommen drohte. Um dies zu verhindern, nahm Deutschland Verhandlungen auf, in deren Rahmen die Schweiz die Tilgung der deutschen Schulden verlangte. Obwohl Schuldentilgung etwa das letzte war, was Deutschland damals im Sinn hatte, trat es murrend⁴ auf diese Bedingung ein und lieferte im ersten Kriegswinter

² Proklamation der deutschen Regierung an die Neutralen, wörtlich zitiert bei HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», pg. 28.

³ Das sog. Clearingverfahren war ein schweizerisch-deutsches Verrechnungsverfahren, welches wegen der deutschen Devisenbewirtschaftung seit 1934 notwendig geworden war; es sah vor, die gegenseitigen Forderungen zu verrechnen und nur den verbleibenden Saldo auszugleichen. Vgl. auch VONDER MÜHLL, ASM/VSM Bericht, (1997), pg. 8. («Kanonen statt Butter» war damals die These der deutschen in erster Linie rüstungspolitisch begründeten Wirtschafts- und Devisenpolitik.)

⁴ HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», pg. 29 ff.

vor allem Kohle und Eisen, so dass bis zum Frühjahr 1940 sogar ein deutsches Clearing-Guthaben in Höhe von 40 Mio. Franken aufgebaut werden konnte.

Die *Alliierten* – damals England und Frankreich – reagierten nach dem Ausbruch des Krieges völlig anders: Sie setzten eine totale Blockade der Schweiz in Kraft, d.h. sie gaben Warenlieferungen nach der Schweiz nur dann frei, wenn der Empfänger ein sogenanntes «Undertaking» unterzeichnete, worin er erklärte, dass weder unter direkter noch unter indirekter Verwendung dieser Handelsgüter Lieferungen nach Deutschland getätigt würden. Diese Regelung drohte den gesamten Aussenhandel der Schweiz zu blockieren, so dass es notwendig wurde, zwischen der Schweiz und den Alliierten einen *modus vivendi* zu finden, welcher in einem sogenannten «Blockadevertrag» fixiert wurde: In mühsamen Verhandlungen war es gelungen, das «War Trade Agreement» vom 24. April 1940 auszuhandeln; es beinhaltete, dass gewisse Waren überhaupt nicht nach Deutschland geliefert werden durften, dass andere Waren in unverändertem Zustand nicht nach Deutschland geliefert werden durften, dass es aber für viele Waren auch gestattet war, im Rahmen des «*courant normal*», d.h. etwa auf dem Niveau der Vorkriegsjahre⁵, Lieferungen nach Deutschland zu tätigen; erstaunlicherweise befanden sich auf dieser «Freiliste» auch durchaus «kriegswichtige» Waren, wie Maschinen und Apparate, Werkzeuge, Kugellager etc., ja sogar Waffen; auf die Möglichkeit schweizerischer Waffenlieferungen wird später zurückzukommen sein. Dieses «War

⁵ Wegen der langdauernden Folgen der Wirtschaftskrise war erst das Jahr 1938 wieder ein einigermaßen «normales» Jahr. VONDER MÜHLL, ASM/VSM Bericht, (1997), pg. 12.

Trade Agreement» hatte das Ziel und hätte es der Schweiz auch ermöglicht, einen einigermaßen normalen Handelsverkehr mit beiden Seiten aufrechtzuerhalten, wenn die Transportwege offen geblieben wären. Das mühsam ausgehandelte Agreement wurde jedoch schon wenige Wochen nach seiner Unterzeichnung durch die Kriegereignisse des Frühsommers 1940 überholt und teilweise gegenstandslos, wenn auch nicht de jure, so doch de facto. Dass es de jure als ein mit den Alliierten abgeschlossener unbefristeter Vertrag galt und auch weiterhin fortbestand, war allerdings sehr wichtig: Das Abkommen fixierte den Grundsatz, dass die neutrale Schweiz die Auffassung durchsetzte, mit beiden kriegführenden Parteien Warenverkehr pflegen zu dürfen⁶. Dies gab der Schweiz die Möglichkeit, auch mit Deutschland – unter Einhaltung der Vorschriften des mit den Alliierten ausgehandelten «War Trade Agreement» – entsprechende Regelungen zu suchen und Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten.

Vom Zusammenbruch Frankreichs im Frühsommer 1940 bis zum Ende der deutschen Machtposition Ende 1942

Der Abschluss des «War Trade Agreement» fiel zeitlich mit dem Ende der «drôle de guerre» zusammen: Am 9. April 1940 überfiel Deutschland Dänemark und Norwegen, und am 10. Mai begann der Angriff gegen Holland, Belgien und Frankreich, der im Juni zur totalen Niederlage Frankreichs und zur Vertreibung Englands vom europäischen Kontinent führte; die englische Armee konnte einen grossen Teil ihrer Bestände

⁶ ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», Helbing & Lichtenhahn, (1997), pg. 35.

über den Kanal retten, während Frankreich am 22. Juni 1940 zum Waffenstillstand von Compiègne gezwungen war. Die französische Regierung richtete sich im unbesetzten Teil Frankreichs in Vichy ein und musste eng mit Deutschland kooperieren.

Schon im Mai 1940 hatte die deutsche Regierung von der Schweiz etwas verlangt, was sie bis dahin überraschenderweise nicht begehrt hatte: Die Lieferung von Kriegsmaterial⁷. Ursprünglich hatten die Alliierten nach Kriegsbeginn die gesamte schweizerische Waffenproduktion aufgekauft und die Produktionsanlagen durch umfangreiche Bestellungen blockiert, während Deutschland keinerlei nennenswerte Bestellungen getätigt hatte. Die schon laufenden alliierten Aufträge waren denn auch der Grund dafür gewesen, dass der Schweiz im «War Trade Agreement» die Waffenausfuhr nicht verboten worden war. Nun begehrte Deutschland die paritätische Lieferung von Waffen, wo doch die Alliierten die Liefermöglichkeiten der Schweiz durch ihre grossen Bestellungen schon völlig ausgeschöpft hatten: Das Problem löste sich durch die völlige Einkreisung der Schweiz: Bis auf einen engen Durchlass bei Genf⁸, der in das unbesetzte Vichy-Frankreich führte, und der warenflussmässig zunächst noch ziemlich frei war, ab 1941 aber weitgehend unter deutscher Kontrolle stand, war die Schweiz von Hitlers und Mussolinis Armeen völlig umgeben. Die Waffenlieferungen für die Alliierten wurden unausführbar und Deutschland konnte, oder musste, an deren statt

⁷ ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 79 ff.

⁸ KLAUS URNER, «Die Schweiz muss noch geschluckt werden», Verlag NZZ, (1991), pg. 85 ff.

beliefert werden. Es war ein tückischer – aber unter dem Gesichtspunkt des Überlebens vielleicht auch ein günstiger – Zufall, dass die von den Alliierten selbst im «War Trade Agreement» verlangte Freigabe von Waffenlieferungen nun dazu führte, dass das nationalsozialistische Deutschland unter Berufung auf die Freiliste des von der Schweiz mit den Alliierten abgeschlossenen «War Trade Agreement» die Belieferung mit Waffen begehren konnte. Der Bundesrat hatte ursprünglich ein totales Waffenausfuhrverbot erlassen, dieses aber auf Wunsch der Alliierten schon am 8. September 1939 wieder aufgehoben. Deutschland zögerte im Sommer 1940 nicht, nun seinerseits Waffenlieferungen zu verlangen und es verschaffte seinen Wünschen Ende Juni 1940 mit der Sperrung der für die Schweiz lebenswichtigen Kohlelieferungen den entsprechenden deutlichen Nachdruck⁹. Die Drohung mit der Sperre der Kohle- und Eisenlieferungen sollte in der Folge quasi ein Dauerzustand werden, wobei zu bedenken ist, dass die Schweiz ungenügend gerüstet vom Kriegsausbruch überrascht worden war, und dass gerade damals, im Hochsommer 1940, die Idee des Reduits entwickelt wurde und verwirklicht werden musste^{10 11}. Als Zweck des Reduits nannte der damalige Generalstabschef, Jakob Huber, die «möglichst lange Er-

⁹ Der deutsche Unterhändler Hans-Richard Hemmen, nach Homberger ein «äusserst arroganter Mensch, dem die deutschen Kriegserfolge in den Kopf gestiegen waren», erklärte der schweizerischen Delegation in Berlin, man müsse die ganze Situation aus dem Blickwinkel des zukünftigen Zentral-europa sehen, dem die Schweiz in guten wie in schlechten Jahren verbunden sein werde. (Zitiert in ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 85.)

¹⁰ EDGAR BONJOUR, «Geschichte der Schweizerischen Neutralität», Helbing & Lichtenhahn, (1971), Bd. IV, pg. 168 ff.

¹¹ Festungsbau ist ohne Panzerplatten, Stahl, Armierungseisen und Zement, zu dessen Herstellung Energie benötigt wird, undenkbar.

haltung einer unabhängigen Landesregierung und einer aktionsfähigen Armee; Sperrung aller Alpenübergänge von Sargans bis St. Maurice¹²; darauf ist weiter unten zurückzukommen.

Die Schweiz war total eingekreist und erpressbar geworden: Keine Ware konnte die Schweiz verlassen oder in die Schweiz geliefert werden, ohne die Kontrolle der Achse zu passieren. Die Folge war, dass Deutschland nun nicht nur die Lieferung von Waffen verlangte, sondern auch die Aufhebung der Vorschrift des «War Trade Agreement», wonach der übrige Handel sich im Rahmen des «courant normal» der Vorkriegszeit halten müsse. Darauf konnte die Schweiz nicht eintreten ohne das «War Trade Agreement» zu gefährden, und es kam zu sehr schwierigen Verhandlungen¹³, welche zum Abkommen vom 9. August 1940 führten: Im Wesentlichen beinhaltete dieses, dass Deutschland zusicherte, die Schweiz weiterhin mit Kohle und anderen Rohstoffen zu beliefern, dass andererseits die Schweiz Deutschland im Rahmen der Clearingverträge einen Kredit in Höhe von zunächst 150 Mio. Franken einräumen musste¹⁴; dieser Kredit hatte den Zweck, neben der Lieferung normaler Waren nach dem Prinzip der Fortsetzung des «courant normal» den nötigen finanziellen Raum für die Waf-

¹² EDGAR BONJOUR, «Geschichte der Schweizerischen Neutralität», Bd. IV, pg. 171.

¹³ Ausführlich beschrieben bei ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 69 bis 131.

¹⁴ Der deutsche Unterhändler sprach «von der nicht zu umgehenden Kreditgewährung durch die Schweiz». ROBERT U. VOGLER, a.a.O., pg. 105. Dabei ist zu bedenken, dass Deutschland die Kohlepreise bereits während der Verhandlungen verdoppelt hatte.

fenlieferungen nach Deutschland zu schaffen¹⁵. Um neutralitätspolitisch korrekt zu handeln und die Lieferungen aus Übersee nicht zu gefährden, musste die Schweiz versuchen, auch mit den Alliierten den Handelsverkehr aufrechtzuerhalten; das gelang, erforderte aber für jede einzelne Lieferung eine Freigabe; zu diesem Zweck war von der deutschen Gesandtschaft in Bern ein «Geleitschein» auszustellen¹⁶. Dieses System funktionierte mühselig und mehr schlecht als recht bis zum Sommer 1941: Überseeische Lieferungen trafen in der Schweiz ein, und ebenso Lieferungen aus Deutschland und seinen östlichen Nachbarländern, vor allem Kohle, Eisen und aus Rumänien Treibstoffe. Politisch sehr wichtig war dabei, dass das «War Trade Agreement» respektiert und ein ungefähres Handelsgleichgewicht mit den Alliierten aufrechterhalten wurde. Aber schon im Winter 1940/1941 meldete Deutschland weitere Waffenbestellungen an, forderte eine Erhöhung des Kredits um weitere ca. 300 Mio. Franken¹⁷ und bot als Gegenleistung nur die Fortsetzung der bisher schon vorgesehenen Lieferungen von Kohle und anderen Rohstoffen.

¹⁵ Der «courant normal» war durch sog. «Wertgrenzen» definiert, d.h. durch feste Kontingente für Waren, die nach Deutschland exportiert werden durften.

¹⁶ Es ist erwiesen, dass erhebliche Lieferungen kleiner Präzisionsbauteile, die für die Zünderfabrikation verwendet wurden, ausserhalb des Geleitschein-Systems nach England geschuggelt wurden. ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 134 ff.

¹⁷ ROBERT U. VOGLER, a.a.O., pg. 149 und KLAUS URNER, «Neutralität und Wirtschaftskrieg», in «Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz» von KENNETH ANGST, Hrsg., Verlag NZZ, (1997), pg. 75 ff., ausserdem KLAUS URNER in drei Artikeln in der NZZ am 27. November, am 2. Dezember und am 6. Dezember 1968.

Anfangs 1941 wurden präzise deutsche Wünsche nach Waffenlieferungen und Krediten signalisiert; es kam im Protokoll vom 7. Februar 1941 zur Genehmigung eines weiteren schweizerischen Kredits in Höhe von 165 Mio. Franken und zur Zusage, weitere Kredite einräumen zu wollen, falls gewisse Bedingungen erfüllt würden. Aber bald traten Schwierigkeiten auf, indem Deutschland das Begehren stellte, die Schweiz solle nochmals weitere – und zwar diesmal freie – Kredite gewähren und durch Aufhebung der Wertgrenzen Deutschland endlich gänzlich freie Hand bei der Auswahl der einzukaufenden Waren einräumen¹⁸; hierauf konnte die Schweiz nicht eintreten, ohne das «War Trade Agreement», welches die Basis für den Import überseeischer Güter bildete, zu gefährden. Die Verhandlungen waren äusserst schwierig: Deutschland stand auf der Höhe seiner Macht, in Russland war es während der Zeit dieser Verhandlungen noch nicht engagiert und daher noch ganz ohne die Belastung durch die späteren Schwierigkeiten im Osten. Die Schweiz konnte die deutschen Forderungen zwar nur teilweise abwehren, aber es gelang ihr wenigstens, eine zeitliche Staffelung der angeforderten Lieferungen und damit eine Gültigkeitsdauer des neuen Abkommens vom 18. Juli 1941 bis zum Ende des Jahres 1942 zu erreichen; dies sollte der Schweiz die deutschen Lieferungen für eine längere Dauer sichern, und ausserdem verhindern, dass Deutschland mit allzu grossen Bestellungen den Kredit vorzeitig erschöpfen und schon vor Vertragsablauf wieder mit neuen Forderungen auftreten würde. Das Zugeständnis der Schweiz war die Erhöhung des Clearing-Kredits auf 450 Mio. Franken bis Ende 1941, auf 650 Mio. bis Ende

¹⁸ HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», pg. 62.

Juni 1942 und insgesamt vertragsgemäss bis Ende 1942 auf «höchstens» 850 Mio. Franken. Deutschland verpflichtete sich, Kohle und Eisen in höheren Mengen als bisher zu liefern, ferner Tonerde¹⁹, Düngemittel, Saatgut, Treibstoffe etc. Für von der Schweiz zu lieferndes Kriegsmaterial musste Deutschland noch zusätzliches Rohmaterial anliefern. Der erhöhte Clearing-Vorschuss gewährleistete weiterhin den Export anderer Güter ausserhalb des Rüstungsbereiches und ergab damit Arbeit für Industrie und Gewerbe in der Schweiz. Deutschland versprach, Erleichterungen bei der Gegenblockade zu gewähren, allerdings sollte nun der gesamte Verkehr nur über Genf laufen, wo deutsche Zollorgane auf Schweizer Boden zu stationieren waren; um den Export militärisch wichtigen Kleinmaterials zu verhindern, sollte der bisher erlaubte Päckchenverkehr mit den alliierten Ländern verboten sein. Der Vertrag vom 18. Juli 1941 war in harten und langwierigen Verhandlungen²⁰ ausgehandelt worden, während deren die schweizerischen Unterhändler einer jedes Druckmittel einsetzenden deutschen Delegation gegenüberstanden. Mit Krediten und Waffenlieferungen erkaufte die Schweiz die Lieferung von Rohstoffen und Kohle und die Sicherung der Beschäftigung für viele Bereiche der schweizerischen Wirtschaft.

Nun aber stellte sich die Aufgabe, mit den Alliierten das «War Trade Agreement» nachzuverhandeln und dem veränderten Konzept des Vertrages mit Deutschland anzupassen, was unter den gegebenen Umständen äusserst schwierig war. England

¹⁹ Tonerde (Al_2O_3) ist der Ausgangsrohstoff für die Aluminiumherstellung.

²⁰ Ausführlich beschrieben bei ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 134 bis 173.

reagierte zunächst mit vehementer Kritik und einer Protestnote an den Bundesrat. Die Alliierten verlangten vermehrte Lieferungen, in anderen Worten eine Kompensation, einen «Compensation Deal», der wenigstens teilweise auch zustande kam und eine Lockerung der deutschen Gegenblockade erforderte; technisch bedingte dies ab März 1942 eine langdauernde Mission einer von Hans Sulzer²¹ angeführten schweizerischen Handelsmission nach London. Die Verhandlungen mit London mussten bilateral und zeitlich parallel mit ebenfalls bilateralen Verhandlungen mit Berlin geführt werden²², was nur schon wegen der Kommunikationsprobleme zu grossen Schwierigkeiten führte²³. Den politischen Hintergrund zu diesen Verhandlungen bildeten anfänglich die immer noch spektakulären Erfolge Deutschlands in Russland²⁴ und in Nordafrika; erst gegen Ende 1942 zeichneten sich die grossen militärischen Schwierigkeiten ab, in welche Deutschland nun geriet. Insgesamt blieb der «Compensation Deal» ein nicht sehr wirkungsvolles Instrument, insbesondere auch deshalb, weil nun einige Monate nach dem Eintritt Amerikas in den

²¹ Dr. Hans Sulzer war Präsident des Verwaltungsrates der Gebr. Sulzer AG in Winterthur. Weitere Mitglieder dieser Mission waren Prof. Paul Keller (HSG), Delegierter für Kriegswirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) und zeitweise Prof. William E. Rappard.

²² Alle Verhandlungen mit Berlin wurden von Jean Hotz, Direktor der Eidg. Handelsabteilung, Robert Kohli, Sektionschef in der Abtlg. für Auswärtiges im Politischen Departement und Heinrich Hornberger, Direktor des Schweiz. Handels- und Industrievereins, geführt.

²³ Vgl. hierzu HEINRICH HOMBERGER, «Minister Hans Sulzer zum Gedächtnis», Schweizer Monatshefte, Sonderbeilage zur Januar-Nummer 1960.

²⁴ Allerdings hatte schon der erste Kriegswinter 1941/1942 in Russland der mangelhaft ausgerüsteten deutschen Wehrmacht erhebliche Probleme bereitet.

Krieg im Dezember 1941²⁵ die von den Alliierten begehrten schweizerischen Lieferungen an Bedeutung stark einbüssten. Lieferungen für die Schweiz wurden nur sehr zögernd freigegeben, weil der «Compensation Deal» 'kaum funktionierte, und weil die Schweiz bis Ende 1942 mit Deutschland im Vertrag vom 18. Juli 1941 gebunden war. Ein Kreditangebot der Schweiz an England wurde abgelehnt, es war für die Alliierten nicht wichtig genug. Sulzer kehrte Ende 1942 weitgehend unverrichteter Dinge in die Schweiz zurück. Immerhin wusste man nun in Bern, was die Alliierten erwarteten: Eine Reduktion der schweizerischen Lieferungen an Deutschland. «Der Einkreisung gegenüber hatte sich die Schweiz bisher mit ihren wirtschaftlichen Leistungen zur Wehr gesetzt; Kredite, Warenlieferungen, und Transportleistungen [durch den Gotthard und den Lötschberg/Simplon] für die Achse bildeten das Lösegeld, mit dessen Hilfe es der Schweiz dank der Duldung durch Grossbritannien gelungen war, ihre Versorgung, ihre Produktion und Beschäftigung und ihren Verkehr mit der Welt ausserhalb der Achse trotz der Umklammerung aufrechtzuerhalten. Jetzt war das in Frage gestellt, da die Alliierten es ablehnten, die Schweiz weiterhin mit überseeischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu versorgen, wenn der Export nach Deutschland nicht zurückging»²⁶, ²⁷. Andererseits kam es bei der Abwicklung des Vertrages vom 18. Juli 1941 auch mit Deutschland zu erheblichen Schwierigkeiten: Die deutschen

²⁵ Nach Pearl Harbour erklärte Hitler den USA am 11. Dezember 1941 den Krieg.

²⁶ HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», pg. 87.

²⁷ Homberger übersieht hier, wie wichtig der Goldhandel war; allerdings erreichte der Goldhandel erst ab 1943 seine grösste Bedeutung für Deutschland.

Lieferungen stockten: Schon im Dezember 1941 meldete der deutsche Gesandte in Bern, Otto Köcher, der Mineralölteil des Vertragswerkes könne nicht eingehalten werden²⁸, was nicht erstaunt: Der Russlandfeldzug verschlang alle rumänischen Treibstoffe. Auch die Kohlelieferungen blieben in dem besonders harten Winter 1941/1942 hinter den Abmachungen weit zurück.

Vom Anfang des Jahres 1943 bis zur Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944

Als das deutsch-schweizerische Handelsabkommen vom 18. Juli 1941 Ende 1942 ausgelaufen war, trat die Schweiz auf eine Verlängerung nicht ein: Deutschland war in Schwierigkeiten, das spürte man in der Schweiz, und man liess es anfangs 1943 zu einem vertragslosen Zustand kommen. Bern unternahm den Versuch, Deutschland zu veranlassen, weiterhin Kohle und anderes Rohmaterial zu liefern und dennoch rückläufige Lieferungen aus der Schweiz in Kauf zu nehmen. Deutschland befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer im Vergleich zum Sommer 1941 viel schwierigeren Lage: In Russland stand es seit längerer Zeit in der Abwehr der russischen Gegenoffensive, die Katastrophe von Stalingrad stand unmittelbar bevor, in Nordafrika war Rommel gegen Montgomery in grössten Schwierigkeiten, die deutsche Industrie und Rüstungsindustrie war an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, so dass für Deutschland die Lieferungen aus der Schweiz je länger desto grössere Bedeutung erhielten. Andererseits war

²⁸ KLAUS URNER, «Neutralität und Wirtschaftskrieg», in «Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz» von KENNETH ANGST, Hrsg., pg. 76.

Deutschland seinerseits in Bezug auf den soeben ausge-
laufenen Vertrag mit der Schweiz mit seinen Lieferungen be-
deutend in Rückstand geraten, und es hatte zudem mit seinen
Bestellungen die Kreditlimiten massiv überzogen. Deshalb be-
gehrte Deutschland nun zusätzliche Clearing-Kredite, obwohl
es im alten Vertrag vom 18. Juli 1941 ausdrücklich anerkannt
hatte, dass die Schweiz 850 Mio. Franken zur äussersten
möglichen Kreditlimite erklärt hatte. Das alles stärkte die
Stellung der schweizerischen Unterhändler, aber die Ver-
handlungen waren auch so noch äusserst schwierig, und die
deutschen Vertreter operierten nach wie vor mit Arroganz und
Drohgebärden. Aber «die Schweiz war für das seinem Nieder-
gang entgegengehende Deutschland wirtschaftlich als eine
Oase der Produktion ungeachtet der eintretenden Ausfuhr-
kürzungen wichtiger denn je»²⁹, so dass Deutschland es nicht
zum Bruch kommen liess³⁰.

In einem neuen Vertrag kam es endlich am 23. Juni 1943 zu
einer Abmachung, die verminderte Lieferungen aus der
Schweiz, trotzdem aber weiterhin Kohlelieferungen aus
Deutschland vorsah, und die ausserdem Erleichterungen der
deutschen Gegenblockade gewährte. Die grössere Flexibilität,
die Deutschland zeigen musste, kam auch darin zum Aus-
druck, dass der bisherige sehr arrogant auftretende deutsche
Chefunterhändler Hemmen ersetzt wurde. Die Alliierten ant-
worteten auf den neuen Vertrag zunächst mit einer Sistierung

²⁹ HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Welt-
krieg», pg. 89.

³⁰ Weiter unten wird gezeigt, dass nicht nur, wie Homberger meinte, die
«Oase der Produktion», sondern auch der Finanzplatz und die Alpen-
transitlinien grosse Wichtigkeit hatten, so dass Deutschland zur Schlussfol-
gerung kam, eine Einigung mit der Schweiz nütze mehr als eine festgefahrene
Situation.

überseeischer Nahrungsmittelzufuhren. Aber nun begann auch die Zeit, in welcher die Schweiz je länger je mehr auf die Wünsche der Alliierten und auf den von diesen ausgeübten Druck eintreten musste, und dies auch tun konnte, ohne dass Deutschland noch massiv darauf reagieren konnte. So wurde vorgesehen, die gesamte schweizerische Ausfuhr nach Deutschland 1943 auf nur noch 45% des Wertes von 1942 festzulegen, für Kriegsmaterial wurden noch 36% vorgesehen³¹, Vorgaben, die dann allerdings nicht sofort erreicht sondern zunächst noch überschritten wurden³². Die Schweiz entsandte im November 1943 unter Leitung von Paul Keller eine neue Handelsmission nach London und konnte den Alliierten für 1944 weitere «drastische» Reduktionen der Lieferungen nach Deutschland in Aussicht stellen³³. Die Mission hatte Erfolg und Keller kehrte mit der Zusage von Nahrungsmittelsendungen heim.

Von Anfang 1944 bis zum Ende des Krieges

Die Zeit von Anfang 1944 bis zum Kriegsende ist gekennzeichnet durch zunehmend rudimentäre vertragliche Grundlagen für den Handel mit Deutschland, stets abnehmende schweizerische Lieferungen nach Deutschland, aber auch durch rückläufige Lieferungen von Deutschland in die Schweiz. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man sich klar

³¹ HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», pg. 95.

³² Vgl. Tabelle 1, Seite 32.

³³ HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», pg. 100.

macht, dass etwa ab Mitte des Jahres 1943 die Alliierten durch die zunehmende Intensität der Bombardierung deutscher Städte und Industrieanlagen die deutsche Volkswirtschaft schwer behinderten und zum Schluss zum Zusammenbruch brachten. Deutschland konnte immer weniger liefern, deshalb fehlten mangels neuer schweizerischer Kredite die Geldmittel für die schweizerische Ausfuhr; diese ging im Jahre 1944 gegenüber den Zahlen für 1943 drastisch zurück. Ende des Jahres 1944 brach die deutsche Lieferfähigkeit nach der Schweiz praktisch auf Null zusammen.

Andererseits brachte aber das Kriegsgeschehen des Jahres 1944 eine völlig neue Gegebenheit: Die erfolgreiche alliierte Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 bedeutete das Ende der Besetzung Frankreichs durch Deutschland; die Gegenblockade wurde aufgebrochen. Gleichzeitig waren die deutschen Lieferungen erneut zurückgegangen, so dass der Bundesrat die Waffenausfuhr ganz untersagen konnte, allerdings aus Gründen der konsequenten Neutralitätspolitik auch gegenüber den Alliierten; das blieb de facto ohne Wirkung, weil ein Waffenexport dorthin gar nicht stattgefunden hatte.

Bilanz

Der Krieg war zu Ende. Welches ist die Bilanz des schweizerischen Aussenhandels mit den von der Achse beherrschten Ländern während der Zeit vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1945? Welche Gütermengen wurden insgesamt dorthin exportiert, und welche Mengen von Waffen und anderem kriegswichtigen Material wurden dorthin geliefert? Diese Fragen

können auf Grund bisher vorliegender Publikationen nicht präzise beantwortet werden, weil «bisher aus schweizerischen Archiven keine genaueren Angaben über den tatsächlichen Umfang der Kriegsmaterialexporte bekannt geworden sind. Eine Kategorie ‚Waffen oder Kriegsmaterial‘ taucht in keiner Handelsstatistik auf»³⁴. Immerhin lässt sich aus der statistisch sehr gut abgestützten Arbeit von Vonder Mühl über den Aus- senhandel der schweizerischen Maschinenindustrie³⁵ mit den folgenden drei plausiblen Annahmen eine maximale Obergrenze für den Waffenexport ableiten:

Annahmen:

- a) Europa, ohne Grossbritannien, ohne die Iberische Halbinsel, unter Zurechnung eines Teils von Skandinavien bildet in der Arbeit von Vonder Mühl statistisch «das Gebiet der von Hitler beherrschten Achsenländer».
- b) 1940 gab es noch einen Export von Gütern ohne militärische Bedeutung aus der Schweiz in diese Achsenländer in Höhe von 200 Mio. CHF, welcher für 1941 und die folgenden Jahre jeweils exponentiell um 25% pro Jahr zurückging.
- c) Der nach Abzug der Kategorien Maschinen, Fahrzeuge und Instrumente etc. nach Vonder Mühl verbleibende Exportwert ist der eigentliche Waffenexport.

³⁴ VONDER MÜHLL, ASM/VSM Bericht, (1997), pg. 32.

³⁵ VONDER MÜHLL, ASM/VSM Bericht, (1997), Tabellen 1, 5, und 7.

Für das Total der Jahre 1940 bis 1944 ergibt sich (vgl. Tabelle 1 auf der folgenden Seite) in Franken:

Export insgesamt	7,112 Mia.
Export Übersee	1,713 Mia.
Total Export in die Achsenländer (Annahme a)	4,517 Mia.
davon nicht kriegswichtiges Mate- rial	0,610 Mia.
davon kriegswichtiges Material n. Vonder Mühl (Maschinen, Fahrzeuge, Instrumente etc.)	1,198 Mia.
davon Waffen (Annahme c) maximal	2,709 Mia.

Tabelle 1

Struktur des schweizerischen Exports in die Achsenländer³⁶

Abschätzung der max. möglichen Höhe des Waffenexports

Jahr	1940	1941	1942	1943	1944	Total 1940-1944
	(in Mio. CHF)					
Gesamtausfuhr in Mio. CHF	1'316	1'463	1'572	1'629	1'132	7'112
Ausfuhr in die von der Achse beherrschten Länder in %; Annahme a) in Mio. CHF	58 763	72 1'053	71 1'116	66 1'075	45 509	4'517
Davon						
Maschinen etc.	94	154	203	236	79	766
Fahrzeuge etc.	15	17	20	29	10	91
Instrumente etc.	25	61	109	110	36	341
Subtotal	134	232	332	375	125	1'198
Export nicht-militärischer Güter Annahme b)	200	150	113	84	63	610
Annahme c): Die Differenz sind eigtl. Waffenexporte	429	671	672	616	321	2'709

Daher:

Total Export Industrieprodukte Mia. 1,198

Total max. möglicher Waffenexport Mia. 2,709

Total Industrieprodukte & Waffen insgesamt max. Mia. 3,907

Total Kriegsaufwand der Achsenmächte nach Boelcke³⁷ Mia. 1'200

Beitrag der Schweiz 3,2 Promille

³⁶ Basis: VONDER MÜHLL, ASM/VSM Bericht, (1997), Tabelle 1, 5 und 7.

³⁷ WILLI A. BOELCKE, «Die Kosten von Hitlers Krieg», Ferdinand Schoeningh, Paderborn, (1985), pg. 98 ff.

Ich habe – unabhängig von Vonder Mühl – versucht, in einer Plausibilitätsbetrachtung abzuschätzen, wie gross der Beitrag der Schweiz insgesamt zum Kriegseffort der Achsenmächte gewesen sein kann. Zu diesem Zweck habe ich (vgl. Tabelle 2 auf der folgenden Seite) für die von der Achse beherrschten und in den Krieg verwickelten Länder deren damalige Bevölkerungszahl mit einem mir plausibel erscheinenden Gewichtungsfaktor («Prozent Kriegseinsatz») multipliziert (Legende zur Tabelle), um den relativen (freiwilligen oder erzwungenen) Beitrag dieser Länder zum gesamten Kriegseffort der Achsenmächte zu bewerten, und um zu berücksichtigen, dass Deutschland auf die besetzten Länder einen extremen Produktionsdruck ausübte. Mein konservativerer Ansatz, dass die Schweiz 25% der Leistung ihrer Volkswirtschaft in den Dienst der Achse gestellt habe, überschätzt diesen Beitrag mit Sicherheit; Jakob Tanner gibt 7,5% des Nettosozialprodukts an³⁸, also dreimal weniger. Das Ergebnis dieser Abschätzung ist, dass die Schweiz trotz ihrer starken Verflechtung mit der Kriegswirtschaft Deutschlands höchstens etwa drei bis fünf Promille zu deren Effort beigetragen haben kann; davon waren vermutlich etwa zwei Drittel industrielle und Rüstungsgüter.

Das Resultat dieser Plausibilitätsbetrachtung ist, dass der auf Vonder Mühl und drei plausible Annahmen abgestützte Wert in Tabelle 1 nochmals «als plausibel» erhärtet wird: Der Export von kriegswichtigen Gütern und der Waffenexport der Schweiz kann nicht mehr als zwei bis drei Promille des Aufwands der Achsenmächte für den Krieg betragen haben.

³⁸ JAKOB TANNER, «Bundshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft», Limmatverlag, Zürich, (1986), pg. 281.

Tabelle 2

Wieviel kann die Schweiz zur Gesamtleistung der Wirtschaft der Achsenmächte und der von diesen unterworfenen europäischen Länder im Zweiten Weltkrieg beigetragen haben?

Nota bene: Es handelt sich hier um **Annahmen**, d.h. um einen **Plausibilitätstest**

Land	Bevölkerung in Mio. *)	Prozent Kriegseinsatz der Volkswirt- schaft; siehe Legende	Relative Wichtigkeit der Produktion
Deutschland vor 1938	69,3	150	10'395
Österreich vor 1938	6,7	150	1'005
Italien	45,6	150	6'840
Frankreich **)	41,9	100	4'190
Belgien	8,3	120	996
Holland	3,8	120	456
Schweden	6,6	25	165
Dänemark	3,7	25	93
Norwegen	2,9	25	73
Rumänien ***)	16,2	75	1'215
Polen	35,4	50	1'770
Ungarn	9,1	50	455
Schweiz ****)	4,4	25	110
Total	2 53,9		27'762
Beitrag der Schweiz			0,00396 d.h. ca. 4 Promille

Legende: «Prozent Kriegseinsatz» = **vermutete** Intensität des Einsatzes der gesamten Volkswirtschaft eines Landes für den Krieg auf der Seite der Achse.

*) Quelle: Bevölkerungszahlen z. Zt. des 2. Weltkrieges aus Schweizer Lexikon 1945.

**) Frankreich erhält wegen des unbesetzten Landesteils ein kleines Gewicht.

***) Rumänien erhält wegen der Wichtigkeit der Erdöllieferungen ein hohes Gewicht.

****) Es ist schwer vorstellbar, dass die schweizerische Volkswirtschaft zu mehr als 25% für die Achsenmächte gearbeitet habe. Vgl. Fussnote 38.

Andere Literaturstellen nennen für den Gesamtwert der Lieferungen von Waffen und Rüstungsmaterial sehr verschiedene Zahlen³⁹; diese sind alle deutlich tiefer als die vorstehende einerseits von der Arbeit von Vonder Mühl, andererseits von den damaligen Bevölkerungszahlen abgeleitete Schätzung der möglichen und plausiblen oberen Grenze.

Es kann und muss also davon ausgegangen werden, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg höchstens im Betrage von etwa 3 Mia. Franken kriegswichtiges Material und Waffen an Deutschland und das von ihm beherrschte Europa geliefert hat. Diese Zahl ist zum deutschen Gesamtaufwand für diesen Krieg in Relation zu setzen, wenn man die Bedeutung dieser Lieferungen beurteilen will.

-
- FELIX AUER nennt 1,1 Mia. Franken in «Das Schlachtfeld von Thun», Th. Gut Verlag, (1997), pg. 33, für «Waffen und strategische Güter».
 - WALTER HOFER nennt nur 600 Mio. Franken für den Wert des schweizerischen Rüstungsexportes; in «Wer hat den Krieg verlängert?», NZZ vom 7. Juni 1997, pg. 93.
 - CHRISTOPH BLOCHER nennt in «Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht», SVP, (1997), pg. 16, für den Wert der «Rüstungsgüter im weiteren Sinn», die von der Schweiz nach Deutschland geliefert wurden, die Summe von 1,35 Mia. Franken.
 - LINUS VON CASTELMUR nennt für den Export an Rüstungsgütern (1940 bis 1944) 590 Mio. Franken, in «Aspekte der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der Schweiz im Zweiten Weltkrieg», Kleine Schriften der ETH Nr. 32, (1997), pg. 25.
 - MARKUS HEINIGER nennt für «Strategische Waffen und Kriegsmaterial» 1,075 Mia. Franken, in «Dreizehn Gründe, warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde», Limmat Verlag, (1989), pg. 88; an anderer Stelle, pg. 89, nennt er «rund ein Viertel des Gesamtexportes», was etwa 1,3 Mia. Franken entsprechen würde.

Der Nutzen für die deutsche Kriegswirtschaft

Es ist zu fragen, ob der Handel mit der Schweiz für das kriegsführende Deutschland wesentliche Bedeutung hatte. Ich meine die Frage habe zwei Antworten:

Erstens generell: Der Handel mit der Schweiz ermöglichte es Deutschland, die Wirtschaftsbeziehungen mit der Schweiz aufrechtzuerhalten und dadurch die Produktionskraft eines Teils der schweizerischen Volkswirtschaft für seine Bedürfnisse zu nutzen; dem stand gegenüber, dass Deutschland die Schweiz mit wichtigen Rohstoffen (Kohle, Eisen, Stahl, Grundstoffe der Chemie, Tonerde, Düngemittel, Treibstoffe, Schmieröle etc.) versorgen musste. Dies war für Deutschland je länger desto schwieriger, weil es selbst einen sehr grossen Bedarf zu befriedigen hatte, dafür zeugen die enormen Lieferrückstände, die unter dem Handelsabkommen vom 18. Juli 1941 gegenüber der Schweiz bis Ende 1942 auf gelaufen waren und anschliessend weiterhin aufliefen. Der Vorteil, den Deutschland aus dem Austausch normaler Handelsgüter mit der Schweiz zog, war durchaus real, aber er wurde durch die notwendigen Gegenleistungen relativiert.

Zweitens die Waffenlieferungen: Die schweizerischen Lieferungen von Waffen und anderen Rüstungsgütern waren vielleicht im Anfang des Krieges für Deutschland nicht mehr als eine kleine, aber willkommene Verstärkung seiner eigenen Produktionsmöglichkeiten; je länger der Krieg aber andauerte, desto grösser wurden die innerdeutschen wirtschaftlichen Schwierigkeiten: Der Mangel an Material, der Mangel vor allem an Facharbeitern und die Behinderungen durch die

Bombardierungsschäden verschlechterten die Produktionsbedingungen in Deutschland stetig. Der schweizerisch-deutsche Vertrag vom 9. August 1940 erforderte schon im Winter 1940/1941 Nachverhandlungen; in deren Verlauf notierte der damalige deutsche Verhandlungsleiter Seyboth: «Ich glaube aber, dass (...) ein Entgegenkommen an die Schweiz hinsichtlich der Weiterbelieferung mit Kohle und Eisen nicht zu vermeiden sein wird. Wenn die Schweiz uns jetzt in so erheblichem Umfang wichtigstes Kriegsmaterial liefert, wird man nicht mehr daran festhalten können, dass die Schweiz für uns als Lieferland uninteressant sei und deshalb hinsichtlich Belieferung mit Kohle und Eisen hinter anderen Ländern zurückstehen müsse.»⁴⁰ Hieraus wird klar, dass man in Berlin ursprünglich die Schweiz als «uninteressant» betrachtet hatte; nun aber werden sehr früh im Verlauf des Krieges die Worte «wichtigstes Kriegsmaterial» benützt; das muss wegen des Zeitpunktes dieser Äusserung wahrscheinlich im Zusammenhang mit den damals mit hoher Dringlichkeit laufenden Vorbereitungen für den Russlandfeldzug gesehen werden; zu diesen Vorbereitungen hatte Hitler im Hochsommer des Jahres 1940 Befehl gegeben. Je länger der Krieg dauerte, und je totaler die deutsche Volkswirtschaft in diesem Krieg engagiert war, desto wichtiger wurden offenbar auch kleine Beiträge wie der schweizerische, besonders nachdem sich schon im Dezember 1941 im Osten Schwierigkeiten ergaben, und spätestens im Herbst 1942 als sich abzeichnete, dass der Russlandfeldzug in einem Fiasko enden würde. Ich meine, dass die eigentlichen Waffenlieferungen (inkl. Munition und Ersatzteile), die Zulieferung von Halbfabrikaten für die deutsche Rüstungsindustrie

⁴⁰ Zitiert von URNER in «Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges», NZZ, 27. November 1968, pg. 3.

sowie die Lieferungen von anderen kriegswichtigen Gütern (Werkzeugmaschinen, Spezialmaschinen, elektrische Apparate, Funkgeräte, Aluminium, elektrische Energie etc.) aus der Schweiz, die rein zahlenmässig im Laufe der Zeit zwar deutlich abnahmen, trotzdem an Wichtigkeit relativ eher zunahmen.

Waren die Waffenlieferungen aber ihrem Umfang nach für Deutschland nicht nur erwünscht, nicht nur willkommen, sondern tatsächlich notwendig? Haben sie evtl. zur «Verlängerung des Krieges» beigetragen, wie behauptet wird?⁴¹ Ich meine, dass dem nicht so sein kann, und zwar aus einem quantitativen und einem qualitativen Grund:

Der quantitative Grund: Der totale materielle Aufwand des Dritten Reiches im Zweiten Weltkrieg wird von zwei Quellen auf ca. 270 Mia. US-\$ geschätzt^{42, 43}; das entspricht etwa 1200 Mia. damaliger Schweizerfranken. Die schweizerischen Waffenlieferungen hätten demnach ein bis zwei Tausendstel

⁴¹ STUART EIZENSTAT sagt: «(...) they [the neutrals] pursued vigorous trade with the Third Reich [and this] had the clear effect of supporting and prolonging Nazi Germany's capacity to wage war. (...) The neutrals (...) contributed to prolonging one of the bloodiest conflicts in history», in der Einleitung zu «US and Allied Efforts To Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II», (1997), Eizenstat-Bericht I, Foreword, pg. V.

⁴² AUER, «Das Schlachtfeld von Thun», pg. 33.

Auer zitiert den Grossen Brockhaus 1957, Bd. 12, pg. 448.

⁴³ WILLI A. BOELCKE, «Die Kosten von Hitlers Krieg», gibt 615 Mia. Reichsmark an (pg. 98), das sind etwa 270 Mia. US-\$. Boelcke bezifferte gegenüber Werner Rings im Januar 1984 die deutschen Kriegskosten mit 1'200 Mia. CHF (700 Mia. RM). WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», 1. Auflage Artemis, (1985), hier benützt: Die 2. Auflage Chronos/Piper, (1996), Fussnote 287, pg. 221.

des deutschen Rüstungsaufwandes im Zweiten Weltkrieg beitragen. Auch bei etwas höheren Annahmen kann der schweizerische Beitrag zur Rüstungsanstrengung Deutschlands höchstens zwei bis drei Promille des gesamten Aufwands Deutschlands und der Volkswirtschaften der von ihm besetzten und ausgebeuteten Länder betragen haben. Ein solcher Beitrag kann nicht «kriegsverlängernd» gewesen sein. Natürlich übernahm Deutschland aus der Schweiz jede angelieferte Oerlikon-Kanone, deren es habhaft werden konnte, jede Werkzeugmaschine, jedes Kugellager und jedes andere rüstungstechnisch verwendbare Stück Handelsware; das erklärt auch die zunehmend flexiblere Haltung der deutschen Unterhändler in den Verhandlungen über die Handelsverträge. Aber mengenmässig bedeutend und wichtig, sogar «kriegsverlängernd», «prolonging the war», können Lieferungen dieses Umfangs nicht gewesen sein⁴⁴.

Der qualitative Grund: Die Schweiz konnte im Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen Aluminium, elektrotechnische, mechanische, feinmechanische, uhrenmechanische oder optische Bauteile und Produkte liefern; daneben leichte Oerlikon-Kanonen und Werkzeugmaschinen; ausserdem elektrische Energie für die Aluminiumhütte in Rheinfelden auf der deutschen Seite des Rheins. Über eine eigentliche Schwerindustrie verfügte die Schweiz aber nie, eine leistungsfähige «Waffenschmiede» besass sie nicht. Für den von Deutschland geführ-

⁴⁴ Als Beispiel: Im August 1943 richteten die Alliierten schwere Luftangriffe gegen Schweinfurt, wo die Kugellagerindustrie konzentriert war. Deutschland hatte dadurch von seiner Kugellagerproduktion zwei Drittel eingebüsst; «Die Reserven waren aufgezehrt, die Bemühungen Kugellager aus Schweden und der Schweiz zu beziehen, nur von geringem Erfolg gewesen», ALBERT SPEER, «Erinnerungen», Propyläen Verlag, Berlin, (1969), pg. 298.

ten Krieg waren schwere Waffen entscheidend: Panzerfahrzeuge, gepanzerte Artillerie, Flugzeuge, Jagdflugzeuge⁴⁵; alles, was wirklich entscheidend war, konnte die Schweiz nicht liefern, weil es die entsprechenden Industrien nicht gab (und bis heute nicht gibt). Es ist vom möglichen Lieferprogramm der Schweiz her undenkbar, dass die schweizerischen industriellen Lieferungen für die deutsche Rüstungsindustrie eine strategisch wesentliche Rolle gespielt haben. Auch Rohstoffe kann die Schweiz nicht in nennenswertem Umfang geliefert haben, und sie hätte dies auch dann nicht getan, wenn sie es hätte tun können, denn die schweizerischen Behörden mussten sich zur Aufrechterhaltung der Nahrungsmittellieferungen aus Übersee während des ganzen Krieges so streng wie möglich an das «War Trade Agreement» halten. Unter den Rohstoffen fehlten Deutschland vor allem Treibstoffe, solche hätte Deutschland der Schweiz liefern sollen, nicht umgekehrt. Einige besonders seltene Legierungsmetalle für die Herstellung von Spezialstählen konnte die Schweiz auch nicht liefern, weil sie selbst daran Mangel litt. Insgesamt muss der Vorwurf des Eisenstat-Berichts, die schweizerischen Lieferungen hätten «kriegsverlängernd» gewirkt, als nicht plausibel beurteilt werden^{46, 47}, und dies auch dann, wenn man berücksichtigt, dass

⁴⁵ Am 2. Juli 1940 schlug Göring sogar vor, von der Schweiz die Rückgabe von 90 Messerschmitt Jagdflugzeugen, die Deutschland zwischen dem Herbst 1939 und dem Frühjahr 1940 der Schweiz verkauft hatte, zu verlangen. Zu dieser Rücklieferung kam es nicht. KLAUS URNER, «Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen während des Zweiten Weltkrieges», NZZ, 2. Dezember 1968, pg. 745. Siehe zur Flugzeugaffaire auch ausführlich ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 111 ff.

⁴⁶ WALTER HOFER teilt diese Beurteilung, vgl. sein Artikel «Wer hat den verlängert?», NZZ vom 7. Juni 1997, pg. 93.

die wirtschaftliche Tätigkeit der Schweiz für Deutschland einen vornehmlich veredelnden Charakter hatte: Deutschland lieferte im Wesentlichen Rohstoffe und Rohmaterialien, oder Halbfabrikate, wogegen die Schweiz hochgradig veredelte Ware zurücklieferte, in moderner Sprache: Der Beitrag der Schweiz bestand aus «added value», welcher mit schweizerischer Arbeitskraft erzeugt wurde. Das ist nicht erstaunlich: Die Wirtschaft der Schweiz beruhte immer, auch im Zweiten Weltkrieg, und sie beruht heute noch darauf, «added value» zu erzeugen und zu verkaufen. Gerade darum war ja die Schweiz darauf angewiesen, mit Deutschland Handel zu treiben. Das alles wirkte natürlich damals für Deutschland als Entlastung, selbstverständlich, aber so entscheidend, dass es «kriegsverlängernd» gewirkt hätte, kann es nicht gewesen sein.

Neutralitätspolitische Aspekte des Handels mit Deutschland

Neutralitätspolitisch richtet sich der Handel neutraler Staaten mit den Kriegführenden nach dem Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907; dieses stipuliert, dass neutrale Staaten nicht verpflichtet sind, eine «für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und überhaupt von allem, was für ein Heer oder eine Flotte nützlich sein kann, zu verhindern», dies aller-

⁴⁷ ALBERT SPEER, seit 1942 Hitlers Rüstungsminister, macht in seinen Erinnerungen (s.e.e.o.) keinerlei Bemerkungen über die Lieferungen der Schweiz, ausser der oben genannten Mitteilung über die Erfolglosigkeit der Bemühungen, aus der Schweiz Kugellager zu beschaffen, «Erinnerungen», (pg. 298).

dings unter der Bedingung, dass Beschränkungen und Verbote hinsichtlich der Kriegsmaterialien auf die Kriegführenden gleichmässig anzuwenden sind. Diese Gleichbehandlungsvorschrift bezieht sich auf die formelle Handhabung. «Die beim Kriegsmaterialexport gegenüber den Konfliktparteien zu beachtende Neutralität war keine Frage des Lieferumfangs.»⁴⁸ Über diese Regelungen des Haager Abkommens hatte der Bundesrat ursprünglich, gewitzigt durch die Erfahrungen im Ersten Weltkrieg, hinausgehen wollen und schon im April 1939 vorgesehen, im Falle eines neuen kriegerischen Konfliktes in Europa ein totales Ausfuhrverbot für jegliches Kriegsmaterial zu erlassen. Unter dem Druck der Alliierten, die ihre weiter oben erwähnten schon bestellten umfangreichen Waffenlieferungen beziehen wollten, wich der Bundesrat aber von dieser Absicht zurück: Die Bedürfnisse der schweizerischen Armee sollten zwar Vorrang haben, aber im Prinzip gestattete der Bundesrat die Waffenausfuhr, unter der Auflage einer Bewilligungspflicht. Er tat dies wahrscheinlich auch deshalb nicht ungerne, weil die nun einsetzenden Waffenlieferungen mithelfen konnten, einen Einbruch der Beschäftigung zu verhindern.

Da Deutschland bis zum Frühjahr 1940 keine Waffen bestellt hatte, während die Alliierten die schweizerischen Produktionsmöglichkeiten durch ihre umfangreichen Bestellungen praktisch blockiert hatten, ergab sich eine unerquickliche Lage: Einerseits stellten sich die Deutschen auf den Standpunkt,

⁴⁸ Angaben zitiert bei KLAUS URNER, «Neutralität und Wirtschaftskrieg», in «Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz» von KENNETH ANGST, Hrsg., pg. 59 und bei ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 26.

dass neutralitätsrechtlich nur eine paritätische Belieferung akzeptierbar sei, andererseits wurden Lieferungen an die Alliierten durch die faktischen Zwänge der Kriegslage verunmöglicht: Die Kriegsmacht Frankreich existierte seit dem Juni 1940 nicht mehr, und die Lieferwege nach England waren abgeschnitten. Das Resultat war einfach: Deutschland verlangte Waffen und andere Lieferungen, es schritt zur Erpressung, indem es die Kohlenlieferungen sperrte und weitere Drohungen aussprach, die Schweiz war zu Zugeständnissen gezwungen, wodurch die deutschen Bestellungen auf schweizerische Waffen bald weit über das hinausgingen⁴⁹, was die Alliierten zu Beginn des Krieges je aus der Schweiz hatten beziehen wollen. So konnten nicht einmal die Bestimmungen des Haager Abkommens sinngemäss eingehalten werden, geschweige denn das korrektere Verhalten, welches der Bundesrat ursprünglich vorgesehen hatte. Man kann aber durchaus spekulieren, dass sich diese Lage für die Schweiz letztlich günstig ausgewirkt hat: Hätte der Bundesrat nicht – auf Wunsch der Alliierten – das Waffenausfuhrverbot aufgehoben, dann hätte er dieses nun – höchst wahrscheinlich – auf Druck von Berlin aufheben müssen.

Die Waffenausfuhr an die Alliierten bestand vornehmlich aus Kleinmaterial der Präzisionsgüterindustrie. Beim Grossmaterial konnte der Export zu einem guten Teil nur aus Know-how bestehen: Die Genfer Firma Hispano-Suiza verkaufte Lizen-

⁴⁹ URNER, «Neutralität und Wirtschaftskrieg», in «Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz» von KENNETH ANGST, Hrsg., pg. 68; die deutsche Marine und die Luftwaffe forderten schon im Herbst 1940 je 1'000 Stück der 20 Millimeter Oerlikon Kanonen, welche sich als leichte Flakkanonen vorzüglich eigneten. WILLI A. BOELCKE, «Deutschland als Welthandelsmacht 1930-1945», Kohlhammer, (1994), pg. 140.

zen für die von ihr hergestellten 20 Millimeter Kanonen nach USA. Die Waffenfabrik Oerlikon-Bührle hat 1940, kurz vor der faktischen Einschliessung der Schweiz durch die Achse, die Konstruktionspläne ihrer Kanonen nach England spedierte. In England sollen 300'000 und in den Vereinigten Staaten «grosse Stückzahlen» dieser «Swiss gun» hergestellt worden sein⁵⁰.

Der Hinweis von Hornberger auf die Handelsbilanz⁵¹, welche aufzeigt, dass die Schweiz während des Krieges aus den von Deutschland beherrschten Ländern mehr Waren bezogen als dorthin geliefert hat, stellt nur auf Frankenbeträge ab und ist einseitig; diese Betrachtung berücksichtigt nicht, dass die ausgetauschten Güter sehr verschiedene Qualität aufwiesen: Die Bilanz ist dahingehend zu ergänzen, dass die Schweiz wesentliche Lieferungen von Waffen und anderen industriellen und Rüstungsgütern nach Deutschland getätigt hat, und dass sie diese Lieferungen durch die Gewährung von Krediten und den Ankauf von Gold, auf den ich ausführlich zurückkomme, finanziert hat; diese Kredite und die Deutschland durch Goldkäufe zur Verfügung gestellten Zahlungsmittel beliefen sich zum Schluss auf weit mehr als eine Milliarde Franken.

Eine «wirtschaftspolitisch und handelspolitisch klar definierte Neutralitätspolitik», welche z.B. etwa ausgeglichene Liefer-

⁵⁰ Der Bundesrat erliess daraufhin auch für die Ausfuhr von Know-how eine Bewilligungspflicht. URNER, a.a.O., pg. 77. Betr. Oerlikon-Know-how siehe ein Artikel von fre, NZZ, 21. Januar 1997, pg. 15; für den Hinweis danke ich Dr. Daniel Heller.

⁵¹ Zahlen z.B. zitiert bei HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», pg. 116.

kontingente verlangte, kann aus dem Haager Abkommen nicht hergeleitet werden.

Der Zusammenhang mit der «März-Krise» 1943

Als das bis Ende 1942 laufende Handelsabkommen ausgelaufen war und die Schweiz es im Januar 1943 durch den Abbruch der Verhandlungen zu einem vertragslosen Zustand kommen liess, stand Deutschland vor der Frage, ob es einen Wirtschaftskrieg gegen die Schweiz eröffnen sollte, um die Schweiz gefügig zu machen. Dies geschah nicht, sondern nach einer Wartezeit bis zum Frühsommer 1943 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Rings legt ausführlich dar, warum ein Wirtschaftskrieg nicht ausgelöst wurde⁵²; er stützt sich dabei auf die Aufzeichnungen von Karl Clodius, Chef der Wirtschaftsabteilung im Berliner Auswärtigen Amt⁵³. Clodius notiert, dass er bei einer internen Umfrage bei deutschen Stellen festgestellt habe, dass ausnahmslos die Meinung vertreten wurde, eine unbehelligte Schweiz nütze mehr als eine Schweiz, gegen die ein Wirtschaftskrieg geführt werde. Im November 1942 hatte sich in Marokko und Algerien eine alliierte Expeditionsarmee bereitgestellt, Rommel war in Afrika in grosser Bedrängnis, (im Mai 1943 musste er den Kampf aufgeben). Die Wehrmacht erklärte, man brauche die Transportkapazität der schweizerischen Alpen transitwege für die Verteidigung des Mittelmeerraumes; Albert Speers Rüstungsministerium erklärte, man könne auf die schweizerischen Rüs-

⁵² WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 155 ff.

⁵³ WERNER RINGS zitiert hier das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn.

tungsgüterlieferungen nicht verzichten, obwohl und auch wenn diese nur etwa 5 Promille der deutschen Rüstungskapazität ausmachten, denn es handle sich um wichtige technische Speziallieferungen⁵⁴; man könne auch auf die schweizerischen Stromlieferungen nicht verzichten, denn diese seien für den süddeutschen Raum und für den wichtigen Betrieb der Aluminiumhütte in Rheinfelden notwendig; die Reichsbank erklärte, man brauche den schweizerischen Finanzplatz für die finanzielle Abwicklung des deutschen Aussenhandels, weil «die Schweiz die einzige Möglichkeit für die Beschaffung von freien Devisen bietet»; der Präsident der Reichsbank, Walther Funk, erklärte, er «könne nicht einmal für zwei Monate auf die Möglichkeit verzichten, in der Schweiz Devisentransaktionen, vor allem die Umwandlung von Gold in freie Devisen, durchzuführen»⁵⁵.

Drei Monate nach dem Auslaufen des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages vom 18. Juli 1941 auf Ende 1942 wurde am 18. März 1943 über eine Informationslinie aus Deutschland⁵⁶ mitgeteilt, die Schweiz sei in Hitlers «Führerhauptquartier» «ins Gespräch gekommen», es werde in kurzer Zeit entschieden werden, ob konkrete Pläne gegen die Schweiz gefasst werden sollen^{57, 58}. Im Hauptquartier General

⁵⁴ Diese aus deutscher Quelle stammende Aussage von Clodius deckt sich mit der obigen Annahme, dass der schweizerische Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft höchstens einige Promille betragen haben kann. JEAN ZIEGLER, «Die Schweiz, das Gold und die Toten», Bertelsmann (1997), pg. 58 ff., zitiert Clodius ausführlich, jedoch ohne die 5 Promille-Angabe zu nennen.

⁵⁵ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 159, ebenso JEAN ZIEGLER, «Die Schweiz, das Gold und die Toten», pg. 59.

⁵⁶ Die sog. «Wiking-Linie».

⁵⁷ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 150.

⁵⁸ WILLI GAUTSCHI, «General Guisan», Verlag NZZ, (1989), pg. 554 ff.

Guisans wurden die notwendigen Massnahmen beraten und Vorkehrungen getroffen; aber schon am 23. März wurde der «Alarm» wieder abgeblasen. Unabhängig von dieser «Alarmübung» fand anfangs März der Kontakt von General Guisan mit dem deutschen SS-General Walter Schellenberg statt; wir gehen auf beide Ereignisse hier nicht ein, sondern stellen nur fest, dass im (billigen) Rückblick leicht zu erkennen ist, dass ein militärisches Vorgehen Deutschlands gegen die Schweiz gerade zu diesem Zeitpunkt und ohne akuten Anlass sehr unwahrscheinlich gewesen wäre: Deutschland und seine damalige Führung waren anfangs 1943 durch die Katastrophe von Stalingrad erschüttert, die unmittelbar bevorstehende Niederlage Rommels in Afrika war ein weiteres Debakel der Wehrmacht, eine Landung der Alliierten in Italien musste vorausgesehen werden, der Rückzug im Osten brachte voraussehbare Verluste wertvoller Rohstoffquellen in Russland (Mangan, Nickel), in Finnland (Nickel) und im Balkan (Chrom) und diese Schmälerung der Rohstoffbasis liess für die bereits sehr geschwächte deutsche Rüstungsindustrie weitere massive Leistungsverschlechterungen erwarten. Es ist offensichtlich, dass das «Führerhauptquartier» zu Beginn des Jahres 1943 und im Frühjahr 1943 alles andere und viel Dringenderes zu tun, zu planen und zu ersorgen hatte⁵⁹, als einen Krieg gegen die Schweiz zu lancieren, gegen eine Schweiz, die nur nützlich war, wenn man sie in Ruhe liess. Der «März-Alarm» kann also, wenn er einen realen Hintergrund gehabt hat, – wie ich meine – nur den Zweck gehabt haben, die Schweiz unter Druck zu setzen und in den nun wieder neu beginnenden Wirtschaftsverhandlungen gefügig zu machen.

.....
⁵⁹ ALBERT SPEER, «Erinnerungen», pg. 244 ff., schildert dies in Kap. 17 und 18.

Diese Vermutung wird durch folgende Fakten bestätigt: Schon am 6. März 1943 stellte Speer fest, dass auf Befehl Hitlers «der Wirtschaftskrieg [gegen die Schweiz] in der vorgesehenen scharfen Form nicht durchgeführt werden» kann⁶⁰. Emil Wiehl, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, berichtete am 13. März 1943: «Der Führer hat auf den Vortrag von Reichsminister Speer sich dahin geäußert, dass man das Vorgehen gegen die Schweiz nicht auf die Spitze treiben, sondern sich dabei die Möglichkeit einzulassen offen halten solle, selbst wenn man hierzu bei den deutschen Wünschen betreffend Vergebung neuer Rüstungsaufträge kürzer treten müsse.»⁶¹

Man muss zur Schlussfolgerung kommen, dass die deutschen politischen und militärischen Instanzen im Frühjahr 1943 den für die Achse höheren Wert einer intakten Schweiz richtig einschätzten und entsprechend gehandelt haben. Wahrscheinlich war der «Märzalarm» ein von Deutschland bewusst organisierter verhandlungstaktischer Druckversuch. Pierre Th. Braunschweig behandelt den März-Alarm 1943 ausführlich: Er kommt zur gleichen Schlussfolgerung, wenn er schreibt: «Es scheint plausibel, dass hinter dem Bluff des März-Alarmes der Versuch steckte, mittels Androhung militärischer Mittel

⁶⁰ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 153; Rings zitiert aus Hitlers Konferenzen mit Albert Speer, am 6. März 1943. SPEER bemerkt in seinen «Erinnerungen», dass er sich am 5. März 1943 ins «Führerhauptquartier» begeben habe, «um einige Entscheidungen in Rüstungsfragen zu erhalten».

⁶¹ Hier zitiert aus EDGAR BONJOUR, «Geschichte der schweizerischen Neutralität», Bd. VIII, pg. 192. Bonjours Quelle für diesen Text ist das Politische Archiv Bonn.

die Schweiz bei den stockenden Wirtschaftsverhandlungen gefügiger zu machen, dass der März-Alarm mithin Teil eines Nervenkrieges bildete.»^{62, 63}

⁶² PIERRE TH. BRAUNSCHWEIG, «Geheimer Draht nach Berlin», Verlag NZZ, 3. Auflage (1990), behandelt den März-Alarm 1943 ausführlich und gut abgestützt auf Quellen, pg. 259 ff.; Zitat pg. 280.

⁶³ Les «avantages monétaires, parce qu'ils étaient indissolublement liés à l'existence d'une souveraineté suisse, ont pu jouer un certain rôle dans le maintien de l'indépendance de la Confédération. Ils ont été en tout cas un des éléments qui amènera les Allemands à renoncer à la guerre économique contre la Suisse en 1943». DANIEL BOURGEOIS, «Le Troisième Reich et la Suisse», Editions de la Baconnière, Neuchâtel, (1974), pg. 175.

Der schweizerische Goldhandel im Zweiten Weltkrieg

War schon vor dem Zweiten Weltkrieg die damalige Idee der Nationalsozialisten absurd, man könne eine moderne Volkswirtschaft autark und im Wesentlichen ohne Ein- und Ausfuhr von Gütern in Gang halten, so wurde dies im Kriege gänzlich undurchführbar: Wesentliche Schlüsselmaterialien für Industrie und Rüstungsindustrie fehlten und mussten aus dem neutralen weit entfernten oder z.T. sogar aus dem überseeischen Ausland beschafft werden. Das erforderte auf dem Weltmarkt akzeptierte Devisen sowie den Zugang zu einem funktionierenden System internationalen Zahlungsverkehrs. Über beides verfügte Deutschland nach Kriegsausbruch nicht mehr; deshalb spielte die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges eine wichtige Rolle im Aussenhandel Deutschlands, einerseits als Finanzdienstleistungszentrum, andererseits bei der Beschaffung von Krediten und von freien, d.h. nicht an irgendwelche Verrechnungsverfahren gebundenen Devisen, vornehmlich gegen Gold. Ich versuche in diesem Kapitel, die wesentlichen Fakten zusammenzustellen und die Rolle darzustellen, welche die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges für Deutschland als Finanzzentrum gespielt hat. Die Zusammenhänge sind im Detail äusserst kompliziert, wie die ältere Arbeit von Werner Rings, sowie der Goldbericht der Kommission Bergier und eine neue Studie der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ausweisen, de facto sind sie aber in den grossen Linien einfach. Ich bemühe mich, diese Linien sichtbar zu machen.

Wahrscheinlich als erster hat Werner Rings diese Zusammenhänge in sehr verdienstvoller Weise erforscht⁶⁴; Rings' in erster Auflage bereits 1985 und neu 1996 erschienenenes Buch⁶⁵ ist leider nicht gut strukturiert, aber auf einen ausführlichen Anmerkungsapparat abgestützt. Neben älteren Arbeiten ist das Buch von Michel Fior⁶⁶ dienlich. Eine andere wichtige Quelle ist der Eizenstat-Bericht II⁶⁷; dieser stützt sich jedoch was die Schweiz betrifft weitgehend auf Material ab, welches die «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» (Kommission Bergier) den Verfassern des Eizenstat-Berichts als Vorinformation aus ihrem Zwischenbericht «Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg» zur Verfügung gestellt hat⁶⁸. Als neueste Publikation liegt eine Studie der Schweizerischen Nationalbank von Vincent Crettol und Patrick Halbeisen vor.⁶⁹ Ich benütze primär

⁶⁴ Vielleicht angeregt durch PETER UTZ' Artikel «Goldfingers merkwürdige Machenschaften» im Tages-Anzeiger-Magazin Nr. 16, 19. April 1980.

⁶⁵ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», 1. Auflage Artemis, (1985), hier benützt: Die 2. Auflage Chronos/Piper, (1996).

⁶⁶ MICHEL FIOR, «Die Schweiz und das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank?», Chronos Verlag, Zürich, (1997).

⁶⁷ STUART E. EIZENSTAT, «US and Allied Wartime and Postwar Relations and Negotiations with Argentina, Portugal, Spain, Sweden and Turkey on Looted Gold and German External Assets (...)», Department of State, (1998); hiernach «Eizenstat-Bericht II»; weil der via Internet erhaltene Bericht ohne Paginierung übermittelt wurde, muss auf die entsprechenden Abschnittstitel verwiesen werden.

⁶⁸ Unabhängige Expertenkommission (UEK) Schweiz – Zweiter Weltkrieg, «Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg, Zwischenbericht», hrsgg. von der UEK, erhältlich bei der EDMZ, Bern (1998), im Folgenden abgekürzt zitiert als «Goldbericht Kommission Bergier».

⁶⁹ Vincent Crettol und Patrick Halbeisen, «Die währungspolitischen Hintergründe der Goldtransaktionen der Schweizerischen Nationalbank im Zweiten Weltkrieg», SNB, (Vorabdruck März 1999), im Folgenden zitiert als «Goldstudie der SNB».

die Daten des Goldberichts der Kommission Bergier, und anderes Zahlenmaterial nur subsidiär.

Die Darstellung gliedere ich in vier Teile: Erstens skizziere ich die Zahlungsmodi, welche es Deutschland ermöglichten, im Ausland Einkäufe zu tätigen und durch die Abgabe von Gold in natura oder durch den Verkauf von Gold zu bezahlen; zweitens resümiere ich die Goldtransaktionen der Deutschen Reichsbank und die Herkunft des Goldes, welches die Deutsche Reichsbank in ihrem Zahlungsverkehr einsetzte; drittens werden die Goldtransaktionen der Schweizerischen Nationalbank zusammengefasst; und viertens endlich ist zu fragen, wozu und für welche Einkäufe Deutschland Zahlungsmittel benötigte und hierfür Gold und Devisen einsetzte.

Die Deutschland zur Verfügung stehenden Zahlungsmodi

Deutschland hatte – neben dem Tauschhandel – im Wesentlichen vier Möglichkeiten, seinen internationalen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Durch direkte Goldlieferungen

Deutschland konnte den Zahlungsverpflichtungen gegenüber seinen Lieferländern dadurch nachkommen, dass die Deutsche Reichsbank Gold in Berlin physisch in ein dort bestehendes Depot der Zentralbank des Gläubigerlandes einlieferte, oder dadurch, dass Gold physisch von Berlin direkt in die Zentralbank des begünstigten Landes transportiert wurde. Solche

Transaktionen berührten die Schweizerische Nationalbank nicht.

Durch Goldlieferungen via die Schweizerische Nationalbank Deutschland konnte den Zahlungsverpflichtungen gegenüber seinen Lieferländern auch dadurch nachkommen, dass die Deutsche Reichsbank Gold aus Berlin in ihr Depot bei der Schweizerischen Nationalbank in Bern transportierte und dort in ein ebenfalls bei der Schweizerischen Nationalbank bestehendes Depot der Zentralbank des Gläubigerlandes einliefern liess. Die Schweizerische Nationalbank übernahm den physischen Transfer des Goldes sowie die Buchhaltung als Dienstleistung.

Durch Goldverkäufe an die Schweizerische Nationalbank und Bezahlung mit den erworbenen Schweizerfranken

Deutschland konnte den Zahlungsverpflichtungen gegenüber seinen Lieferländern drittens dadurch nachkommen, dass die Deutsche Reichsbank Gold aus Berlin in ihr Depot bei der Schweizerischen Nationalbank in Bern transportierte, dieses Gold dort gegen Gutschrift von Schweizerfranken an die Schweizerische Nationalbank verkaufte und seine Schulden gegenüber Gläubigerländern mit Schweizerfranken beglich. Das Gläubigerland kam so in den Besitz von Schweizerfranken, welche es wegen der auch während des Krieges stets aufrechterhaltenen Konvertibilität des Schweizerfrankens bei der Schweizerischen Nationalbank vorweisen und wieder in Gold umtauschen konnte. Die Schweizerische Nationalbank wurde bei dieser Transaktion zunächst Eigentümer des von der Deutschen Reichsbank angelieferten Goldes; sie trat dieses Eigen-

tum wieder ab, wenn und sobald das Gläubigerland Deutschlands die von Berlin erhaltenen Schweizerfranken vorwies und gegen Gold umzutauschen beehrte. Falls das von der Deutschen Reichsbank nach Bern angelieferte Gold von Deutschland gestohlen worden war, übernahm die Schweizerische Nationalbank bei dieser Transaktion, temporär oder auf Dauer, das von Deutschland gestohlene Gold zu Eigentum.

Durch Goldverkäufe an schweizerische Geschäftsbanken und Bezahlung mit den erworbenen Schweizerfranken

Deutschland konnte den Zahlungsverpflichtungen gegenüber seinen Lieferländern viertens auch dadurch nachkommen, dass die Deutsche Reichsbank Gold aus Berlin in ihr Depot bei einer schweizerischen Geschäftsbank transportierte und dieses Gold dort gegen Gutschrift von Schweizerfranken an die Geschäftsbank verkaufte; Deutschland konnte nun das Gläubigerland entweder in Schweizerfranken bezahlen, oder es konnte die schweizerische Geschäftsbank sogar noch beauftragen, gegen Schweizerfranken entsprechende Beträge der Währung des Gläubigerlandes zu erwerben (z.B. portugiesische Escudos), in diesem Falle konnte es seine Schulden gegenüber dem Gläubigerland in dessen Währung bezahlen. In beiden Fällen aber gelangte das Gläubigerland Deutschlands letztlich in den Besitz von Schweizerfranken, welche es bei der Schweizerischen Nationalbank vorweisen und den Umtausch in Gold begehren konnte.

Dieser Zahlungsmodus bewirkte, dass «deutsches» Gold in den Besitz einer schweizerischen Geschäftsbank gelangte, während zum Schluss der Transaktionskette die Schwei-

zerische Nationalbank dem seine Schweizerfranken vorweisenden Gläubigerland Deutschlands den Gegenwert in Gold aushändigen musste. Zu Beginn des Krieges war dieser Zahlungsmodus von der Deutschen Reichsbank benützt worden; die entsprechenden Transaktionen sind unter dem Namen «Escudos-Handel» in die Literatur eingegangen. Die Schweizerische Nationalbank hatte durch diese Operationen etwa 60 Mio. Gold verloren⁷⁰; sie missbilligte diese Goldabflüsse und wünschte sie ab 1941 zu unterbinden. Sie verlangte daher von der Deutschen Reichsbank, dass Goldabgaben von nun an nur noch über die Schweizerische Nationalbank und nicht mehr über schweizerische Geschäftsbanken stattfinden sollten.

Dieser vierte Zahlungsmodus hat deshalb in summa keine grosse Bedeutung gehabt.

Die Goldtransaktionen der Deutschen Reichsbank

Die Goldtransaktionen der Deutschen Reichsbank während des Zweiten Weltkrieges sind im Goldbericht der Kommission Bergier ausführlich dargestellt⁷¹ und kommentiert. Ich habe sie unverändert übernommen, dabei aber durch die Zusammenfassung einiger Positionen etwas vereinfacht und in Schweizerfranken umgerechnet; hierfür habe ich den Kurs $1 \text{ US} = 4,3287 \text{ CHF}$ ⁷² benützt; vgl. die folgende Tabelle 3, Seite 57.

⁷⁰ Goldbericht Kommission Bergier, pg. 89. Ebenso Goldstudie der SNB, Ziff. 3.2.4.

⁷¹ Goldbericht Kommission Bergier, Kap. 1.3, Tabelle I, pg. 42.

⁷² Goldbericht Kommission Bergier, pg. 40.

Wir betrachten zunächst die Seite «Zugänge» der Goldbilanz:

Die Vorkriegsbestände der Deutschen Reichsbank betrug bescheidene CHF 534 Mio.; und dies nota bene erst nachdem der von Hitler 1939 eingesetzte Reichsbankpräsident, Walther Funk, alle verfügbaren Aktiven in Gold verwandelt hatte. Deutschland war bei Kriegsausbruch praktisch zahlungsunfähig⁷³, das heisst es konnte seinen Aussenhandel de facto nur im Tauschhandel, im speziellen mit der Schweiz nur innerhalb der Begrenzungen der Clearingverfahren abwickeln; wesentliche Goldvorräte waren Deutschland aber durch die Annektion Österreichs (CHF 428 Mio.) und die bei der Besetzung von Böhmen und Mähren im März 1939 sofort erfolgte Beschlagnahmung der tschechoslowakischen Goldvorräte (CHF 148 Mio.) zugeflossen: Dennoch standen Deutschland bei Kriegsausbruch nur 1T11 Mio. CHF zur Verfügung. Berlin realisierte, dass mit dieser bescheidenen Summe der Bedarf einer Kriegswirtschaft auf längere Dauer nicht befriedigt werden konnte. In den übrigen europäischen Ländern war auch nicht viel Gold vorhanden; die dortigen Nationalbanken hatten einen neuen Krieg seit längerer Zeit befürchtet und deshalb einen guten Teil ihrer Goldvorräte rechtzeitig vom Kontinent weg und in Sicherheit gebracht, nach England oder nach den USA. Diese Vorräte, etwa zwei Drittel sämtlicher kontinentalen Goldbestände, befanden sich daher ausserhalb der Reichweite eines möglichen deutschen Zugriffs. Das letzte Drittel

⁷³ Funks Vorgänger, Dr. Hjalmar Schacht, hatte im Januar 1939 festgestellt: «Gold- und Devisenreserven sind bei der Reichsbank nicht mehr vorhanden»; zitiert bei WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 35. Der Bericht löste Hitlers Zorn aus und kostete Schacht sein Amt, – im Nürnberger Prozess wurde er freigesprochen. Nach Bergier gab es bei der Deutschen Reichsbank allerdings einige stille Reserven, welche Schacht in seinem Bericht vielleicht verschwiegen hat.

		Tabelle 3	
Goldoperationen der Deutschen Reichsbank in (0'000)		CHF	
Mio.	Zugänge	Abgänge	
Vorkriegsbestände der Deutschen Reichsbank	534,2	Bei Kriegsende in	
Österreichisches Gold	428,5	Deutschland sicher-	
Tschechisches Gold	148,5	gestelltes Gold	1'149,7
Total zu Deutschlands Verfügung 1939	1'111,2		
Raubgoldzugänge		Ins Ausland geliefert an	
Aus Holland	593,9	Schweiz. Nationalbank	1'678,7
aus Belgien	977,9	Schweiz. Geschäftsbanken	243,7
aus Luxemburg	20,8	Belgische Nationalbank	39,4
aus Griechenland,		Holländische Nationalbank	9,5
Jugoslawien, Danzig		Schwedische Nationalbank	22,1
und Albanien	43,7	Türkische Nationalbank	24,7
		Sowjetische Nationalbank	30,3
		Consorzio Esportazioni	
		Aeronautiche	24,2
Ital. Gold	311,2	Ital. Nationalbank	15,6
		Rumänische Nationalbank	234,6
		Kroatische Nationalbank	1,7
Konfisziertes Gold Privater	310,8	Zweigstellen der Deutschen Reichsbank	123,4
Victim Gold	12,6	Subtotal	2'447,9
Andere Zugänge (hauptsächlich aus der Sowjetunion)	293,9	Abgabe an Geschäftsbanken etc. in Deutschland	67,5
Forschungslücke, d.h. unbekannte Herkunft	31,6	Abgabe an deutsche Behörden etc.	42,4
Total	3'707,5 Total		3'707,5

befand sich zu einem kleineren Teil in den von Deutschland später besetzten Gebieten, zu einem grösseren Teil war es ebenfalls unerreichbar im Besitz der Neutralen oder der Verbündeten Deutschlands, und zu einem beträchtlichen Teil (nämlich das belgische Gold) befand es sich in einem französisch beherrschten Land Afrikas⁷⁴. Das war also die Situation: Deutschland besass bei Kriegsausbruch ungenügende Reserven und war auf die Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs überhaupt nicht vorbereitet. Dem gedachte es durch Raubzüge auf die noch vorhandenen Goldvorräte der von ihm besetzten Länder abzuhelfen. Welche Goldmengen konnte Deutschland sich dort aneignen?

Holland hatte versucht, sofort nach dem deutschen Überfall seine Goldbestände nach England zu schaffen; das gelang nur teilweise, so dass den Deutschen hier Gold im Werte von fast 600 Millionen Schweizerfranken in die Hand fiel⁷⁵. Dieses Gold stand der deutschen Reichsbank nach dem Einmarsch in Holland ab Mai 1940 zur Verfügung.

Von sogenannten «Devisenschutzkommandos» der deutschen Wehrmacht wurde in Holland aus Banken, bei Privaten, aus Tresoren, bei Goldschmieden etc. Gold im Wert weiterer 140 Mio. Schweizerfranken⁷⁶ zusammengetrieben und requiriert; dieses Gold ist im Goldbericht der Kommission Bergier in der Position «Konfisziertes Gold Privater» eingeschlossen.

⁷⁴ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 8 ff.; siehe auch weiter unten.

⁷⁵ Goldbericht Kommission Bergier, pg. 44 und WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 41 ff.

⁷⁶ WERNER RINGS, a.a.O., pg. 43.

Die belgische und die luxemburgische Nationalbank hatten einen guten Teil ihrer Goldbestände der französischen Nationalbank anvertraut; diese hatte sie rechtzeitig nach Afrika schaffen lassen. Auf Ersuchen der deutschen Regierung erklärte sich jedoch die Vichy-Regierung Frankreichs Ende Dezember 1940 bereit, die Rückführung des belgischen Goldes aus Afrika zu bewerkstelligen und das belgische Gold an Deutschland auszuliefern. Das abenteuerliche Vorhaben, auf welches ich im Einzelnen nicht eingehe⁷⁷, gelang, das belgische Gold im Wert von beinahe einer Milliarde Schweizerfranken konnte zurück nach Europa und schliesslich nach Berlin geschafft werden. Das belgische Gold war wegen seiner umständlichen Heimreise nicht vor Ende des Jahres 1942 auf dem europäischen Kontinent greifbar⁷⁸.

Nach der Besetzung wurde auch in Belgien, ebenso wie in Holland, von «Devisenschutzkommandos» der deutschen Wehrmacht aus Banken, aus Tresoren, bei Privaten, bei Goldschmieden etc. Gold im Wert weiterer 146 Mio. Schweizerfranken⁷⁹ zusammengetrieben und requiriert; dieses Gold ist im Goldbericht der Kommission Bergier wiederum in der Position «Konfisziertes Gold Privater» eingeschlossen. Das in Holland und in Belgien zusammengetriebene Gold aus privaten Quellen macht über 90% der Position «Konfisziertes Gold Privater» aus. Die bestohlenen «Privaten» sind, neben ande-

⁷⁷ WERNER RINGS beschreibt es ausführlich, a.a.O., pg. 8 ff.

⁷⁸ Es erstaunt, dass der alliierte Geheimdienst von dieser Aktion nichts erfuhr, so dass kein Versuch gemacht werden konnte, das Gold beim Transport über das Mittelmeer abzufangen.

⁷⁹ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 39.

ren, natürlich auch Juden gewesen, die damals in diesen Ländern gelebt haben.

Aus **Griechenland, Jugoslawien, Danzig und Albanien** wurde weitere goldene Beute im Wert von 44 Mio. Schweizerfranken nach Berlin geschafft.

Das erbeutete Raubgold aus Holland, Belgien und Luxemburg wurde zu einem guten Teil, soweit es sich nicht um international kurante Goldmünzen handelte, durch Umgiessen in neue Barren und Aufbringen zurückdatierter neuer Stempel getarnt, bevor es von der Deutschen Reichsbank zu Zahlungszwecken verwendet wurde.

Das aus Italien unter deutschem Druck nach Berlin gelieferte Gold im Wert von 311 Mio. Schweizerfranken sollte «eine Kontribution Italiens an den Krieg im Osten» sein.

Die Position «Victim-Gold» spielt betragsmässig in der im Wesentlichen der Aufrechterhaltung des Handels dienenden Goldpolitik der Deutschen Reichsbank keine Rolle; wir können sie im Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit vernachlässigen⁸⁰; dabei soll aber mit Nachdruck vermerkt wer-

⁸⁰ Der Goldbericht der Kommission Bergier stellt fest (pg. 52), dass Gold im Wert von 581'899 CHF, welches Gold aus Vernichtungslagern in Osteuropa enthielt, in die Schweiz geliefert wurde, und zwar ins Depot der Deutschen Reichsbank; etwa zwei Drittel dieses Goldes war von der Preussischen Münze mit anderem Gold verschmolzen worden. Die Schweizerische Nationalbank hatte darüber weder Kenntnis (pg. 209), noch konnte sie über dieses Gold verfügen. Zu den Details, welche ausserhalb des hier behandelten Zusammenhangs stehen, siehe den Goldbericht der Kommission Bergier, pg. 52 ff.

den, dass sich, wie im Vorwort schon festgehalten, hinter dieser unscheinbaren Zahl ein Teilaspekt des grössten Verbrechens des nationalsozialistischen Regimes verbirgt.

Die Position «Andere Zugänge» interessiert in unserem Zusammenhang nicht, sie steht im Wesentlichen in Verbindung mit Devisentransaktionen mit Russland aus der vom August 1939 bis Ende Juni 1941 dauernden kurzen Zeit der «deutsch-russischen Freundschaft». Ich gehe nicht darauf ein.

Wir betrachten nun die *Seite «Abgänge» der Goldbilanz der Deutschen Reichsbank* und gehen dabei nur auf die wichtigen Positionen ein:

Insbesondere interessiert hier, dass die Auslieferungen an die Schweizerische Nationalbank (CHF 1'678 Mio.) und an die schweizerischen Geschäftsbanken (CHF 244 Mio.) zusammen die weitaus grösste Position darstellen; wir werden im nächsten Abschnitt darzustellen versuchen, was mit diesem in die Schweiz transferierten Gold geschehen ist.

Eine grössere Anzahl kleinerer Goldwerte, welche Deutschland an andere Nationalbanken auslieferte, diente der Bezahlung von Importen von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und anderen Gütern. Gold im Wert eines sehr grossen Betrages (CHF 235 Mio.) floss von Berlin direkt nach Rumänien und diente vor allem dem Einkauf von Erdöl bzw. Erdölprodukten. Diese Auslieferungen entsprechen dem oben genannten ersten Zahlungsmodus.

Weitere Beträge verbrauchten deutsche Geschäftsbanken für ihre Tätigkeit im Ausland, sowie deutsche Behörden für den diplomatischen Dienst, für Spionage- oder Sabotageaktionen etc.

Es ist erstaunlich, dass bei Kriegsende in Thüringen immerhin noch Gold im Wert von mehr als einer Milliarde (CHF 1T50 Mio.) von den alliierten Truppen sichergestellt wurde. Dies zeigt, dass es Deutschland trotz seiner zunehmend akuten Versorgungsnoté gelungen ist, mit «seinen» Goldvorräten, den eigenen und den rücksichtslos geraubten und zusammengerafften, einigermaßen haushälterisch umzugehen. Der Grund hierfür liegt darin, dass Deutschland einen respektablen Teil seiner Importe mit Gegenlieferungen⁸¹ kompensiert hat, und ausserdem einen weiteren mindestens ebenso bedeutenden Teil durch Bezahlung mit später wertloser Deutscher Reichsmark, mit «Reichskreditkassenscheinen», durch Einforderung von «Besatzungskostenkompensation» oder durch andere Kontributionen aus den besetzten Ländern herausgepresst

⁸¹ WILLI A. BOELCKE, «Deutschland als Welthandelsmacht 1930-1945», nennt hierfür zahlreiche Beispiele, ich zitiere drei:

Portugal: Grössere Waffengeschäfte (Gewehre, Haubitzen) sollten deutsche Clearingdefizite gegenüber Portugal ausgleichen, (pg. 140)

Türkei: Zur Sicherung der Südflanke des Krieges gegen Russland gab Hitler ausdrücklich seine Zustimmung, die Türkei mit modernen Waffen auszurüsten; ab 1943 erhielt er von dort Chromerze gegen Industrieeinrichtungen und Eisenbahnmaterial, (pg. 141).

Rumänien: Die Versorgung mit petrochemischen Produkten aus Rumänien wurde vor dem Kriege mit Krediten und Investitionsprogrammen erkaufte, nach Ausbruch des Krieges z.B. durch die Lieferung polnischer Beutewaffen. Im Mai 1940 kam es zu einem «Abkommen über den Austausch von deutschem Kriegsgerät und rumänischen Erdölerzeugnissen» («Ölpakt»), (pg. 106 ff.).

Der erzwungene Auslandsbeitrag zur deutschen Kriegsfinanzierung belief sich nach Boelcke auf 119 Mia. RM, d.h. auf ca. 210 Mia. CHF⁸². Neben diesem Betrag nimmt sich der Wert des von Deutschland insgesamt zusammengerafften Goldes mit ca. 3,2 Mia. CHF (vgl. Tabelle 3), von welchem die Hälfte in natura oder durch Verkauf gegen Schweizerfranken über Bern abfloss, bescheiden aus.

Zusammenfassend: Bei der Bezahlung von Importgütern durch Deutschland diente Gold nur zum Ausgleich der Clearingspitzen, für mehr hätte es nicht ausgereicht. Wenn man auf Boelcke's Zahlen abstellt, ist festzustellen, dass das gestohlene Gold 1,5% der insgesamt überhaupt aus den besetzten Ländern zusammengetriebenen Leistungen ausmacht; die Hälfte davon, d.h. ca. 7,5 Promille der gesamten Kontributionen, haben den Weg über Bern genommen.

Die Goldtransaktionen der Schweizerischen Nationalbank

Wir betrachten zunächst die Goldeingänge als Funktion der Zeit; dabei benützen wir die von der Kommission Bergier angegebenen Werte nach den Büchern der Schweizerischen Nationalbank; diese Werte (Total CHF 1'637 Mio.) weichen von denjenigen der Deutschen Reichsbank (Total CHF 1'678 Mio.)

⁸² WILLI A. BOELCKE, «Die Kosten von Hitlers Krieg», Kap. II/3, pg. 108 ff.
Weit mehr als die Hälfte dieser Kontributionen leisteten die westlichen besetzten Länder Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland, Dänemark und Norwegen. Der Beitrag der von Deutschland rekrutierten Zwangsarbeiter ist nicht eingerechnet.

geringfügig ab, auf die Differenz trete ich nicht ein⁸³. Der Eingang erfolgte über die Jahre verteilt wie folgt⁸⁴:

Jahr	Mio. CHF
1940	102,3
1941	190,9
1942	492,3
1943	581,9
1944	254,7
1945	15,6
Total	1'637,7

Die Lieferungen setzten schon 1940 ein, die Hauptlieferungen fanden aber erst in den Jahren 1942 und 1943 statt; dies hängt mit der komplizierten Heimschaffungsaktion des belgischen Goldes und mit den Umschmelzungsarbeiten zusammen, welche in Berlin mit einem Teil des gestohlenen Goldes vorzunehmen waren, bevor dieses als Zahlungsmittel eingesetzt werden konnte.

Ein Teil des von der Deutschen Reichsbank in die Schweiz geschafften Goldes wurde nicht verkauft, sondern «in natura» als Zahlungsmittel eingesetzt; die Goldbarren bzw. Goldmünzen wurden zu diesem Zweck aus dem Depot der Deutschen Reichsbank in Bern entnommen und physisch in das Depot der Nationalbank des Empfängerlandes transferiert. Die Schweizerische Nationalbank besorgte in diesen Fällen die Buchhaltung und den physischen Transfer des Goldes inner-

⁸³ Für eine Erklärung der Differenz siehe Goldbericht Kommission Bergier, pg. 51.

⁸⁴ Goldbericht Kommission Bergier, Tabelle IV, pg. 60.

halb ihres Tresors; es wurde dabei also nach dem zweiten der oben genannten Zahlungsmodi verfahren. Eine Übersicht über diese Transaktionen findet sich im Goldbericht der Kommission Bergier⁸⁵, hier etwas vereinfacht zusammengefasst in Tabelle 4:

Tabelle 4	
Goldtransaktionen der Deutschen Reichsbank im Tresor der Schweizerischen Nationalbank	
Transaktionen in «in natura»	
Eingänge	Mio. CHF (0'000)
Goldeingänge aus Berlin	1'637,7
Von der Türkischen Nationalbank	14,6
Total	1'652,3
Ausgänge	
Schweizerische Nationalbank	1'211,6
Portugiesische Zentralbank	212,3
Schwedische Zentralbank	87,2
Bank f. Internationalen Zahlungsausgleich BIZ	58,4
Rumänische Zentralbank	50,6
Slowakische Zentralbank	23,4
Spanische Zentralbank	6,8
div. Schweiz. Geschäftsbanken	1,4
Rundung	0,6
Total	1'652,3

Wie man sieht wurden von den aus Berlin erhaltenen 1'637,7 Mio. CHF Gold an die Schweizerische Nationalbank 1'211,6 Mio. CHF Gold ausgeliefert; die Differenz im Wert von 426,1 Mio. CHF Gold wurde in natura an andere Zentralbanken

⁸⁵ Goldbericht Kommission Bergier, Tabelle IV, pg. 60.

ausgeliefert; durch diesen zweiten Zahlungsmodus gingen wesentliche Beträge an Portugal, Schweden, Rumänien, Spanien und die Slowakei, wichtige Lieferländer von in Deutschland benötigten Rohstoffen.

Das von der Deutschen Reichsbank in Bern an die Schweizerische Nationalbank ausgelieferte Gold hatte einen Wert von CHF 1'211,6 Mio.; dieses Gold wurde von der Schweizerischen Nationalbank käuflich erworben, und zwar der grösste Teil deshalb, weil verschiedene andere europäische Zentralbanken, vor allem die portugiesische⁸⁶, misstrauisch geworden waren: Sie schöpften Verdacht, dass das «deutsche» Gold nicht aus deutschen Vorkriegsbeständen stammen konnte, sondern in den besetzten Ländern gestohlen worden sein musste; schliesslich war das Faktum, dass die Deutsche Reichsbank vor dem Kriege keine wesentlichen Goldbestände besessen hatte, mehr oder weniger überall bekannt gewesen. Die Direktion der Schweizerischen Nationalbank hatte von diesen Befürchtungen Portugals spätestens ab Juni 1942 Kenntnis⁸⁷. Wegen der zweifelhaften Herkunft des angekauften Goldes werden diese Transaktionen heute der Schweizerischen Nationalbank zum Vorwurf gemacht.

Wir verfolgen, was mit dem Gold, welches die Schweizerische Nationalbank von der Deutschen Reichsbank gekauft hatte, im Laufe der Zeit geschehen ist: Tabelle 5 (vgl. Seite

⁸⁶ Im Sommer 1942 besuchte Reichsbankdirektor Treue Lissabon, worauf Portugal wieder «deutsches» Gold akzeptierte; Goldbericht Kommission Bergier, pg. 92. Der Grund für den portugiesischen Gesinnungswandel ist unbekannt; Goldstudie der SNB, Ziff. 3.3.2.

⁸⁷ Goldbericht Kommission Bergier, pg. 92.

68) gibt Aufschluss; auch diese wurde dem Goldbericht der Kommission Bergier entnommen⁸⁸ und etwas vereinfacht.

Wir betrachten zuerst die wesentlichen Positionen der *Netto-Goldkäufe der Schweizerischen Nationalbank*:

Deutschland und Italien verkauften wesentliche Goldbestände an die Schweizerische Nationalbank: Diese Länder benötigten frei verfügbare Devisen, um sich mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Halb- und Fertigfabrikaten zu versorgen.

Es ist anzunehmen, dass der Verkauf von Gold durch die **Französische Zentralbank** auf Druck von Berlin stattfand, und dass auch in diesem Falle der Erlös in Schweizerfranken letztlich nach Berlin gelangte (vermutlich gegen Gutschrift praktisch wertloser Reichsmark) und der Deutschen Reichsbank zur Verfügung stand.

Der Verkauf von Gold durch **Argentinien** steht vermutlich einerseits im Zusammenhang damit, dass der Schweizerfranken während des ganzen Krieges frei konvertierbar blieb und deshalb als international akzeptiertes Zahlungsmittel eingesetzt wurde; es gibt andererseits auch Hinweise auf den Bezug von Rüstungsgütern durch Deutschland in Südamerika⁸⁹ gegen Escudos, welche vielleicht über Argentinien abgewickelt wurden.

Schweden verkaufte Gold aus anderen Gründen: Auch in Schweden war man gegenüber dem «deutschen» Gold misstrauisch geworden: Aus Tabelle 4 ist ersichtlich, dass die

⁸⁸ Goldbericht Kommission Bergier, Tabelle III, pg.

⁸⁹ Goldbericht Kommission Bergier, pg. 90.

Deutsche Reichsbank in Bern Gold in natura im Wert von 87,2 Mio CHF in das Depot der Schwedischen Nationalbank ausliefern liess. Schweden verkaufte dieses Gold später fast vollständig an die Schweizerische Nationalbank.

Tabelle 5

**Goldkäufe und -verkäufe der Schweizerischen Nationalbank
Nettowerte in (0'000) Mio. CHF**

Ländergruppe	Goldkäufe von	Goldverkäufe an
Achsenmächte		
Deutschland	1'211,6	
Italien	150,1	
Japan		5,0
Subtotal	1'361,7	5,0
Nettokäufer		
Portugal		451,5
Spanien		185,1
Rumänien		102,3
Ungarn		16,3
Slowakei		11,3
Türkei		14,8
Subtotal		781,3
Nettoverkäufer		
Argentinien	32,7	
Frankreich	193,2	
Griechenland	0,5	
Schweden	74,5	
Subtotal	300,9	
Diverse		
BIZ	43,2	
Markt		596,2
Bund		818,6
Eidg. Münzstätte		3,3
Alliierte Mächte	2'262,5	
Subtotal	2'305,7	1'418,1
Total	3'968,3	2'204,4
Nettozugang:	1763,9	
Ohne alliierte Mächte		
Nettoabgang bei der Schweizerischen Nationalbank		- 498,6
In der Schweiz verbleiben total		919,5

Wir betrachten nun die wesentlichen Positionen der *Netto-Goldverkäufe der Schweizerischen Nationalbank*:

Die Goldverkäufe an Portugal, Spanien, Rumänien, Ungarn, die Slowakei und die Türkei hatten im Wesentlichen alle den gleichen Grund: Alle diese Länder haben, mehr oder weniger freiwillig, oder auch mehr oder weniger gezwungen, Deutschland mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Halb- und Fertigfabrikaten beliefern. Sie wurden von Deutschland teilweise mit Schweizerfranken bezahlt, das heisst mit eben den Schweizerfranken, welche die Deutsche Reichsbank gegen «deutsches» Gold von der Schweizerischen Nationalbank erhalten hatte. Dadurch, dass die Schweizerische Nationalbank der Deutschen Reichsbank das mit dem Makel des Gestohlenwordenseins behaftete Gold abgekauft hatte, wurde dieses Gold de jure «sauberes» Gold: Es war schweizerisches Gold geworden, schweizerisches Gold ohne Anführungszeichen. Die genannten Länder besaßen als Folge ihrer umfangreichen Lieferungen nach Deutschland mehr Schweizerfranken als sie besitzen wollten, sie fürchteten vielleicht auch – und nicht ganz zu Unrecht – die in der Schweiz während des Krieges aufkommende Inflation, deshalb wiesen sie in Bern ihre Schweizerfranken vor, um Gold zu beziehen. Um die Zahlungsfähigkeit der Schweiz aufrechtzuerhalten, hatte die Schweizerische Nationalbank während des ganzen Zweiten Weltkrieges die volle Konvertibilität des Schweizerfrankens aufrechterhalten, sie akzeptierte deshalb die ihr vorgewiesenen Schweizerfranken und lieferte Gold aus; bei dieser Abwicklung handelte es sich um den dritten der oben genannten Zahlungsmodi.

Die Goldabgänge an den Bund, den Markt und die Eidgenössische Münzstätte dienten der Stabilisierung des Geldwertes,

ich gehe später darauf ein. Auf die Goldverkäufe der Alliierten Mächte muss in unserem Zusammenhang nicht eingetreten werden.

Der Gesamtgoldfluss in die Lieferländer

In Tabelle 6 sind die an die Hauptlieferländer Deutschlands nach allen vier Zahlungsmodi zugeflossenen Goldmengen zusammengezogen⁹⁰ Man erkennt, dass Portugal, Spanien und Rumänien diejenigen Lieferanten der Achsenländer waren, welche insgesamt mit Abstand am meisten Gold erwarben.

Tabelle 6

**Gesamtgoldfluss in Deutschlands wichtigste Lieferländer
Transaktionen in (0'000) Mio. CHF**

	DRB bezahlt direkt in Gold	DRB bezahlt ex Dept. bei SNB in Gold	SNB verkauft gegen CHF	Goldfluss Gold netto Total
an Länder:				
Portugal		212,3	451,5	663,8
Spanien		6,8	185,1	191,9
Rumänien	234,6	50,6	102,3	387,5
Ungarn			16,3	16,3
Slowakei		23,4	11,3	34,7
Türkei	24,7	-14,6	14,8	24,9
Schweden	22,1	87,2	-74,5	34,8

DRB = Deutsche Reichsbank

SNB = Schweizerische Nationalbank

⁹⁰ Dieser Zusammenschluss findet sich nicht im Goldbericht der Kommission Bergier.

Die Goldlieferungen nach Portugal sind mit portugiesischen Lieferungen nach Deutschland allein nicht zu begründen: Die Schweiz selbst hatte erheblichen Bedarf an portugiesischen Escudos, welche zur Bezahlung von Importen und von Frachten benötigt wurden⁹¹.

Fazit

Das etwas vereinfachte Fazit ist sehr klar erkennbar: In den ersten Jahren des Krieges (1940 und 1941) floss Gold relativ spärlich in die Schweiz; vermutlich stand hierfür in Berlin das wenige vorhandene eigene Gold der Reichsbank sowie das in Belgien, Holland und Frankreich direkt aus Banken, aus privaten Tresors und bei Privaten geplünderte und zusammengetriebene und in Münzenform vorliegende Gold zur Verfügung. Ausserdem war Deutschland damals noch in der Lage, viele seiner Lieferländer mit Gegenlieferungen zu befriedigen. In den folgenden Jahren strömte mehr Gold in die Schweiz, der Strom erreicht seinen Höhepunkt spät, erst 1943, und dies deshalb, weil das belgische «Afrika-Gold» erst spät zur Verfügung stand: Es traf erst Ende 1942 in Berlin ein und musste zur Tarnung seiner Herkunft vor dem Verkauf umgeschmolzen werden.

Die Importüberschüsse Deutschlands, hauptsächlich aus Portugal, Spanien, der Türkei, Rumänien und Schweden, konnten anfänglich in Gold «in natura» ausgeglichen werden. Später wünschten einige dieser Länder kein deutsches Gold mehr zu

⁹¹ Z.B. in den Jahren 1941 und 1942 je ca. 90 Mio. CHF; Goldbericht Kommission Bergier, pg. 89.

empfangen, weil sie zu Recht fürchteten, es sei gestohlenen Gold^{92, 93, 94}; sie wünschten in Schweizerfranken bezahlt zu werden. Wenn sie später wiederum Gold aus der Schweiz ankauften, dann meinten sie – oder sie gaben vermutlich wider besseres Wissen vor zu meinen – schweizerisches Gold zu kaufen⁹⁵. Die Schweizerische Nationalbank erwies der Deutschen Reichsbank den Dienst, deren (hauptsächlich in Holland und Belgien) gestohlenen Gold gegen Schweizerfranken zu erwerben, so dass die Reichsbank ihre Gläubiger entsprechend deren Wünschen in Schweizerfranken befriedigen konnte; die Schweizerische Nationalbank kam in den Besitz eines Teils des gestohlenen Goldes.

Ein Teil des von Deutschland angekauften Goldes blieb in der Schweiz; dessen Gegenwert in Schweizerfranken betrug nach der obigen Zusammenstellung in Tabelle 5 (und ohne die Goldverkäufe der Alliierten mitzurechnen) ca. 900 Mio. CHF. Dieser Betrag stand der Deutschen Reichsbank in Schweizerfranken zur freien Verfügung und wurde zu einem Teil dazu verwendet, deutsche Schulden in der Schweiz zu bezahlen. Wir haben weiter oben unter dem Titel der Handelsverträge mit Deutschland festgestellt, dass Deutschland von der Schweiz zwar Kredite in Höhe von 850 Mio. Franken erhalten hatte, dass sich aber bei den Verhandlungen, die ab Januar 1943 stattfanden, herausstellte, dass Deutschland durch die

⁹² WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 51.

⁹³ Durch die «Declaration on Forced Transfers of Property in Enemy-Controlled Territory» vom 5. Januar 1943 warnten die Alliierten nachdrücklich vor der Annahme von oder dem Handel mit möglicherweise gestohlenem Gut. Vgl. Eizenstat-Bericht I, pg. 6 ff.

⁹⁴ Goldbericht Kommission Bergier an verschiedenen Stellen.

⁹⁵ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 69 ff.

Plazierung von Bestellungen diese Kreditlimite bereits massiv überzogen hatte, und zwar im Betrage von 320 Mio.⁹⁶. Zusätzlich meldete Deutschland damals für neue Aufträge einen Bedarf von weiteren 200 Mio.⁹⁷ Franken an, insgesamt also einen Kredit- und Geldbedarf⁹⁸ in Höhe von insgesamt ca. 1'370 Mio. Franken. Deutschland musste zugeben, die vertraglich abgemachte Kreditlimite von 850 Mio. Franken auf unkorrekte Art überzogen zu haben; man wusste in Berlin, dass die Schweiz unnachgiebig bleiben würde, so dass mit weiteren Krediten nicht gerechnet werden konnte, zumal Deutschland auch deshalb in einer schwachen Verhandlungsposition war, weil es seine eigenen vertraglich abgemachten Lieferleistungen (Kohle, Mineralöl, Rohstoffe etc.) nur teilweise hatte erbringen können. Der Lieferüberhang der Schweiz wurde deshalb in der Folge mit einem Teil des Schweizerfrankenäquivalentes der in Bern verbliebenen deutschen Goldbestände bezahlt. Deutschland verblieben weitere Schweizerfrankenbeträge für Ankäufe in anderen Ländern. Wenn man dieser Betrachtungsweise folgt, hat Deutschland während der ersten Kriegsjahre seine Importe aus der Schweiz im Wesentlichen mit Hilfe der von der Schweiz gewährten Kredite bezahlt, in der zweiten Hälfte des Krieges bezahlte es einen Teil seiner Bezüge mit einem Teil des Erlöses des an Bern verkauften Goldes; die Nationalbank hat dadurch indirekt ermöglicht, die ab 1943 geltende offizielle Kreditlimite der Schweiz gegenüber Deutschland zu überschreiten. «Auf Grund des jetzigen Forschungsstandes ist es nicht möglich zu bestimmen, wie viele Franken Deutschland in der Schweiz

⁹⁶ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 142.

⁹⁷ WERNER RINGS, a. a. O., pg. 142.

⁹⁸ WERNER RINGS, a. a. O., pg. 142 ff.

und wie viele es in Drittstaaten verwendete»⁹⁹. Einen Teil seiner Bezüge blieb Deutschland schuldig, so dass bei Kriegschluss insgesamt die berühmte «Clearing-Milliarde» offen stand.

Drei weitere wichtige Gesichtspunkte dürfen bei der Beurteilung des Verhaltens der Schweizerischen Nationalbank keinesfalls übersehen werden, obwohl sie im Zusammenhang mit der vorliegenden Studie im Detail nicht verfolgt werden können:

Erstens die Frage der Golddeckung der schweizerischen Währung: Die Schweizerische Nationalbank hat während des ganzen Zweiten Weltkrieges die Auffassung vertreten, es liege im Interesse des Landes die freie Konvertierbarkeit des Schweizerfrankens unbedingt aufrechtzuerhalten: Der Aussenhandel mit europäischen und vor allem mit überseeischen Ländern, den die Schweiz dringend weiterführen musste, um überleben zu können, erforderte ein international anerkanntes Zahlungsmittel. Der Schweizerfranken bedurfte einer Golddeckung, alle der Nationalbank vorgewiesenen Schweizerfranken mussten jederzeit in Gold eingelöst werden können. Im übrigen war die Nationalbank gesetzlich verpflichtet, die Golddeckung nicht unter 40% sinken zu lassen¹⁰⁰. Die Nationalbank hatte vor dem Kriege – wie viele andere europäische Nationalbanken auch – einen sehr grossen Teil ihrer Goldbestände in Sicherheit gebracht, und zwar zur Hauptsache nach den USA, einiges auch nach England und nach Kanada, die USA aber hatten am 14. Juni 1941 alle kontinentaleuropäi-

⁹⁹ Goldstudie der SNB, Ziff. 4.2.2, Fussnote

¹⁰⁰ Goldbericht Kommission Bergier, pg. 73.

schen Staaten gehörenden und in den USA lagernden Goldbestände blockiert, auch diejenigen der neutralen Staaten, und auch die der Schweiz. Für die Golddeckung des Schweizerfrankens stand deshalb im Inland¹⁰¹ nur ein Bruchteil des Gesamtgoldbestandes der Nationalbank zur Verfügung: Der Schweizerfranken war zwar während der ganzen Dauer des Zweiten Weltkrieges mit Gold reichlich überdeckt, jedoch nur zu etwa 30%¹⁰² mit Gold, welches sich im Inland befand. Ohne den ständigen Nettozufluss von Gold, welcher aus dem innereuropäischen Handel entstand, wäre die Schweizerische Nationalbank mit ihrer Aufgabe, den Schweizerfranken in bedeutendem Umfang mit nicht-blockierten im Inland lagernden Goldbeständen zu decken, in arge Schwierigkeiten gekommen. Bei der Beurteilung des Verhaltens der Schweizerischen Nationalbank ist diesem Umstand Rechnung zu tragen, denn er erklärt zu einem guten Teil, warum die Direktion der Nationalbank den Argwohn, den sie selbst gegenüber dem «deutschen» Gold schon ab 1940, spätestens ab 1943 entwickelte, zurückdrängte.

Zweitens die mit der Konvertibilität eng verknüpfte Frage der Bereitstellung von Zahlungsmitteln für den Eigenbedarf des schweizerischen Imports: Die Schweizerische Nationalbank hatte selbstverständlich während des Zweiten Weltkrieges die Daueraufgabe, für die Bezahlung der reduzierten, aber immerhin noch möglichen Importe die notwendigen Zahlungsmittel

¹⁰¹ Nach dem Gesetz hätten die vorgeschriebenen 40% Golddeckung im Inland vorhanden sein sollen, diese Vorschrift hob der Bundesrat in einem geheimen Beschluss am 17. Mai 1940 auf; Goldbericht Kommission Bergier, pg. 73.

¹⁰² Goldbericht Kommission Bergier, pg. 74, Tab. IV.

bereitzuhalten. Die Handelsbilanzen der Schweiz mit dem Ausland waren meistens negativ, unsichtbare Exporte lagen weitgehend brach, so dass sich ein erheblicher Zahlungsmittelbedarf ergab. Michel Fior weist nach, dass sich allein im Handel mit Portugal, Spanien und Rumänien von 1940 bis 1945 ein Handelsbilanzdefizit von 526 Mio. CHF ergab; er gibt für den gesamten Zahlungsmittelbedarf der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges für Zwecke des Importes von Nahrungsmitteln und Rohstoffen einen Betrag in Höhe von 600 bis 650 Mio. CHF an; das erforderte entweder Gold, oder die Akzeptanz eines konvertiblen Schweizerfrankens, was de facto auf das gleiche hinauslief. Der Goldbestand der Schweizerischen Nationalbank hätte ohne Goldzufuhren aus Berlin nicht ausgereicht, um diesen Bedarf zu decken, so dass auf einen Teil dieser Importe hätte verzichtet werden müssen. Das wollte die Direktion der Nationalbank nicht riskieren; gegenüber ihrem Bankausschuss erklärte sie 1942, sie sei «der Auffassung, dass das in der Schweiz verfügbare Gold ausschliesslich in den Dienst unserer Lebensmittel- und Rohstoffversorgung gestellt werden muss»¹⁰³.

Drittens die Frage der Wertstabilität des Schweizerfrankens: Die umfangreichen Gold- und Devisenkäufe der Nationalbank gegen Schweizerfranken hatten eine Erhöhung der insgesamt im In- und Ausland umlaufenden Geldmenge in schweizerischer Währung zur Folge; da der erhöhten Geldmenge keine vermehrte sondern im Gegenteil eine verminderte Konsumgütermenge gegenüberstand, befürchtete die Schweizerische

¹⁰³ MICHEL FIOR, «Die Schweiz und das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank?», pg. 78 ff.

Nationalbank eine Erhöhung der Inflationsgefahr¹⁰⁴, ¹⁰⁵. Obwohl diese Gefahr durch bedeutende Notenhortung im In- und Ausland erheblich gemildert wurde¹⁰⁶, begann die Nationalbank, zur Unterstützung ihrer Geldpolitik (hauptsächlich ausländische) Goldmünzen an das schweizerische Publikum abzugeben, um dadurch Kaufkraft zu immobilisieren; das Publikum seinerseits tendierte – wie fast immer in Krisenzeiten – zur Goldhortung, so dass die Operation gelang. Der Bund beteiligte sich an dieser Stabilisierungsbemühung, indem er mit öffentlichen Anleihen liquides Geld aufnahm und mit dem Erlös seinerseits Gold erwarb; das half zwar der Nationalbank bei ihrer Bemühung um die Geldwertstabilität, aber beide Operationen, der Verkauf von Gold an das Publikum und der Verkauf von Gold an den Bund (d.h. de facto über dessen öffentliche Anleihen auch an das Publikum), bedeuteten massive Goldabgaben der Schweizerischen Nationalbank, welche wiederum ohne den ständigen Nettozufluss von Gold aus dem innereuropäischen Handel nicht durchführbar gewesen wären. Auch diese Operationen sind in die Beurteilung des Verhaltens der Schweizerischen Nationalbank mit einzubeziehen; sie erklären im Übrigen die beiden grossen Verkaufspositionen «Markt» und «Bund» sowie die Abgabe an die Münzherstellung in Tabelle 5 (vgl. Seite 68) im Gesamtbetrag von immerhin 1'418 Mio. CHF.

¹⁰⁴ Goldbericht Kommission Bergier, Kapitel 3.5 und 3.6, pg. 159 ff.

¹⁰⁵ Eine ausführliche Darstellung der damaligen Inflationsbefürchtungen sowie der von der Nationalbank getroffenen Massnahmen findet sich in der Goldstudie der SNB.

¹⁰⁶ JAKOB TANNER, «Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft», pg. 244 und 248 ff.

Ob die Schweizerische Nationalbank beim Ankauf «deutschen» Goldes zurückhaltender gewesen wäre, wenn die USA die dort lagernden schweizerischen Goldbestände im Juni 1941 nicht blockiert hätten, so dass diese für den internationalen Handel der Schweiz als Deckung hätten gelten können, ist eine hochtheoretische aber sehr interessante Frage, die niemand beantworten kann. Man könnte es vielleicht vermuten¹⁰⁷: Der Ankauf «deutschen» Goldes, dessen Umfang bis dahin eher bescheiden gewesen war, erreichte sofort nach der Blockierung der schweizerischen Goldbestände in den USA im IV. Quartal 1941 sprunghaft 126 Mio. CHF.

Rechtliche Aspekte des Goldhandels mit Deutschland

Wir haben das von der Schweizerischen Nationalbank angekaufte «deutsche» Gold bisher sehr pauschal als «gestohlenes Gold» bezeichnet; es ist notwendig, sich zu vergewissern, dass diese Bezeichnung sachgerecht ist. Daniel Thürer hat sich zu dieser Frage geäußert¹⁰⁸; wir resümieren das für unsere Anwendung Wesentliche.

¹⁰⁷ Prof. JEAN-CHRISTIAN LAMBELET vermutet es. Vgl. sein Artikel «Wo blieb der ökonomische Sachverstand der Bergier-Kommission?», NZZ, 31. Juli 1998, Nr. 175, pg. 25. Lambelet meint, man könne «überspitzt formulieren: Die Amerikaner haben die Nationalbank in die Arme der Reichsbank getrieben». Die Kommission Bergier ist anderer Meinung: «[davon] kann keine Rede sein», «Plädoyer für eine interdisziplinäre Analyse der Nationalbankpolitik», NZZ, 10./11. Oktober 1998, Nr. 235, pg. 29.

¹⁰⁸ Prof. DANIEL THÜRER, «Raubgold und Völkerrecht, eine Analyse im Lichte

Die Rechtsverhältnisse in besetzten Gebieten werden in der Haager Landkriegsordnung von 1907 geregelt; diese hatte bereits im Ersten Weltkrieg völkerrechtlich gewohnheitsrechtlichen Status, so dass ihre Regelungen im Zweiten Weltkrieg ohne Zweifel verbindliches Recht darstellten. Zum Thema Eigentum gelten gemäss dieser Landkriegsordnung die folgenden Prinzipien: Zunächst gilt für die Truppe ein ausdrückliches Plünderungsverbot. Betreffend privates Eigentum stipuliert die Landkriegsordnung ein ausdrückliches Verbot von Konfiskationen; für die Requisition, die Beschlagnahme, für Kontributionen und andere Geldleistungen legt die Ordnung eingehende restriktive Regelungen fest. Staatliches Eigentum ist in wesentlich geringerer Masse geschützt, jedoch kann «das ein Gebiet besetzende Heer nur (...) alles bewegliche Eigentum des Staates mit Beschlagnahme belegen (...), was geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen». Sowohl in Bezug auf privates wie öffentliches Eigentum dürfte nach Sinn und Zweck der Haager Landkriegsordnung als äusserster rechtlicher Rahmen gelten, dass Eingriffe der Besatzungsmacht insgesamt in einem vernünftigen Verhältnis zu den Ressourcen des Landes stehen müssen und die aus dem besetzten Gebiet erlangten Güter, Mittel und Werte nur für die Bedürfnisse der Besetzung, also nicht zur Finanzierung kriegerischer Unternehmungen ausserhalb des besetzten Gebietes Verwendung finden dürfen (Thürer). Im Sinne dieser Ordnung sind sämtliche bei Privaten, in Tresoren, bei Goldschmieden, in den Banken etc. durch die deutsche Wehrmacht beschlagnahmten Wertgegenstände in völkerrechtswidriger Weise weggenommen, d.h. gestohlen worden.

Bei der Beschlagnahme von Goldreserven, welche sich im Eigentum der jeweiligen Nationalbanken befanden, ist die Frage etwas komplizierter: Man kann argumentieren, dass auch dieses Gold Privateigentum war und daher nicht hätte weggenommen werden dürfen, weil die betroffenen Nationalbanken in der Regel als private Aktiengesellschaften organisiert waren. Wenn man hingegen den Standpunkt einnimmt, dass die Goldreserven einer Nationalbank unabhängig von deren Organisationsform grundsätzlich Staatseigentum sind, dann hätten diese Goldreserven von der Besatzungsmacht zwar beschlagnahmt werden dürfen, hingegen wäre nunmehr das Verbot der übermässigen Inanspruchnahme der Ressourcen des besetzten Landes und ausserdem kumulativ das Verbot der Verwendung solcher Beute zur Finanzierung von Kriegsaufwendungen ausserhalb des besetzten Gebietes anzuwenden gewesen.

Der Nürnberger Gerichtshof hat nach dem Zweiten Weltkrieg sämtliche Beschaffungssaktionen Deutschlands als Teile einer Gesamtstrategie zur wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten Gebiete betrachtet; er verurteilte diese Ausbeutung als Verstoss gegen das Völkerrecht, ohne die Aktionen Deutschlands im Einzelnen differenziert zu beurteilen¹⁰⁹.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Goldbeschaffung, welche Deutschland in den besetzten Gebieten betrieb,

¹⁰⁹ Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass Deutschland die besetzten Länder auch durch umfangreiche Zwangsrekrutierungen von Arbeitskräften zu Gunsten seiner Rüstungsindustrie ausgebeutet hat, was völkerrechtlich unerlaubt war und unter dem Gesichtspunkt des menschlichen Schicksals der Betroffenen eine noch wesentlich üblere Sache war, als der Golddiebstahl.

gezielt und ausschliesslich der Beschaffung von Devisen für den Rohstoffeinkauf in Drittländern diene, kann ohne Zweifel davon ausgegangen werden, dass sie rechtswidrig war. Das Wort «gestohlen» ist anwendbar und trifft den Sachverhalt.

Prof. Dietrich Schindler (sen.), welcher 1944 im Auftrag der Schweizerischen Nationalbank ein Gutachten zu dieser Frage ausgearbeitet hat, kam damals zur gleichen Schlussfolgerung: Die während des Krieges von Deutschland in den besetzten Gebieten veranstalteten Goldbeschaffungsaktionen waren nicht rechtmässig. Ob die ursprünglichen Eigentümer diese Werte von der Schweizerischen Nationalbank später würden zurückfordern können, machte Schindler davon abhängig, ob die Direktion der Schweizerischen Nationalbank sich auf ihren «guten Glauben» berufen könne. Aus diesem Grunde ist die Frage von zentraler Bedeutung, ob die Direktion der Schweizerischen Nationalbank sich über die Herkunft des ihr von der Deutschen Reichsbank angebotenen Goldes im Klaren war¹¹⁰. Man muss heute davon ausgehen, dass die Direktion der Schweizerischen Nationalbank schon während des Krieges, spätestens ab 1943, die sehr zweifelhafte Herkunft des «deutschen» Goldes gekannt hat.

¹¹⁰ Das Washingtoner Abkommen von 1946 ist nicht Gegenstand dieser Studie, es ist aber interessant festzustellen, dass Peter Nobel nachweist, dass die Frage der Gutgläubigkeit zwar moralisch zu diskutieren ist, dass es aber beim Abschluss des Washingtoner Abkommens «auf den guten oder bösen Glauben nicht ankam».

Prof. PETER NOBEL, «Guter oder böser Glaube und Washingtoner Abkommen, Vorgriff auf ein noch ausstehendes Bergier-Kapitel», NZZ, 2. Oktober 1998, Nr. 228, pg. 15.

Wozu brauchte Deutschland Gold und Devisen?

Deutschland benötigte für seine Rüstungsindustrie spezielle und seltene Spezialrohstoffe; wie oben erläutert wurde, bezahlte Deutschland seine Lieferanten im Tauschhandel, mit Gold in natura oder mit gegen Gold erworbenen Schweizerfranken. Auf die wichtigsten Rohstoffbedürfnisse trete ich im Folgenden kurz ein.

Die von Deutschland erworbenen Spezialrohstoffe wurden primär für die Stahlindustrie benötigt. Als Stähle bezeichnet man Eisenbasislegierungen, deren Eigenschaften (Festigkeit, Warmfestigkeit, Zähigkeit, Härte, chemische Beständigkeit etc.) sich durch Änderung des Kohlenstoff- und Siliziumgehaltes und die Beigabe von veredelnden Zusatzmetallen, sowie durch eine geeignete Wärmebehandlung in weiten Grenzen variieren lassen. Zur Legierung und Veredelung von Stählen dienert vor allem die seltenen Metalle Mangan, Nickel, Chrom, Wolfram, Molybdän und Vanadium. Von besonderer Bedeutung sind nichtrostende Edelmehle, welche auch bei höherer Temperatur ihre guten Eigenschaften behalten; sie enthalten bis zu 25% Chrom und 20% Nickel, benötigen also zu ihrer Herstellung grosser Mengen dieser Zusatzstoffe; Chrom-Nickel-Stähle werden einerseits verwendet, wenn chemische Resistenz verlangt wird, z.B. im chemischen Anlagenbau und für den Bau von Raffinerien, andererseits wird warmfester Stahl für Verbrennungsmotoren, d.h. für den Bau von Benzinmotoren und Dieselmotoren benötigt. Mit Wolfram legierte Stähle sind insbesondere für Anwendungen erforderlich, in denen eine hohe Verschleissfestigkeit, d.h. eine hohe Festigkeit gegen Abtragung gefordert wird. Eisen-Chrom-Legierungen mit 12-17% Chromgehalt lassen sich bei geeignetem Kohlenstoffgehalt schmieden und durch Wärmebehandlung

härten. Bei Stählen, welche mit bedeutenden Wolframanteilen legiert sind, kann besonders hohe, auch wärmebeständige, Härte erreicht werden, was für die Herstellung von Panzerplatten für militärische Anwendungen wichtig ist. Stähle mit hohem Mangan Gehalt (ca. 13%) werden in grossem Umfang als verschleissfeste Stähle eingesetzt; diese werden insbesondere für Rollen- und Kugellager benötigt. Auch Molybdän verbessert die Eigenschaften von Stählen, insbesondere die Zug- und Kriechfestigkeit bei erhöhter Temperatur. Für die Herstellung von Werkzeugstählen, welche zur spanabhebenden Stahlbearbeitung benötigt werden, verwendet man hochlegierte Stähle, welche Wolfram und Vanadium enthalten, sodass auch bei hoher Arbeitstemperatur noch genügend Verschleissfestigkeit und Härte gewährleistet ist. Diese summarische Aufzählung zeigt, dass ein moderner Maschinenbau und insbesondere eine Rüstungsindustrie undenkbar sind, wenn die benötigten hochlegierten Spezialstähle nicht zur Verfügung stehen. Gewöhnlicher Stahl bietet für die allermeisten zivilen und militärischen Anwendungen nicht die geforderten Eigenschaften; insbesondere für Geschützrohre, Gewehrläufe, Panzerplatten, Kugellager, Motoren etc. sind die erwähnten hochlegierten Spezialstähle unbedingt erforderlich, ebenso für Spezialmunition mit gehärteten Geschossen zur Bekämpfung von Panzerfahrzeugen¹¹¹. Ohne Spezialstähle würde eine Rüstungsindustrie in kurzer Zeit stehen bleiben¹¹². Auch

¹¹¹ Britische Spezialisten schätzten, dass Deutschland allein für solche Munition, (armour piercing shells) 1'500 t Wolfram pro Jahr benötigen würde. Eisenstat-Bericht II, (1998), Abschnitt «Portuguese Wartime Trade in Wolfram».

¹¹² ALBERT SPEER erläutert dies eindrücklich in seinen «Erinnerungen», pg. 329: Speer wies im November 1943 in einem Memorandum an Hitler auf die geringen Vorräte an Mangan, Nickel, Chrom, Wolfram, Molybdän und Silizium hin, und er stellte fest, dass die Erschöpfung der Vorräte dieser

Aluminium muss, allerdings mit Beigaben in geringeren Mengen, insbesondere mit Mangan, legiert werden, wenn es die im Flugzeugbau erforderlichen Eigenschaften aufweisen soll. Die wichtigsten, dringend begehrten und seltenen Rohstoffe, welche Deutschland sich im Ausland beschaffen musste, waren demgemäss die Metalle Chrom, Mangan, Molybdän, Nickel¹¹³ und Wolfram. Mangan wurde aus Spanien und Rumänien importiert, Chrom aus der Türkei, Wolfram aus Portugal und Spanien, Stahl und Eisenerz aus Schweden und Spanien. Es mag beigefügt werden, dass in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges metallurgische Forschungsarbeiten liefen, die zum Ziel hatten, die gegebenen Mangelsituationen zu umgehen.

Einige Beispiele mögen die Grössenordnung der benötigten Mengen und deren Beschaffung qualitativ illustrieren; wirklich genaue Mengenangaben fehlen in der mir zugänglichen Literatur, wahrscheinlich fehlen sie überhaupt.

Deutschland hatte 1938 eine totale *Chromerzmenge* von 176'000 t¹¹⁴ importiert¹¹⁵. Wichtige Vorkommen liegen in der

für die Stahlproduktion wichtigen Legierungsmetalle «ein Auslaufen der verschiedensten wichtigsten Rüstungsbranche – sämtliche Flugzeuge, Panzer, Kraftfahrzeuge, Panzergranaten, U-Boote, fast der gesamten Geschützfertigung» nach sich ziehen würde. Deutschland bezog einen guten Teil dieser Legierungsmetalle zeitweise aus Vorkommen in den besetzten Ländern; die Verfügung über diese Quellen ging aber in den Kriegsjahren ab 1943 stetig verloren, so dass akute Mangellagen eintraten. Diese Stelle aus Speers Erinnerungen zitiert auch der Eisenstat-Bericht II.

¹¹³ Der Versuch der deutschen Forscher, Uran anzureichern, scheiterte unter anderem, aber sicher nicht nur, daran, dass für eine «Isotopen-Trennmethode nach Clusius-Dickel» die notwendigen Nickelrohre nicht erhältlich waren. Nickel unterlag einer strikten kriegswirtschaftlichen Bewirtschaftung, welche für dieses «exotische Projekt» der deutschen Nuklearforscher Nickel nicht freigeben wollte.

¹¹⁴ Masseinheit Tonne (t): 1 t = 1'000 kg.

Türkei, diese waren die einzigen, welche in Reichweite Deutschlands lagen. Nach mühsamen Verhandlungen und gegen heftige alliierte Gegenbestrebungen sagte die türkische Regierung für 1943 eine Menge von 45'000 t Chromerz zu^{115, 116}; Deutschland bezahlte teilweise mit Beutewaffen. Eine weitere Quelle von Chromerz lag in Mazedonien bei Skopje¹¹⁷. Speer gab Hitler 1943 für die Rüstungsindustrie einen Jahresbedarf von ca. 45'000 t Chromerz an¹¹⁸.

Boelcke und der Eisenstat-Bericht II geben folgende Werte für die türkischen Chromerzlieferungen während des Krieges:

Chromerzlieferungen während des Krieges

Jahr	1941	1942	1943	1944	Geschätzter Jahresbedarf Deutschlands
Aus der					
Türkei ¹¹⁹	Null t	Null t	45'000 t	¹²⁰	
Türkei ¹²¹	Null t	Null t	45'700 t	44'000 t	
			Albert Speer 1943:		45'000 t ¹²²

¹¹⁵ Diese hohe über einen Jahresbedarf hinausgehende Menge lässt Käufe auf Vorrat vermuten.

¹¹⁶ WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 142.

¹¹⁷ WILLI A. BOELCKE, a.a.O., pg. 161, leider ohne Mengenangabe.

¹¹⁸ ALBERT SPEER, «Erinnerungen», pg. 329.

¹¹⁹ WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 142.

¹²⁰ Leere Stellen in der Tabelle bedeuten fehlende Information.

¹²¹ Eisenstat-Bericht II, Abschnitt «The Economic Side of Turkish Neutrality» und «Allied Economic Policies Toward Neutral Turkey; Preclusive Trade and Military Assistance».

¹²² ALBERT SPEER, «Erinnerungen», pg. 329.

Die türkischen Lieferungen deckten also jedenfalls den deutschen Jahresbedarf. Nach alliierten Schätzungen betrug der in Deutschland liegende Vorrat bei Kriegsbeginn 250'000 t, so dass die ersten Kriegsjahre überbrückt werden konnten, bis 1943 die türkischen Lieferungen einsetzten¹²³.

Wolframerze erhielt Deutschland wahrscheinlich ausschliesslich aus Portugal und aus Spanien; wir entnehmen der Publikation von Boelcke und dem Eizenstat-Bericht II folgende Werte:

Wolframerzlieferungen während des Krieges

Jahr	1941	1942	1943	1944	Geschätzter Jahresbedarf Deutschlands
aus					
Portugal ¹²⁴		1'696 t	1'076 t		
Portugal ¹²⁵	2'038 t	2'2001	2'100 t	900 t	
Spanien ¹²⁶	ca. 1'000 t	1'000 t	1'200 t	865 t	
Total	3'038 t	3'200 t	3'300 t	1'765 t	
		Eizenstat -Bericht II:		min. 3'500 t ¹²⁷ min.	
		Albert Speer 1943:		1'700 t ¹²⁸	

¹²³ Eizenstat-Bericht II, wie Fussnote 121.

¹²⁴ WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 141 und 174 ff.

¹²⁵ Eizenstat-Bericht II, Abschnitte: «Portuguese Wartime Trade in Wolfram» und «Allied Competition With Germany for Portuguese Wolfram 1941-1942»; ebenso die Tabelle: «Neutral Countries' Supply of Germany's Major Resources».

¹²⁶ Quelle wie Fussnote 125.

¹²⁷ Quelle wie Fussnote 125.

¹²⁸ ALBERT SPEER, «Erinnerungen», pg. 329.

Die Jahresproduktion Portugals betrug aus in englischem Besitz¹²⁹ befindlichen Gruben ca. 3'000 t, aus den in deutschem bzw. in portugiesischem Besitz befindlichen Gruben ca. 1'200 t. Die hohe Nachfrage der beiden kriegführenden Parteien erzeugte auf der iberischen Halbinsel einen eigentlichen Wolframerzboom, der hohe Verdienste ermöglichte und mit rasant ansteigenden Preisen verbunden war, welche Deutschland erhebliche Devisenprobleme brachten¹³⁰. Effektiv war das genau, was die Alliierten erreichen wollten: Sie kauften mehr als sie benötigten, um die Lieferungen nach Deutschland zu konkurrenzieren. Portugal und Spanien deckten zusammen etwa den deutschen Bedarf. Die mehrfach unternommenen Versuche der Alliierten, Portugal durch eindringliche Vorstellungen zur Einstellung der Wolframlieferungen oder wenigstens zur Reduktion derselben zu veranlassen, scheiterten an der strikten Neutralitätspolitik Salazars. Erst im Sommer 1943 gelang es, Salazar, der immer noch eine deutsche Invasion befürchtete, Landrechte für die alliierten Luftstreitkräfte auf den Azoren abzurufen, und erst 1944 konnte Portugal überzeugt werden, seine Wolframlieferungen nach Deutschland wesentlich zu reduzieren. Obwohl die Alliierten die enorme Bedeutung der portugiesischen Wolframlieferungen erkannt hatten, haben sie nur auf diplomatischem Wege versucht, diese zu reduzieren¹³¹; Gewaltanwendung wurde nicht erwogen.

¹²⁹ Portugal belieferte auch die Alliierten mit grossen Mengen Wolfram. WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 141.

¹³⁰ WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 174 ff.

¹³¹ Im Vorwort von Stuart Eizenstat zum Eizenstat-Bericht II heisst es über diese Verhandlungen: «The United States and Great Britain predicted at the time that if Germany were deprived of Wolfram, its machinetool in-

Schweden lieferte einen erheblichen Teil der deutschen Stahlversorgung: Für das Spitzenjahr 1943 gibt Boelcke an, dass von der deutschen Eisenerzversorgung von insgesamt 23,2 Mio. t 24%, d.h. 5,7 Mio. t, aus Schweden gekommen seien¹³². Der Eisenstat-Bericht II gibt höhere Werte an und meint, die schwedischen Lieferungen hätten während des ganzen Krieges durchschnittlich 9 Mio. t per annum betragen, und auch 1944 noch 7 Mio. t umfasst¹³³. Die schwedischen Lieferungen von **Kugellagern** deckten zeitweise 70% des deutschen Bedarfs^{134,135}. Schweden fürchtete eine deutsche Invasion so sehr, dass es sich bis zum Herbst 1944 weigerte, die Kugellagerlieferungen einzustellen¹³⁶. Die schwedischen Lieferungen

dustry would virtually shut down within three months, severely diminishing Germany's capacity to continue the War.» Im Text des Kapitels über Portugal heisst es: «Portugal exported one material without which, the Allies believed, Germany could not continue to fight: Wolfram, which when processed into the extremely hard metal tungsten had myriad industrial and military uses.» (...) «The Allies could have used the threat of an oil embargo to compel Portugal to end the trade with Germany, but they placed greater importance on negotiating access to military bases on the Azores».

¹³² WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 130 ff. Nach Boelcke «wird der Stellenwert der schwedischen Erzliefierungen für die deutsche Kriegswirtschaft häufig überschätzt».

¹³³ Eisenstat-Bericht II, Abschnitte: «Allied Negotiations With Sweden to halt Swedish Wartime Exports and Concessions to Nazi Germany» und «Swedens Cessation of Trade with Germany»; Tabelle: «Neutral Countries' Supply of Germany's Major Resources».

¹³⁴ Eisenstat-Bericht II, Abschnitt: «Swedens Cessation of Trade with Germany».

¹³⁵ Die innerdeutsche Kugellagerfabrikation erfolgte zu 60% in einer Tochterfirma der Svenska Kullagerfabriken SKF in Schweinfurt, z.T. mit aus Schweden zugeliefertem Ausgangsmaterial. (Eisenstat-Bericht II).

¹³⁶ Eisenstat-Bericht II, Abschnitt: «Swedens Cessation of Trade with Germany».

wurden teilweise mit Gold bezahlt¹³⁷. Auch Spanien lieferte hochwertige Eisenerze¹³⁸.

Aus Finnland bezog Deutschland einen bedeutenden Teil seiner **Nickel**einfuhr¹³⁹. Speer gab 1943 für die Rüstungsindustrie einen Jahresbedarf von ca. 9'000 t Nickelerz an¹⁴⁰.

Die beiden mir zugänglichen Quellen, das vielfach zitierte Buch von W. A. Boelcke und der Eisenstat-Bericht U, sind bezüglich der Herkunft des deutschen **Mangan**bedarfs unergiebig; das hängt einerseits damit zusammen, dass Manganerze häufig mit Eisenerzen vergesellschaftet sind, so dass sich der deutsche Manganbedarf quasi von selbst deckte; zudem gibt es Manganvorkommen in Deutschland im Harz¹⁴¹.

Einen ganz wesentlichen Teil des deutschen Kriegsmaterialbedarfs stellten die aus Rumänien stammenden **Erdölprodukte** dar, ohne welche die Treibstoff- und Flugbenzinversorgung rasch zusammengebrochen wäre; auf motorische Treibstoffe waren die deutschen Blitzkriege, später der von enormen Distanzen geprägte Russlandfeldzug, und natürlich alle Operationen der Luftwaffe und der Kriegsmarine in hohem Mass

¹³⁷ Eisenstat-Bericht II, Abschnitt: «Preparation for the Postwar Allied-Swedish Negotiations on Looted Gold and German External Assets», auch NZZ, 4. Juni 1998, pg. 8. Schweden verkaufte einen Teil der deutschen Goldlieferungen an die Schweiz. Siehe Tabelle pg. 70.

¹³⁸ Eisenstat-Bericht II, Abschnitt: «Spain's Wartime Trade With the Axis».

¹³⁹ WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 132, leider ohne Mengenangabe. Das Nickel kam aus Petsamo im russisch-finnischen Grenzgebiet, gehört heute zu Russland.

¹⁴⁰ ALBERT SPEER, «Erinnerungen», pg. 329.

¹⁴¹ Enzyklopedie Naturwissenschaft und Technik, Verlag Moderne Industrie, (1980).

angewiesen. Diese Lieferungen erreichten sehr grosse Mengen und ein Vielfaches der Vorkriegsbeträge; z.B. wurden im Jahre 1941 2'693'000 t Mineralöl nach Deutschland geliefert, (1938: 425'000 t); im Durchschnitt aller Jahre 1939 bis 1944 betrug die Mineralöllieferung Rumäniens nach Deutschland das 4,3fache des Wertes für 1938¹⁴². Die Lieferungen wurden zum grossen Teil durch deutsche bzw. durch erbeutete Kriegsmateriallieferungen bezahlt. Obwohl Rumänien unter Marschall Antonescu ab 1940 in Hitlers Machtbereich geriet, begann es ab 1944 echte Bezahlung zu verlangen: Ein Teil der rumänischen Lieferungen mussten von Deutschland in Gold bezahlt werden: Berlin konzidierte 1944 sogar die Ausfuhr von Gold im Wert von 55 Mio. RM (ca. 100 Mio. Franken) in die Schweiz¹⁴³. Die von der Schweiz hart erkämpften Lieferungen von Mineralölprodukten aus Deutschland basierten auf rumänischem Erdöl.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die deutsche Rüstungsindustrie ohne die Einfuhr erheblicher Mengen von Spezialmaterial nicht auskommen konnte; ohne das *rumänische Erdöl* hätte Hitler seinen Krieg nicht führen können; ohne *Wolframerze aus Portugal und Spanien*, ohne *Chromerze aus der Türkei* wäre die deutsche Kriegsmaschine schnell zum Stillstand gekommen. Sehr wesentlich waren *hochwertige Eisenerze aus Schweden und Spanien*. Neben diesen Spezialmaterialien lieferten viele Länder natürlich auch andere Güter, vornehmlich Lebensmittel, die ebenfalls bezahlt sein

¹⁴² Über die deutsche Ölversorgung aus Rumänien siehe ausführlich WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 106 ff.

¹⁴³ WILLI A. BOELCKE, «Deutschlands Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 165.

wollten. Das bei Kriegsausbruch vorhandene deutsche Gold, wie wenig es auch gewesen sein mag, und vor allem das in den besetzten Ländern erbeutete Gold, stellte ein wichtiges Zahlungsinstrument zum Ausgleich der durch deutsche Exporte und Lieferungen nicht kompensierbaren Einfuhrüberschüsse dar. Allerdings ist nochmals festzuhalten, dass Deutschland mindestens während der ersten Kriegsjahre einen sehr grossen Teil seiner Importe durch Gegenlieferungen, zu denen es durchaus noch in der Lage war, bezahlte, d.h. de facto im Tauschhandel. Es wäre daher ein gravierender Irrtum, zu meinen, Deutschland habe damals seine Importe nur mit gestohlenem Gold bezahlt; das hätte, wie schon erwähnt, bei weitem nicht ausgereicht, es genügte gerade für den Ausgleich von Spitzen.

Man muss fragen, warum die Alliierten nicht versucht haben, die wichtigen Rohstofflieferungen nach Deutschland zu unterbrechen. Vereinfacht, aber vermutlich etwa richtig, lässt sich dies wie folgt begründen: Der Wolframhandel war kein genügender Grund, um kriegerisch mit Gewalt gegen Portugal und Spanien vorzugehen, zumal Portugal auch die Alliierten mit Wolfram belieferte; ausserdem beehrten die Alliierten spätestens ab 1943 Benutzungsrechte auf Luftwaffenbasen auf den Azoren, so dass sich gegenüber Portugal eine klare *de ut* des Situation ergab: Man durfte und wollte allzu grossen Druck auf Portugal nicht ausüben¹⁴⁴. Spanien stand politisch zunächst noch der Achse sehr nahe und erklärte erst 1943 sei-

¹⁴⁴ Eisenstat-Bericht II, Abschnitt: «Allied Attempts to Deny Portuguese Wolfram to Germany, 1942-1943». Die britische Regierung plante eine Landung auf den Azoren für den Fall, dass Hitler in Spanien und Portugal einmarschiert wäre. Gerhard L. Weinberg, «A World at Arms», Cambridge University Press, (1994), deutsche Übersetzung, pg. 200.

ne volle Neutralität, man wollte es nicht in die Arme Hitlers treiben. Eine Intervention in Schweden war unmöglich, das Land lag zu sehr umzingelt vom deutschen Machtbereich. Verschiedene Versuche, die Türkei zum Eintritt in den Krieg zu veranlassen sind misslungen: Die Türkei erhielt im Austausch gegen Chromerze von Deutschland hoch willkommene Waffenlieferungen und andere Industrieprodukte; und «Roosevelt and his military advisers were reluctant to becoming entangled in the subsidiary issues of the Balkans»¹⁴⁵. Die Türkei erklärte Deutschland erst am 23. Februar 1945 den Krieg.

Es ist interessant festzustellen, dass die aus den Arbeiten von Boelcke entnommenen (oft sehr lückenhaften) Angaben über die Wichtigkeit der Zulieferung von Spezialrohstoffen mit den Angaben des Eizenstat-Berichtes II (welche etwas vollständiger sind) qualitativ genau übereinstimmen, obwohl auf ganz verschiedenes Quellenmaterial abgestellt wird. Die von Eizenstat genannten Mengen liegen tendenziell eher höher. Die Zahlen bestätigen aber nur die grundsätzliche und auch schon lange bekannte Tatsache, dass Deutschlands Kriegsmaschine von diesen Rohstoffzulieferungen abhängig war und ohne diese rasch gelähmt worden wäre¹⁴⁶. Boelcke und Eizenstat belegen dies überzeugend und unabhängig voneinander; beide Quellen sind jedoch zu unvollständig, zu unsystematisch und

¹⁴⁵ Eizenstat-Bericht II, Abschnitt: «High-Level Allied Discussion of Turkish Neutrality».

¹⁴⁶ In einem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht an Hitler heisst es am 4. Juni 1940 in Bezug auf den Handel mit der Schweiz: «Il faut signaler en particulier la possibilité d'obtenir du matériel de guerre à base de métaux non ferreux sans devoir fournir ces matières premières.» Dieser Satz weist genau auf den springenden Punkt hin: Den Mangel an Legierungsmetallen. Zitiert in französischer Sprache von DANIEL BOURGEOIS, «Le Troisième Reich et la Suisse», pg. 160.

zu ungenau, um als wissenschaftliche Basis für weitere Arbeiten dienen zu können.

Zusätzlich zu den etwa bekannten Lieferungen aus den europäischen Ländern und der Türkei bezog Deutschland vor 1941 aus Russland und nach dem Beginn des Russlandfeldzuges aus den im Osten besetzten Gebieten und im Balkan weitere Mengen strategisch wichtiger Rohstoffe¹⁴⁷, deren Quantität unbekannt ist; diese standen, gemeinsam mit den Lieferungen europäischer Herkunft, einem ebenso unbekanntem totalen Rohstoffbedarf der deutschen Rüstungsindustrie gegenüber. Daher ist eine abschliessende quantitative Beurteilung der Bedeutung der zum Teil über die Schweiz bezahlten europäischen Lieferungen nicht möglich, bevor weitere vertiefte Studien entsprechende quantitative Aufschlüsse geben. Solche Studien erfordern ausserordentlich viel Detailarbeit, sie müssten im Total und im zeitlichen Verlauf über die Dauer des Zweiten Weltkrieges feststellen:

- Welches war der Bedarf der deutschen Rüstungsindustrie?
- Welche Rohstoffmengen konnte Deutschland in den besetzten Ländern requirieren?
- Welche Rohstoffmengen musste Deutschland in den übrigen europäischen Ländern einkaufen und bezahlen?
- Welche Importe bezahlte Deutschland durch Tauschhandel?
- Welche Importe bezahlte Deutschland mit Gold direkt?
- Welche Importe bezahlte Deutschland mit Gold oder Schweizerfranken über die Schweizerische Nationalbank?

¹⁴⁷ Z.B. aus Nikopol in Russland am Dnjepr, nahe dem Schwarzen Meer, und aus Mazedonien. ALBERT SPEER, «Erinnerungen», pg. 329.

Zusammenfassend: Eizenstat erklärt, «[that] Nazi Germany financed a substantial portion of its war effort by paying for its wartime imports from neutral nations in gold, much of it looted from occupied Europe (...)»¹⁴⁸. Wie «substantiell» der Beitrag des über die Schweiz abgewickelten Goldhandels bzw. des gegenläufigen Güterstroms wichtiger Rohstoffe war, bleibt quantitativ noch zu untersuchen. Bis diese Forschungslücke geschlossen ist, ist Eizenstats Feststellung nur qualitativ richtig aber ohne quantitativen Nachweis, was ihre Aussagekraft stark relativiert. Es kann als gesichert gelten, dass die über die Schweiz bezahlten Lieferungen für Deutschlands Rüstungsindustrie wichtig waren; wie wichtig sie tatsächlich mengenmässig gewesen sind, kann auf Grund des vorliegenden m. E. zu ungenauen und unvollständigen Zahlenmaterials nicht abschliessend beurteilt werden. Einerseits könnte man argumentieren, dass das von Deutschland über die Schweiz verschobene Gold nur etwa ein Promille des gesamten deutschen Kriegsaufwandes betragen habe und deshalb kein wesentlicher Beitrag gewesen sein könne; andererseits war der mit den Zahlungen in Gold oder in Schweizerfranken bewirkte Ausgleich der deutschen Clearingspitzen deshalb wichtig, weil er dem Import strategisch wichtiger Güter diene. Ich vermute, dass der mit Gold oder Schweizerfranken bezahlte Anteil der deutschen Importe überschätzt und der durch Tauschhandel und Requisition bezahlte Anteil unterschätzt wird. Ohne genaues Wissen über die damaligen Güterströme ist aber in dieser Frage weitere Erkenntnis nicht zu haben. Es ist zwar zu bezweifeln, ob die notwendigen Handelsstatistiken mit genü-

¹⁴⁸ Eizenstat-Bericht II, Foreword.

gender Genauigkeit rekonstruierbar sind, aber man sollte es immerhin versuchen, bevor man Schlussfolgerungen zieht; jedenfalls werden verbleibende Forschungslücken durch sinnvolle Plausibilitätsbetrachtungen ausgefüllt werden müssen.

Es ist interessant festzuhalten, dass Fritz Sternberg in einem gründlich recherchierten, geradezu prophetischen Buch^{148a} die Schwächen der deutschen Rohstoffversorgung dargelegt hat. Er zeigte schon 1939 auf, dass Deutschland bei vielen für die Rüstungsindustrie notwendigen Rohstoffen auf die Einfuhr angewiesen war, dass ihm unter anderem und insbesondere die für die Stahlherstellung notwendigen Legierungsmetalle Nickel, Chrom und Wolfram im eigenen Machtbereich vollständig fehlten, und dass die deutsche Treibstoff- und Schmierölversorgung zur Führung eines Krieges ungenügend war. Sternberg hat auch erkannt, dass Deutschland diesen Mangel-situationen nur durch Tauschhandel begegnen konnte, dass es hingegen andere Importe nicht erhalten würde, weil es wegen der gänzlichen Erschöpfung seiner Goldvorräte keine Zahlungsmittel besass; "infolgedessen kann es dahin kommen, dass Gold zum kriegswichtigsten Rohstoff wird". Sternberg sagte sogar voraus, dass Deutschland wegen dieser prekären Situation seine militärischen Operationen "direkt in den Dienst des kriegswirtschaftlichen Potentials stellen" werde, und dies insbesondere auf dem Balkan.

148a FRITZ STERNBERG, "Die deutsche Kriegsstärke, Wie lange kann Hitler Krieg führen?", Editions Sebastian Brant, Paris, (1939), pg. 199 ff. und pg. 261 ff. Das Buch erschien in englischer Sprache unter dem Titel "Germany and a Lightning War" bei Faber & Faber in London.

Die Schweizerische Verkehrspolitik im Zweiten Weltkrieg

Abgesehen vom eigentlichen Handelsverkehr und den Funktionen des Finanzplatzes spielten während des ganzen Zweiten Weltkrieges die Transitverkehrsleistungen der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) durch den Gotthard und den Lötschberg/Simplon eine sehr gewichtige und bis zum Ende des Krieges eher zunehmende Rolle: Zunehmend wegen des deutschen Eingreifens in Nordafrika ab 1941, und vor allem weil nach der Landung der alliierten Streitkräfte in Algerien und Marokko im November 1942, nach der alliierten Landung in Sizilien im Juli 1943 und dem Übergreifen auf das italienische Festland im September 1943 die Mittelmeerfront hohe Bedeutung erhielt: Besonders während des alliierten Vormarsches in Italien und nach der Kriegserklärung Italiens an Deutschland am 13. Oktober 1943 nach dem Sturz Mussolinis war der Alpen transit durch die Schweiz als Entlastung des Brenners für den Nachschub der Italien verteidigenden deutschen Truppen von grösster Wichtigkeit.

Bei der Behandlung von Transitfragen stützte sich die Schweiz so weit wie möglich auf das Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907, wobei allerdings auch der Gotthardvertrag vom 13. Oktober 1909 zu beachten war; dieser stipulierte im Prinzip Transitfreiheit für Deutschland und Italien, allerdings mit Ausnahmen.

*Personentransporte*¹⁴⁹

Der Transport von Truppen wurde von der Schweiz nicht toleriert, auch wenn keine Bewaffnung mitgeführt wurde. Lazarettzüge erhielten auf je einzelnes Gesuch hin die Durchfahrterlaubnis und passierten in der späteren Kriegsphase zahlreich in beiden Richtungen, von Deutschland nach Italien und von Italien nach Deutschland, wobei eine voraussichtliche Heilungsdauer der transportierten verwundeten Soldaten von sechs Monaten als Durchlasskriterium verwendet wurde. – Vom Frühjahr 1941 bis September 1943 liess die Schweiz Massentransporte vermutlich zwangsverpflichteter italienischer Arbeiter nach Deutschland passieren. Ab Herbst 1943 wurden solche Durchlassbegehren abgewiesen.

Gütertransporte

Der Transport von Kriegsmaterial über die Alpentransversalen wurde anfänglich von der Schweiz toleriert, ab Oktober 1941 jedoch untersagt¹⁵⁰.

Zivile Güter waren bis zum Schluss des Krieges zum Transport zugelassen. Kontrollen waren vorgesehen, wurden auch

¹⁴⁹ RICHARD OCHSNER, «Transit von Truppen, Einzelpersonen, Kriegsmaterial und zivilen Gebrauchsgütern zu Gunsten einer Kriegspartei durch das neutrale Land», pg. 216 ff., in R. L. BINDSCHEDLER und H. R. KURZ et. al., Hrsg., «Schwedische und schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg», Helbing & Lichtenhahn, (1985).

¹⁵⁰ RICHARD OCHSNER, «Transit von Truppen, Einzelpersonen, Kriegsmaterial und zivilen Gebrauchsgütern (...) durch das neutrale Land», pg. 221.

stichprobenweise mit beachtlichem Effort¹⁵¹ durchgeführt, sie konnten aber natürlich absolute Sicherheit gegen Waffenschmuggel nicht bieten. Der Transportweg durch die schweizerischen Alpentunnels bot aber den Achsenmächten die Möglichkeit, die Brennerlinie wesentlich zu entlasten: Alles, was militärischen Charakter hatte, ging über den Brenner, andere Güter soweit wie möglich durch die Schweiz. Insbesondere wurden ungeheure Mengen von Kohle in das auf Energieimporte angewiesene Italien geschafft, täglich bis zu 1'200 Kohlewaggons¹⁵². Hornberger notiert, dass «damals täglich 1'800 Eisenbahnwagen von Deutschland nach Italien durch die Schweiz befördert» wurden¹⁵³, was der beachtlichen Menge von 75 Waggons pro Stunde entspricht.

Den Alliierten waren diese Transportdienstleistungen der Schweiz für die Achsenmächte je länger je mehr ein Dorn im Auge. Schon ab 1942 gelangten sie an die Schweiz mit dem Begehren, die Transportleistungen müssten reduziert werden. Nach der Landung der alliierten Streitkräfte in Sizilien bekamen die Alpentransitlinien stark erhöhte strategische Bedeutung, der alliierte Druck steigerte sich entsprechend, aber auch der deutsche Gegendruck: Nach der italienischen Kriegserklärung an Deutschland besetzte und verteidigte Deutschland Oberitalien, so dass die Schweiz nun von allen Seiten von deutschen Truppen umgeben war. Die Schweiz versuchte, mit Kontingentierungen und anderen Reduktionen den Verkehr

¹⁵¹ MARKUS HEINIGER, «Dreizehn Gründe warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde», Limmat Verlag, (1989), pg. 55 ff.

¹⁵² MARKUS HEINIGER, «Dreizehn Gründe (...)», pg. 56.

¹⁵³ HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg», Pg. 51.

auf den «courant normal» zurückzuführen, um den Wünschen der Alliierten entgegenzukommen. Gegen Ende des Krieges im Sommer 1944 kehrte der Warenverkehr sogar die Richtung: Deutschland begann nun, in Italien requirierte Lebensmittel und andere Materialien durch die schweizerischen Alpentunnels nach Deutschland fortzuschaffen. Es gelang der Schweiz durch verschärfte Kontingentierungen und wegen der zunehmenden Gefahr der neutralitätsrechtlich verbotenen Durchleitung von requirierten Gütern die Transporte zu reduzieren und zu Ende 1944 weit unter den Vorkriegsdurchschnitt zu bringen. Auf dringendes Verlangen der Alliierten wurde der Warenverkehr für Deutschland erst im Februar 1945 praktisch vollkommen eingestellt^{154, 155}.

Genaue quantitative Angaben über die Güter- und Personen Transporte über die schweizerischen Alpentransitlinien, als Funktion der Zeit während des ganzen Zweiten Weltkrieges, sowie Vergleichszahlen über die entsprechenden Transporte auf der Brennerlinie liegen in der mir bekannten Literatur nicht vor. Wahrscheinlich gibt es solche Statistiken nicht; sie wären für eine Beurteilung der Bedeutung der schweizerischen Alpentransitlinien für die Achsenmächte von grösstem Wert.

¹⁵⁴ RICHARD OCHSNER, «Transit von Truppen, Einzelpersonen, Kriegsmaterial und zivilen Gebrauchsgütern (...) durch das neutrale Land», pg. 220

¹⁵⁵ EDGAR BONJOUR, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Bd. VI, pg. 271 f.

Die schweizerische Armeeführung und die Handelspolitik gegenüber Deutschland

Es ist nicht meine Absicht, auf die Führung der Armee während des Zweiten Weltkrieges einzugehen; dieses Thema liegt ausserhalb der hier betrachteten Materie, zudem liegen darüber ausführliche und zusammenfassende Studien vor, welche einen hervorragenden Überblick geben, insbesondere die sehr gründlich recherchierte historische Arbeit von Willi Gautschi¹⁵⁶, auf welche ich mich im Folgenden weitgehend stütze, sowie eine Arbeit von Hans Senn¹⁵⁷. Ich halte es aber für notwendig, sich zu vergegenwärtigen, wie die schweizerische Armeeführung die Situation damals beurteilte und wie sie sich gegenüber dem Handelsverkehr mit Deutschland politisch verhielt: Bei der Bewertung der drei Trümpfe der Schweiz, des Handels, des Goldhandels und des Alpentransits, musste für Berlin eine entscheidende Rolle spielen, zu wissen, welche Meinung das Armeekommando der Schweiz in dieser Sache hatte.

Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940, nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Waffenstillstands vom 22. Juni 1940, war die Schweiz nahezu vollständig von den Truppen der Achse umzingelt; Unsicherheit hatte sich verbreitet, die oft zitierte Rede von Bundespräsident Pilet-Golaz vom 25. Juni 1940 hatte in einer militärisch und politisch äusserst schwierigen Lage das Selbstvertrauen des Volkes und der Armee nicht wiederher-

¹⁵⁶ WILLI GAUTSCHI, «General Henri Guisan, Die Schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg», Verlag NZZ, Zürich, (1989).

¹⁵⁷ HANS SENN, «Unsere Armee im Zweiten Weltkrieg», Ges. für militär-historische Studienreisen, Heft Nr. 18, Zürich (1998).

gestellt, sie enthielt zu viele mehrdeutige Formulierungen, welche die verschiedensten Interpretationen – auch defaitistische und anpasserische – zulieszen.

Auch General Guisan brauchte wohl ein paar Tage Zeit, um die neue Lage voll zu erfassen¹⁵⁸; aber schon in Guisans Armeebefehl vom 2. Juli 1940 kam der Widerstandswille der Armee sehr klar zum Ausdruck; ausserdem wurde bereits hier das Konzept des Reduits öffentlich angedeutet: «(...) Gefahr liegt in einem Mangel an Vertrauen in die eigene Widerstandskraft. Gewiss, die letzten Schlachten beweisen die Wucht des neuzeitlichen Angriffes, und viel mächtigere Armeen als die unsere sind geschlagen worden. Das darf nie ein Grund zu Defaitismus sein und ebenso wenig ein Grund, an unserer Aufgabe zu zweifeln. Wir besitzen ein bedeutendes Mittel für die Verteidigung: *unser Gelände!* Es ergänzt die Zahl und erhöht die Wirkung unserer Waffen. Richtig ausgenützt, wird es zum gefürchteten Verbündeten. Unsere Wälder und Berge sind reich an tiefen Gräben und Schluchten. Der Krieg hat bisher gezeigt, dass sie unüberwindbare Kampfwagenhindernisse¹⁵⁹ sind. Ausserdem bieten sie wirksamen Schutz gegen Luftangriffe.»¹⁶⁰

Auf den 22. Juni 1940 berief General Guisan die ihm direkt unterstellten Kommandanten der vier Armeekorps, den Ausbildungschef, den Generalstabschef und den Chef der Flieger- und

¹⁵⁸ WILLI GAUTSCHI, «General Henri Guisan, Die Schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg», pg. 226.

¹⁵⁹ Ein deutlicher Hinweis für Berlin, dass die deutschen Panzerarmeen gemeint waren.

¹⁶⁰ HENRI GUISAN, «Bericht [des Generals] an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939-1945», ohne Ort und ohne Verlag, (1946), pg. 209.

Flabtruppen, zu einem «Kriegsrat» nach Bern¹⁶¹. Gegenstand der Beratungen der obersten Armeeführung war die Erörterung der schon seit längerer Zeit herangereiften Idee, die Armee in das Reduit zurückzunehmen, um dadurch die Abschreckung eines Angriffs zu verstärken. Schon in seiner Lagebeurteilung zur Eröffnung der Sitzung bemerkte Guisan, er sei überzeugt davon, dass die Deutschen nun in erster Linie politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Schweiz ausüben, aber militärische Aktionen kaum ins Auge fassen würden: «Die Schweiz dient gegenüber der Achse als wertvolles Transitland, dessen Alpenbahnen möglichst unversehrt dem sich sicher steigernden Transitverkehr zur Verfügung stehen sollten.»¹⁶² In der lebhaften Diskussion, die sich unter den hohen Militärs entspann, fanden sich Befürworter und Gegner des Reduitgedankens, und von beiden Seiten wurden keineswegs nur strategisch-militärische Gesichtspunkte, sondern ebenso auch wirtschaftliche Argumente angeführt: Oberstkorpskommandant Prisi, anfänglich ein Gegner des Reduits, befürchtete, die Deutschen könnten sich gegen geringen Widerstand das Mittelland und damit das hauptsächliche Wirtschafts- und Industriegebiet der Schweiz aneignen; auch widerstrebte es ihm, das Mittelland und seine Bewohner schutzlos einem eventuellen Angriff auszusetzen¹⁶³. Die Korpskommandanten Labhart, Miescher

¹⁶¹ Es waren dies die Kommandanten der vier Armeekorps, die Oberstkorpskommandanten Labhart, Lardelli, Miescher, Prisi, der Ausbildungschef, Oberstkorpskommandant Wille, der Generalstabschef, Oberstdivisionär Huber, der Kommandant der Flieger- und Flabtruppen, Oberstdivisionär Bandi.

¹⁶² Zitiert aus dem Besprechungsprotokoll bei WILLI GAUTSCHI, «General Henri Guisan, Die Schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg», pg. 301 ff.

¹⁶³ PRISI: «Es hat keinen Sinn, Gebirgsstöcke und Gletscher zu verteidigen, wenn das Mittelland mit seinem reichen volkswirtschaftlichen Ertrag samt dem Grossteil des Schweizervolkes kampfflos dem Feinde preisge-

und Wille befürworteten «eine ganze Massnahme, nicht nur eine halbe», nämlich den Bezug einer Zentralraumstellung. Wille erklärte, es werde möglich sein, im Zentralraum auf jeden Fall so viele Vorräte an Munition und Verpflegung anzulegen, um dort bedeutend länger halten zu können als in der (...) vorhandenen Armeestellung; «damit gewinnen wir aber schon Zeit und der Einsatz des Gegners muss viel höher veranschlagt werden. Nach wie vor sind für Deutschland unsere Alpenbahnen wichtigstes Ziel und nicht die Inbesitznahme des schweizerischen Mittellandes, das ihm nichts zu bieten vermag, was es nicht auch schon besitzen würde. Solange wir uns aber darauf beschränken, diese Kriegsziele und wichtigen Übergänge kraftvoll zu verteidigen, können wir uns auch den Drohungen der bewaffneten Macht besser entgegenstellen.» Er fuhr fort, «Deutschland verlangt bekanntlich von Frankreich, dass es sofort wieder die Arbeit aufnehme, um im System des Kampfes gegen England eingegliedert zu werden. In gleicher Weise können auch der schweizerischen Industrie Aufträge zukommen, da unsere Industrie intakt ist und sofort mit der Arbeit beginnen kann. Unsere Wirtschaft muss es nur verstehen können, diese Aufträge zu sichern und damit in die Wirtschaftspolitik der Achse eingegliedert zu werden.»^{164, 165} Oberstkorpskommandant Wille formulierte damit die strategi-

geben wird.» Generalstabschef Huber hielt ihm entgegen, dass für eine strategische Alternative die Kräfte fehlten.

¹⁶⁴ Protokoll der Konferenz vom 22. Juni 1940, zitiert aus dem Besprechungsprotokoll bei WILLI GAUTSCHI, «General Henri Guisan, Die Schweizerische Armeeführung im Zweiten Weltkrieg», pg. 304.

¹⁶⁵ WILLI GAUTSCHI interpretiert diese Stellungnahme auch im Zusammenhang mit Willes Sympathien für Deutschland, ob zu recht soll und darf hier offen bleiben. In unserem Zusammenhang interessiert nur, dass die Bedeutung schweizerischer Lieferungen für die Achse neben der Beherrschung der Alpentransitlinien bei der Entscheidung der Armeeführung für das Reduit eine Rolle gespielt hat.

sche Bedeutung einer Zentralraumstellung, für die er sich nicht nur aus militärischen Gründen einsetzte, sondern betont auch im Hinblick auf die Beherrschung der Alpenbahnen, und er erkannte ebenso deutlich die Möglichkeit, die Lieferfähigkeit der schweizerischen Industrie gegenüber Berlin politisch als Trumpf zu nutzen. Die Vorstellung der dissuasiven Wirkung des Reduits kommt in diesem Votum klar zum Vorschein. – Am Schluss der Konferenz resümierte General Guisan, dass über die Wünschbarkeit einer Zentralraumstellung verschiedene Meinungen bestünden. Man ging ohne Beschlüsse zu fassen auseinander, und General Guisan liess anschliessend die Problematik durch drei voneinander unabhängig arbeitende Generalstabsoffiziere¹⁶⁶ nochmals vertieft studieren.

Auf Grund der Ergebnisse dieser Studien berief der General auf den 6. Juli 1940 eine weitere Konferenz ein, um nochmals die Meinung der hohen Militärs anzuhören; nach der Interpretation von Gautschi hatte er allerdings seine eigene Meinung schon vor der Sitzung ziemlich weitgehend gemacht. Die Konferenz ergab denn auch nichts wesentlich Neues: Man kam auf die Bedeutung der Alpentunnels für die Achsenmächte und die Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland gar nicht mehr zurück, sondern erörterte sogleich strategische Fragen. General Guisan resümierte zum Schluss: «Die Meinungen der Oberstkorpskommandanten Wille, Miescher und Labhart gehen dahin, die ganze Armee in den Zentralraum zurückzunehmen und ausserhalb des Zentralraums nur den Grenzschutz zu belassen. (...) Die zweite, von den Oberstskommandanten Prisi und Lardelli verfochtene Auffassung geht dahin, die bisherige Armeestellung beizubehalten unter

¹⁶⁶ Es waren dies die Generalstabsobersten Samuel Gonard, Oskar A. Ger-
mann und Alfred Strüby.

eventueller Verlegung der Westfront (...). Die heutige aufschlussreiche Aussprache wird dem Oberbefehlshaber gestatten, seinen Entschluss in Bälde zu fassen.»¹⁶⁷

Nach einer Aussprache unter vier Augen mit dem Hauptopponenten gegen das Reduit, Oberstkorpskommandant Prisi, fasste der General wahrscheinlich am 9. Juli 1940 seinen Entschluss, die Armee in das Reduit zurückzunehmen. Am 12. Juli 1940 liess er eine Note an den Bundesrat abgehen, in welcher er diesen über seine Beschlüsse orientierte; das mündliche Einverständnis des Chefs des Militärdepartementes, Rudolf Minger, hatte er zuvor eingeholt. Das Schreiben an den Bundesrat hat Bernard Barbey, der Chef des persönlichen Stabes des Generals, verfasst, und zwar auf Grund von inhaltlichen Vorgaben, die der General ihm mündlich gegeben hatte. Dazu hatte der General Barbey wörtlich instruiert: «Schliesslich – immer für den Bundesrat bestimmt – ein entscheidender Punkt: Man muss klar stellen, dass das Reduit unter anderen Trümpfen für sich hat, dass es uns die Überwachung der grossen Alpenübergänge, die die beiden Achsenpartner im Süden und Norden miteinander verbinden, und ihre vorbereitete Zerstörung gewährleistet. Sobald wir diese Kontrolle wirklich in der Hand haben, kann die ‚Reduitpolitik‘ ihren Anfang nehmen.»¹⁶⁸

Es ist also aus der Literatur klar erkennbar, dass der Entschluss Guisans, mit der Armee das Reduit zu beziehen, vor allem, aber keineswegs nur aus strategisch-militärischen Gründen erfolgte.

¹⁶⁷ EDGAR BONJOUR, «Geschichte der schweizerischen Neutralität», Bd. IX, pg. 392.

¹⁶⁸ BERNARD BARBEY, «Fünf Jahre auf dem Kommandoposten des Generals», Verlag Herbert Lang, Bern, (1948), pg. 28.

Schon in der eröffnenden Erklärung zur ersten Sitzung der hohen Militärs hatte Guisan auf den «wirtschaftlichen Druck» hingewiesen, den die Deutschen nun nach ihrem Sieg über Frankreich auf die Schweiz ausüben würden, ebenso auf das für die Achse «wertvolle Transitland und seine Alpenbahnen». Diese Trümpfe waren Guisan und den ihm unterstellten hohen Militärs deutlich bewusst. General Guisan wünschte deshalb, dass in seiner Note an den Bundesrat dieser Punkt besonders betont werden solle; er formulierte pointiert, dass nun eine eigentliche «Reduitpolitik» möglich sein würde; das kann nur meinen: Nicht nur eine militärische «Reduitstrategie».

Es ist demnach festzustellen – und das scheint mir im Zusammenhang mit der vorliegenden Studie wichtig –, dass zwei der drei Trümpfe der Schweiz, die Lieferfähigkeit der unversehrten schweizerischen Industrie und die Transportleistungen der Alpentransitlinien der SBB, von der obersten Armeeführung als solche klar erkannt worden sind, und dass dies beim Reduitbeschluss des Generals in das strategische und taktische Kalkül explizit mit einbezogen worden ist. Ich glaube hingegen nicht, dass die Wichtigkeit des Goldhandels dem General und der Armeeführung klar gewesen ist, und jedenfalls nicht damals in jener frühen Zeit des Krieges im Sommer 1940.

Es kann nicht bezweifelt werden, dass diese Lagebeurteilung und die Auffassung der schweizerischen Armeeführung in Berlin als bald bekannt war; spätestens nach dem Rütli-Rapport vom 25. Juli 1940 muss Deutschland gewusst haben, was die Bedeutung des Reduits war, dass dieses auch eine wirtschaftliche Komponente hatte, dass die Alpentransitverbindungen von der Schweizerischen Armee jederzeit unterbrochen werden konnten, dass es

also eine «Reduitpolitik» der Schweiz geben würde, die von Berlin zu respektieren war¹⁶⁹.

¹⁶⁹ Prof. JAKOB TANNER unterstützt die in dieser Studie vertretene Auffassung, wenn er schreibt, «dass sich die beiden Dimensionen der äusseren Front – die kooperativ-wirtschaftliche und die dissuasiv militärische – unter dem Gesichtspunkt ihres Effekts gegenseitig stützten. (...) Die Nachdrücklichkeit, mit der deutscherseits immer wieder auf die Bedeutung des intakten Produktionsapparates und der dringend benötigten Exporte aus der Schweiz hingewiesen wurde, machen deutlich, dass eine ausgewogene Kombination von militärischem Aufwand (...) und Exportlieferungen ans Ausland (...) einen bewaffneten Zugriff auf die Schweiz» für Deutschland unattraktiv machten. Tanner schreibt weiter, dass das Zurverfügungstellen des schweizerischen Produktionspotentials, der Nord-Süd-Transversale und des Devisenmarktes, sowie die Drohung, diese wirtschaftlichen Hilfestellungen im Falle eines bewaffneten Übergriffs zu zerstören, ebenso dissuasiv gewirkt habe wie das schweizerische militärische Potential, welches gegenüber einer ausländischen Armee im Gebirge einen erheblichen «topologisch-geographischen Heimvorteil» genossen hätte. Den Rütli-rapport nennt Tanner «einen geistigen Staatsstreich und zeremoniellen Akt, (...) eine förmliche Inszenierung von Entscheidungswillen» (...) «in einer Atmosphäre der Entmutigung und Desorientierung». JAKOB TANNER, «Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft», pg. 283 und 308.

In dem Fernsehfilm «L'honneur perdu de la Suisse» sagte Tanner 1997: «Es war dann der gute Einfall von General Guisan, die Idee des Reduits mit der Idee des Widerstands zu verbinden und zu sagen, wir ziehen uns zwar zurück in die Alpen, in die Alpenfestung, aber gleichzeitig machen wir Widerstand.» (Jakob Tanner, «Réduit national und Aussenwirtschaft etc.», pg. 102, Fussnote 11, in «Raubgold, Reduit, Flüchtlinge», Philipp Sarasin, Regina Wecker, Hrsg., Chronos (1998); ich meine, diese Auslegung der Intentionen Guisans sei nicht genügend präzise. A.a.O. (pg. 86) wiederholt Tanner seine These, «das Réduit national könnte, was seine Entstehungsgeschichte betrifft, etwas mit einer ‚Demutsgeste‘ zu tun haben»; ich halte diese Wortwahl für unglücklich, die damalige Stimmung liesse sich wohl eher durch «Ablehnung, Überlebenswillen, Furcht» etc. kennzeichnen, die «Demütigen» waren eine verschwindende Minderheit, zu der General Guisan, der persönlich den Entscheid für das Reduit fasste und die Verantwortung dafür trug, nicht gehört hat. Vgl. dazu auch Hans Senn, «Unsere Armee im Zweiten Weltkrieg», Schriftenreihe der Ges. für militärhistorische Studienreisen, Heft Nr. 18, (1998).

Überlebensstrategie und Kritik

Die Überlebensstrategie

Es ist der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges gelungen – wie Hornberger zu recht bemerkt, – wir haben es oben schon zitiert – «ihren Aussenhandel in einem in Anbetracht der Verhältnisse sehr ansehnlichen Umfang aufrechtzuerhalten». Um dies zu erreichen, hat sie unter dem massiven Druck Deutschlands Konzessionen machen müssen: Kredite, Waffenlieferungen, andere Warenlieferungen, die Leistungen des schweizerischen Finanzplatzes, der Goldhandel sowie die Transportleistungen der Schweizerischen Bundesbahnen durch die Alpentunnels für die Achse waren das zu entrichtende Lösegeld. Die Regeln des Neutralitätsrechts konnten nur teilweise eingehalten werden. Dass durch die Kreditgewährung wertmässig gerade etwa die Waffenlieferungen finanziert wurden, ist unschön. Ebenso unschön ist, dass der schweizerische Goldhandel zu einem guten Teil dem Clearingspitzenausgleich bei der Rohstoffbeschaffung und damit der Erhaltung der Produktionsfähigkeit der deutschen Rüstungsindustrie diene.

Dem nationalsozialistischen Deutschland mussten erhebliche Konzessionen gemacht werden; schwierige Kompromisse waren notwendig, die der damals vorherrschenden dem nationalsozialistischen Deutschland gegenüber deutlich feindlichen Überzeugung der grossen Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung diametral entgegen standen.

Das Resultat war das Überleben der ohne Import und Export nicht lebensfähigen schweizerischen Volkswirtschaft; sogar

der Handel mit überseeischen Ländern konnte zu einem Teil aufrechterhalten werden; die Währung konnte etwa stabil gehalten und die Beschäftigung von Industrie und Gewerbe konnte einigermaßen gesichert werden; es gelang, ähnliche Probleme und ähnliche Not, wie sie im Ersten Weltkrieg aufgetreten waren, zu vermeiden. Der Import der notwendigen Grundchemikalien und von Saatgut ermöglichte den Plan Wahlen¹⁷⁰ und damit die Ernährung der Bevölkerung auf einem akzeptablen Niveau.

Das Resultat war vor allem aber auch das Überleben der Schweiz als souveräner, freier, demokratischer Rechtsstaat, einer Insel inmitten der Tyrannei; damit ermöglichte die Schweiz das Davonkommen von beinahe 300'000 Flüchtlingen^{171, 172} verschiedenster Rasse und Herkunft. Einer bedeutenden Zahl von Schweizerbürgerinnen und -bürgern blieb es erspart, bei einem kriegerischen Einmarsch deutscher Truppen in die Schweiz getötet zu werden. Vermutlich einige hunderttausend Schweizerbürger entgingen dem Schicksal, in deutsche Kriegsgefangenschaft zu geraten oder als Zwangsarbeiter rekrutiert zu werden und unter misslichsten Umständen in Deutschland leben und für das nationalsozialistische Regime arbeiten zu müssen. Ein weiteres Ergebnis von unschätzbarem Wert ist die unversehrte Erhaltung der historischen Bausub-

¹⁷⁰ Prof. F.T. Wahlen war während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich für den nach ihm benannten Anbauplan, welcher eine maximale inländische Produktion von Nahrungsmitteln anstrebte. Von 1958 bis 1961 war Wahlen Bundesrat.

¹⁷¹ Bundespräsident Kaspar Villiger nannte diese Zahl am 7. Mai 1995 in einer Rede vor der Vereinigten Bundesversammlung.

¹⁷² Die schweizerische Flüchtlingspolitik bedarf einer zusammenfassenden Studie. Die Kommission Bergier hat eine solche angekündigt.

stanz unseres Landes: Die grauenhaften Zerstörungen und die kulturellen und kunsthistorischen Substanzverluste, welche ungezählte europäische Orte und Städte erlitten haben, blieben der Schweiz erspart.

Dieses Ergebnis einer Überlebensstrategie ist höchst respektabel, es rechtfertigt keinesfalls, der Schweiz als Staat und den damals Verantwortlichen nachträglich Vorwürfe zu machen, im Gegenteil, Dank und hohe Anerkennung sind am Platze.

Die einzige damals bestehende Alternative – ein Konfrontationskurs mit Deutschland – hätte im besseren Fall zum Ausfall lebenswichtiger Importe geführt, im schlechteren und wahrscheinlichen Fall zu einer Besetzung der Schweiz; dann aber hätte die Schweiz – neben anderen schlimmen Folgen, besonders auch für die hier lebenden Flüchtlinge – einen wesentlich grösseren Teil ihrer Wirtschaftskraft in den Dienst der deutschen Kriegsmaschine stellen müssen. Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass ein rechtzeitiges verbindliches totales Waffenausfuhrverbot die Situation verbessert hätte: Deutschland hätte durch entsprechende massive Druckmittel die Waffenausfuhr zu erzwingen vermocht, und damit eine schwere politische Niederlage und eine wesentliche Schwächung der damaligen Stellung der Schweiz verursacht. Zusammenfassend bin ich der Auffassung, dass im Bereich der Handels-, Gold- und Verkehrspolitik damals eine Alternative höchstens in den Nuancen, hier vor allem beim zeitlichen Verlauf des Verhaltenswandels der Schweiz, nicht aber im Grundsätzlichen bestanden hat.

Die Aufgabe der damals verantwortlichen Bundesräte, Chefbeamten, Diplomaten und Unterhändler war, das Überleben des Landes sicherzustellen. Sie mussten mit «dem Teufel» verhandeln; das konnte nur gelingen, wenn in den Verhandlungen mit diesem «Teufel» – so wenig wie möglich, aber so weit wie nötig – dessen eigene Methoden verwendet wurden. Die Schweiz ist damals fortwährend brutal erpresst worden; sie musste sich erpressen lassen, aber die Schweiz hatte ihre Trümpfe; es waren drei, und sie hat diese hervorragend ausgespielt: Die Schweiz setzte erstens einen (bescheidenen) Teil ihrer industriellen Kapazität für Hitlers Kriegsmaschine ein, ohne zu deren Leistung in absoluten Zahlen wesentlich beizutragen, die Schweiz stellte zweitens ihren noch rudimentär funktionsfähigen Finanzplatz in den Dienst Hitlers und unterstützte Deutschland dabei, seinen Aussenhandel teilweise aufrecht zu erhalten, und sie stellte drittens die Kapazität ihrer Alpentransitwege für die deutschen Verbindungen nach Italien zur Verfügung. Dafür forderte sie die Erhaltung ihrer Freiheit: Jeder Angriff auf die Schweiz hätte die genannten drei Vorteile, welche die unversehrte Schweiz Deutschland bot, mit einem Schlag zerstört. Die Armee hatte seit dem Spätsommer 1940 in den Alpen das Reduit bezogen, und zwar nicht nur aus militärischen Gründen, sondern bewusst auch, wie wir weiter oben nachgewiesen haben, um die Alpenübergänge und die Alpendurchfahrten undiskutabel und überzeugend in der Hand zu haben, so dass die Möglichkeit zu deren schneller und nachhaltiger Zerstörung jederzeit gewährleistet war¹⁷³.

¹⁷³ Die Zerstörung der Alpentransitlinien wäre eine schwierige Ingenieur-Aufgabe gewesen: Man hätte genügend «nachhaltige» Schäden verursachen müssen, ohne jedoch die Existenz der komplexen Bauwerke zu gefährden. Es wäre interessant zu wissen, ob und wie sorgfältig diese Aufgabe vorbereitet worden ist. URS SCHWARZ berichtet, dass solche Vorbe-

General Guisan nannte das die «Reduitpolitik». Jeder Angriff Deutschlands auf die Schweiz hätte die sofortige Zerstörung der Funktionsfähigkeit der Alpentransitlinien bedeutet; kein Zugriff der Wehrmacht Hitlers hätte schnell genug sein können, um das zu verhindern; das war kein «Mythos»¹⁷⁴ sondern ein Faktum; Hitler wusste es, die Instruktion, die Speer am 5./6. März 1943 im «Führerhauptquartier» erhalten hatte (vgl. Seite 48) ist unmissverständlich. Es war dort auch klar, dass ein Angriff auf die Schweiz schlimme Zerstörungen ihrer Industrieanlagen bewirkt hätte, wodurch die Fähigkeit der schweizerischen Industrie, Deutschland mit Waren zu beliefern, wesentlich beeinträchtigt worden wäre¹⁷⁵. Der Goldhandel wäre bei einer Besetzung der Schweiz von selbst zu totalem Stillstand gekommen¹⁷⁶. Der Machtkampf zwischen

reitungen in allen Einzelheiten getroffen worden seien. «Vom Sturm umbrandet», Huber, Frauenfeld, (1981), pg. 111 ff.

¹⁷⁴ Prof. JAKOB TANNER benützt diesen Begriff (in allgemeinerem Zusammenhang) in seiner Antrittsvorlesung, gekürzt in der NZZ am 31. Januar 1998, pg. 81.

¹⁷⁵ Die Industrielieferungen und die Clearingkredite wurden in der Schweiz als eine eigentliche Schutzgeldzahlung aufgefasst, wie WILLI A. BOELCKE meint, «Deutschland als Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 183. Ob sie so aufgefasst wurden, mag dahingestellt bleiben; aber de facto waren sie Schutzgeldzahlungen. DANIELFREI nannte sie Tribut; Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 19, (1969), pg. 567; zitiert von HEINIGER, «Dreizehn Gründe (...)» pg. 112.

¹⁷⁶ Der Goldbericht der Kommission Bergier stellt auf pg. 138 die dissuasive Wirkung des für Deutschland wichtigen Goldhandels in Frage, und er zweifelt, dass die Direktion der Nationalbank diese Wirkung voll erkannt habe; das letztere kann man nicht nach weisen, zum ersteren kann ich die Meinung des Goldberichts nicht teilen: Wie immer die Direktion der Nationalbank die Bedeutung des Goldhandels eingeschätzt hat: Der Goldhandel war – trotz bestehender anderer Rohstoffquellen – zwecks Beschaffung der für die Stahlproduktion unentbehrlichen Legierungsmetalle für die deutsche Rüstungsindustrie von grosser Wichtigkeit, so dass er aus deutscher Sicht keinesfalls zerstört werden durfte; er wirkte also dissuasiv.

Deutschland und der kleinen Schweiz spielte sich auf der Ebene gegenseitigen Drohens ab¹⁷⁷. Die Schweiz hat der Erpressung durch Deutschland höchst erfolgreich Gegendruck entgegengesetzt: Do ut des war ihre Politik.

Am 30. August 1939 hatte die Bundesversammlung dem Bundesrat Vollmacht und Auftrag erteilt, «die zur Behauptung der Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, zur Wahrung des Kredits und der wirtschaftlichen Interessen des Landes und zur Sicherung des Lebensunterhaltes erforderlichen Massnahmen zu treffen»¹⁷⁸; unmittelbar anschliessend an diesen Vollmachtenbeschluss wählte die vereinigte Bundesversammlung in der gleichen Sitzung Henri Guisan zum General.

Auch der Eizenstat-Bericht II qualifiziert die Rohstofflieferungen als unverzichtbar für Deutschlands Rüstungsindustrie. Der deutsche Bericht von KARL CLODIUS bestätigt dies ebenfalls. MICHEL FIOR ist auch dieser Meinung, «Die Schweiz und das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank?», pg. 72. – Der Goldbericht der Kommission Bergier nimmt zu dieser, wie er sagt, «nicht schlüssig beweisbaren Frage» eigenartig ambivalent Stellung (pg. 138-141).

¹⁷⁷ Im Sommer 1940 führte Deutschland gegenüber der Schweiz eine Kohlen Sperre ein und liess gleichzeitig grosse Mengen von Kohle durch den Gott hard nach Italien rollen. Als Hornberger in den Verhandlungen auf diese Tatsache hin wies, erklärte der deutsche Unterhändler Hemmen wörtlich: «Es wäre das Ende der Schweiz, wenn mit dem Kohlentransport durch die Schweiz etwas geschehen würde.» De facto setzte die Schweiz dem klar die Drohung entgegen, dass es das Ende des Kohlentransportes durch die Schweiz gewesen wäre, wenn mit der Schweiz etwas geschehen wäre. Das wusste Berlin. (Zitat Hemmen bei ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschafts verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 101.)

¹⁷⁸ Zitiert von ROBERT U. VOGLER, «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 38.

Es ist nicht fair, und ausserdem «billiger Rückblick»¹⁷⁹, der Pflicht zur «Überlebensethik», die dem Bundesrat¹⁸⁰ und allen Schweizerbürgerinnen und Schweizerbürgern damals auferlegt und vom Parlament im Vollmachtenbeschluss ausdrücklich formuliert worden war, heute das damalige angebliche Fehlen einer «Gesinnungsethik»¹⁸¹ entgegenhalten zu wollen, und ex post zu meinen, man hätte beim Tauziehen mit Hitlers Unterhändlern «selbstlos verhandeln»¹⁸² und mit einer völlig «reinen Weste» durchkommen können. Ein paar Flecken musste es geben und hat es gegeben.

Die Kritik

Das soeben Gesagte verbietet keineswegs, aus der Kenntnis des Ablaufes der Geschichte heraus, aber ohne rückwärtsblickenden Vorwurf an die damals Verantwortlichen, sine ira et studio, ohne Zorn und Eifer, kritisch zu fragen, ob nicht damals dieses oder jenes anders und vielleicht besser hätte gemacht werden können und sollen. Hierzu das Folgende:

¹⁷⁹ «Billiger Rückblick» im Sinne von «cheap hindsight».

¹⁸⁰ Ambassador W. Averell Harriman berichtet, man habe ihm von schwedischer Seite gesagt, «that it was the ambition of the King to lead his people through the war without the suffering that would come from participation», (Eizenstat-Bericht II). Das war ohne Zweifel auch Auftrag und Ziel des Schweizerischen Bundesrates entsprechend der Formulierung der Bundesversammlung vom 30. August 1939.

¹⁸¹ FELIX E. MÜLLER benützt diesen Begriff als Titel eines Artikels, der sich kritisch mit dem Goldbericht der Kommission Bergier auseinandersetzt; NZZ. 30. Mai 1998.

¹⁸² Die Kommission Bergier stellt kritisch fest, seinerzeit seien «die Verhandlungsziele der Schweiz keineswegs selbstlos gewesen», (Goldbericht, pg. 115); sie muss sich fragen lassen, was «selbstloses Verhandeln» mit dem nationalsozialistischen Deutschland hätte bringen sollen.

Die Veränderung der militärischen Lage ab Januar 1943:

Während der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, die zum Handelsvertrag vom 9. August 1940 und ein Jahr später zum Vertrag vom 18. Juli 1941 führten, stand Deutschland in voller Macht vor den schweizerischen Grenzen: Im Sommer 1940 hatte es gerade Frankreich besiegt¹⁸³, die Schweiz stand bedrückt unter dem Eindruck dieser Niederlage ihres mächtigen westlichen Nachbarn; wahrscheinlich war der Spätsommer 1940 die kritischste Zeit für die Schweiz. In der ersten Hälfte des Jahres 1941 war die Situation während der Verhandlungen kaum verändert. Die Schweiz war terrorisiert von der Befürchtung, überfallen zu werden, sie war in höchstem Grade bedroht und musste auf die Begehren aus Berlin eintreten.

Die Situation war zwei Jahre später, im Januar 1943 nach dem Auslaufen des Vertrages vom 18. Juli 1941 eine ganz andere¹⁸⁴; man kann fragen, ob die Schweiz damals auf die deutschen Begehren nicht noch deutlich zurückhaltender hätte reagieren sollen und können. Entscheidend für die Antwort ist nicht, was wir heute wissen, sondern was man damals in der

¹⁸³ «Ces négociations débutent dans un contexte dramatique au moment où la France est déjà dans une situation quasi désespérée – les Anglais sont en train de quitter le continent et la bataille de la Somme va s'engager – et vont se dérouler sous le signe de la victoire de l'Axe. Ses succès donnent à l'Allemagne une position politique extrêmement forte qu'elle ne manquera pas d'utiliser pour conditionner les négociateurs suisses.» DANIEL BOURGEOIS, «Le Troisième Reich et la Suisse», pg. 163.

¹⁸⁴ «(...) grâce à sa relative puissance financière et monétaire, son industrie hautement spécialisée et la liaison nord-sud essentielle au ravitaillement de l'Italie, la Suisse a conservé un certain pouvoir de négociation (...); ce pouvoir apparaîtra surtout à partir du printemps 1943, lorsque la situation stratégique de l'Axe se gâtera sérieusement.» DANIEL BOURGEOIS, «Le Troisième Reich et la Suisse», pg. 181.

Schweiz wissen konnte. Dazu gibt es eine unbestechliche Quelle: J. R. von Salis.

Wie ein aufmerksamer schweizerischer Beobachter die Kriegslage damals beurteilte, lässt sich aus den Wochenberichten von J. R. von Salis unschwer entnehmen¹⁸⁵: Am 23. Oktober 1942 berichtet von Salis über den beginnenden Kampf um Stalingrad; am 6. November 1942 über den Durchbruch Montgomerys bei El Alamein; am 13. November 1942 über die umfangreichen Landungsoperationen der Alliierten in Algerien und Marokko, sowie über den deutschen Einmarsch im bisher unbesetzten Teil Frankreichs. Am 27. November 1942 sagte von Salis: «Die Kriegslage beim Beginn dieses Winters ist durch einen grossangelegten Versuch der alliierten Streitkräfte gekennzeichnet, die Initiative der militärischen Operationen an sich zu reissen.» Am 8. Januar 1943 kennzeichnete von Salis die Lage zu Beginn des neuen Jahres wörtlich wie folgt: «Der gegenwärtige Winter dürfte für die Deutschen und ihre Verbündeten in Russland nicht weniger hart und gefährvoll sein als der vorige. Dazu kommt die neue Aufgabe der Schaffung oder des Ausbaus riesig ausgedehnter Fronten im Mittelmeergebiet, wo infolge der Offensive der Engländer in Ägypten und der gleichzeitig erfolgten Landung amerikanischer und britischer Truppen in Französisch-Nordafrika die Achsenmächte zur Ergreifung weitreichender Defensivmassnahmen in Südfrankreich, Italien, Tunesien, Tripolitanien und auf der Balkanhalbinsel gezwungen werden.» Am 22. Januar 1943 sprach von Salis über die russische Offensive und das Aufbrechen der deutschen Umschliessung von Leningrad, sowie über die Fortschritte von Montgomery in Nordafrika. Der 29. Januar

¹⁸⁵ J. R. VON SALIS, «Weltchronik 1939-1945», Orell Füssli, (1981), pg. 253 ff.

1943 brachte den Bericht über das Zusammentreffen zwischen Churchill und Roosevelt in Casablanca und über deren Erklärung, dass die bedingungslose Kapitulation Deutschlands das Kriegsziel der Alliierten sei. Am 5. Februar 1943 kam von Salis' Kommentar zur bedingungslosen Kapitulation von Stalingrad, am 12. Februar 1943 sprach er über den «verstärkten Druck der mit überlegenen Kräften weiter vorgetragenen Offensive der Russen». Die weiteren Berichte über den Ostfeldzug Deutschlands betonen die Übermacht der russischen Armee und die fortgesetzten Rückzugsbewegungen der Deutschen. Am 7. Mai 1943 rapportiert von Salis Stalins Forderung nach «Frieden auf der Grundlage der totalen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation». Am 14. Mai 1943 berichtete von Salis über die Kapitulation der deutschen Truppen in Nordafrika. Der Sturz Mussolinis und das Verschwinden des faschistischen Regimes in Italien war das Thema von Salis' am 30. Juli 1943.

Die Wochenberichte von Salis' während dieser acht Monate vom Spätherbst 1942 bis zum Sommer 1943 sind eine beeindruckende Zusammenfassung des sich abzeichnenden Debakels von Hitlers Krieg; von Salis berichtete über weit mehr als nur über «den Anfang vom Ende»; er liess verstehen, dass man wissen konnte, wie der Krieg ausgehen würde; offen war nur noch der Zeitpunkt des voraussehbaren Zusammenbruchs Deutschlands. Gewiss hat jedermann in der Schweiz jeweils am Freitag Abend den «Freitagsprofessor» gehört; so nannten die Deutschen den weit herum abgehörten, hervorragenden und ihnen gerade deshalb unbequemen Kommentator. Wie rasch sich die Erkenntnis, dass das nationalsozialistische Deutschland seinem Untergang entgegenging, in der Meinung der führenden und entscheidenden Personen verbreitete, ist

eine interessante Frage, welche erforscht werden müsste. Es ist anzunehmen, dass von Salis in der Meinungsbildung voraus war. Wie reagierte die politische Schweiz im Jahre 1943?

Der Goldhandel: Wenn man die Literatur über die damaligen wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Deutschland studiert, gewinnt man den Eindruck, dass die Koordination zwischen der Verhandlungsdelegation des Volks wirtschaftsdepartementes und der Schweizerischen Nationalbank dürftig war, wenn sie überhaupt bestand. In dem von Heinrich Homberger verfassten Rückblick¹⁸⁶ kommt die Nationalbank praktisch nicht vor, und dort, wo Homberger aufzählt, worin das «Lösegeld» bestanden hat, welches die Schweiz für ihre Freiheit zu bezahlen hatte, nennt er neben den Warenlieferungen nur die Kredite und die Transportleistungen der Schweizerischen Bundesbahnen: Er nennt den Goldhandel ausdrücklich überhaupt nicht. Man gewinnt den deutlichen Eindruck, dass sogar Homberger, Hotz und Kohli nicht voll realisiert haben, was gleichzeitig parallel zu den Bemühungen der Handelsdelegation stattfand¹⁸⁷ und wie wichtig für Deutschland der Goldhandel mit zunehmender Dauer des Krieges wurde. Andererseits schreibt Werner Rings wahrscheinlich zu recht: «Die Nationalbank (...) war es gewohnt, selbständig zu handeln und von der ihr zugestandenen Autonomie Gebrauch zu machen. Wie erwartet besorgte sie ihre Geschäfte routiniert und mit gewohnter Genauigkeit, ohne dass sie auf politische Zusammenhänge Rücksicht nahm, mit denen sich die Direk-

¹⁸⁶ HEINRICH HOMBERGER, «Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg».

¹⁸⁷ Auch der Goldbericht der Kommission Bergier vermutet dies, pg. 82. Der Goldbericht der SNB bestätigt es an mehreren Stellen, u.a. in Ziff. 4. 3.

tion¹⁸⁸, wie sie glaubte, nicht zu befassen hatte. Später musste sie sich aus diesem Grund von Seiten der Bundesregierung den Vorwurf gefallen lassen, sie habe es jahrelang unterlassen, die politischen Behörden über die Goldgeschäfte mit Deutschland angemessen zu unterrichten.»¹⁸⁹ Thomas Maissen ist weitgehend der gleichen Auffassung¹⁹⁰.

Zu Beginn der Finanzplatzfunktion der Schweiz im Goldhandel war Gold aus Deutschland physisch in die Schweiz gekommen, dort in der Schweizerischen Nationalbank im Lager des der Deutschen Reichsbank gehörenden Goldes eingelagert, und später auf Weisung von Berlin in das Lager eines der Empfängerländer umgelagert worden; dies zu bewerkstelligen, war eine vergleichsweise harmlose Dienstleistung der Schweizerischen Nationalbank gewesen. Von dem Moment an, in welchem «deutsches» bzw. von Deutschland gestohlenes Gold von der Schweizerischen Nationalbank angekauft und der Erlös der Deutschen Reichsbank in Schweizerfranken gutgeschrieben wurde, unternahm die Schweizerische Nationalbank ein ganz anderes Geschäft. Nach der Lektüre der Arbeit von Rings¹⁹¹, ebenso auf Grund der soeben zitierten Arbeit von Maissen, sowie auf der Basis der Goldstudie der SNB und des Goldberichts der Kommission Bergier, gewinnt man den Eindruck, dass die Direktion der Schweizerischen Nationalbank dafür nicht rechtzeitig die ausdrückliche Zu-

¹⁸⁸ Präsident der Direktion der Nationalbank war Ernst Weber, Vizepräsident war Paul Rossy, drittes Mitglied war Fritz Schnorf bis 1942, nach ihm Alfred Hirs.

¹⁸⁹ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», pg. 50.

¹⁹⁰ THOMAS MAISSEN, «War die Schweizerische Nationalbank guten Glaubens?», NZZ, 1. März 1997, pg. 29.

¹⁹¹ WERNER RINGS, «Raubgold aus Deutschland», insbesondere pg. 50-55.

stimmung des Bundesrates eingeholt hat, obwohl sie auf die Problematik des Goldankaufes aufmerksam wurde, zuerst schon 1940, dann wiederholt und spätestens sehr deutlich ab Mitte 1943¹⁹². De facto entwickelte sich hier eine Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank, welche für das nationalsozialistische Deutschland von grosser Wichtigkeit war, welche auch in dem gegenseitigen Erpressungsspiel zwischen der Schweiz und Deutschland ein gewichtiger Trumpf der Schweiz werden sollte. Der Bundesrat wurde von der Nationalbank darüber zwar immer wieder, aber, wie es scheint, nicht sehr nachdrücklich und präzise orientiert, und seinerseits hat der Bundesrat gegenüber der Nationalbank nur von Fall zu Fall und nicht grundsätzlich Stellung genommen¹⁹³; man hat dadurch entschieden, dass man nicht wirklich entschieden hat, man ist vielmehr in die Sache hineingeraten¹⁹⁴. Boelcke weist darauf hin, dass die von der Schweizerischen Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank durchgeführten Goldgeschäfte nie Gegenstand vertraglicher Abmachungen gewesen seien¹⁹⁵; dieser Hinweis ist interessant und bestätigt den offensichtlichen Mangel eines scharf geplanten Vorgehens. Immer wieder kam Berlin zur Schlussfolgerung, dass man sich dort den Ver-

¹⁹² Goldbericht Kommission Bergier, pg. 102, und Goldstudie der SNB, Ziff. 3.4.3.

¹⁹³ Die Goldstudie der SNB zeigt dies an verschiedenen Stellen, z.B. in Ziff. 3.4.3.

¹⁹⁴ THOMAS MAISSEN sagt: «Auf Grund von «technokratischem, d.h. stabilitätspolitischen Überlegungen ‚rutschte‘ die SNB in das anfangs unverdächtige Goldgeschäft mit der Reichsbank. Als die Lieferungen der Reichsbank anrühlig wurden, verpasste die SNB die Gelegenheit zu einem eleganten Rückzieher», (siehe Fussnote 190).

¹⁹⁵ WILLI A. BOELCKE, «Deutschland als Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 181.

zieht auf den Goldhandel nicht leisten konnte¹⁹⁶. Man gewinnt den Eindruck, dass die ohne Zweifel ganz erhebliche dissuasive Wirkung der Existenz des Goldhandels erstaunlicherweise während langer Zeit in Bern gar nicht voll realisiert und deshalb verhandlungstaktisch auch nicht voll ausgenützt worden ist. Das hätte anders gemacht werden sollen; ob man den Goldhandel bei anderem Verhalten hätte umgehen können, ist natürlich eine ganz andere wiederum hochtheoretische Frage, die nicht beantwortet werden kann; aber sehr wahrscheinlich hätte man, wenigstens ab 1943, die Annahme von Gold stark reduzieren und nach der Mitte des Jahres 1943 sogar ganz verweigern können; de facto erreichte der Goldhandel aber erst 1943 seinen Höhepunkt.

Die Handelspolitik: Man hat den Eindruck, dass die schweizerische Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen¹⁹⁷ die Lage durchaus richtig einschätzte: Man liess den Vertrag vom 18. Juli 1941 anfangs 1943 ohne Verlängerung auslaufen, man hatte Mut und liess Berlin vertragslos warten bis zum Frühjahr 1943, man liess sich durch den «Märzalarm» nicht in die Irre führen, und man bequeme sich endlich am 23. Juni 1943 zu einem modus vivendi; unter diesem reduzierte man die schweizerischen Lieferungen nach Deutschland in der zweiten Hälfte 1943 und besonders ab 1944 auf drastisch verkürzte Werte.

¹⁹⁶ Das Reichswirtschaftsministerium erklärte z.B. im Januar 1944 «bei Fortfall des Kapitalverkehrs würden wir dann auch für militärische und andere (...) Belange keine sfrs mehr bekommen; unser Gold würde also für alle uns interessierenden Zwecke wertlos werden»; WILLI A. BOELCKE, «Deutschland als Welthandelsmacht 1930-1945», pg. 181.

¹⁹⁷ Sie war immer noch aus den gleichen Herren Hornberger, Hotz und Kohli zusammengesetzt.

Die Diskrepanz zwischen Gold- und Handelspolitik: Für das Verhalten der Schweizerischen Nationalbank hat man hingegen diesen Eindruck keineswegs. Der Goldhandel mit Deutschland ging nicht zurück: Fast genau die Hälfte des von Deutschland überhaupt während des ganzen Zweiten Weltkrieges in die Schweiz gelieferten Goldes erreichte die Schweiz erst in den Jahren 1943 und 1944, insbesondere wurde das via Afrika nach Deutschland zurückgebrachte belgische Gold erst 1943 in der Schweiz umgesetzt. Man kommt nicht umhin zu fragen, warum das so war, und warum die «Declaration on Forced Transfers of Property in Enemy-Controlled Territory» vom 5. Januar 1943¹⁹⁸ und weitere sehr nachdrückliche auf diplomatischem Wege vorgebrachte Warnungen der Alliierten vor der Annahme gestohlenen Goldes vom Bundesrat nicht aufgenommen wurden und sich nicht in einer veränderten wesentlich zurückhaltenderen Goldhandelspolitik niedergeschlagen haben; auch die Vorhaltungen des Gouverneurs der französischen Nationalbank, Yves de Boisanger¹⁹⁹, über die Herkunft des belgischen Goldes fanden keine Resonanz: Die Vermutung, dass das deutsche Gold Beutegold war, hat man haben müssen; die These vom «Guten Glauben» der Direktion der Schweizerischen Nationalbank ist nicht haltbar, der Goldbericht der Kommission Bergier weist dies eindeutig nach²⁰⁰. Die Frage, ob es berechtigt war, damals, zu Beginn

¹⁹⁸ Eizenstat-Bericht I, (1997), pg. 6.

¹⁹⁹ Goldbericht Kommission Bergier, pg. 102; auch schon bei Werner Rings.

²⁰⁰ Dies war auch schon WERNER RINGS' Meinung, wie aus seinem Buch hervorgeht. Auch KLAUS URNER hat schon 1985 in den Schweizer Monatsheften (Nr.7/8, pg. 623) diese Meinung vertreten; Urner hatte damals einen sehr interessanten Artikel von SALOMON WOLFF ausgegraben; Wolff legte am 16. August 1942 (!) in einem Artikel in der NZZ, Nr. 1291, in bemerkenswert klarer und unverblümter Sprache dar, dass die von der

des Jahres 1943 noch zu befürchten, man werde durch eine Reduktion oder eine Einstellung des Goldhandels Deutschland so stark erzürnen, dass dieses mit Gewalt gegen die Schweiz vorgehen würde, kann nicht beantwortet werden, aber es ist sehr fraglich: Es musste der Direktion der Schweizerischen Nationalbank klar sein, dass Deutschland auch eine drastische Reduktion des Goldhandels hätte akzeptieren müssen: Die Alternative für Deutschland war ja nur der totale Zusammenbruch des Goldhandels überhaupt: Deutschland hatte keine Alternative mehr.

Die Diskrepanz zwischen dem Verhalten der Wirtschaftsdelegation Homberger, Hotz, Kohli und demjenigen der Direktion der Schweizerischen Nationalbank Weber, Rossy, Hirs springt jedenfalls in die Augen: Weil die Wirtschaftsdelegation auf das veränderte Umfeld so konkret und realistisch reagierte, ist umso mehr zu fragen, warum die Schweizerische Nationalbank überhaupt nicht reagierte. Es ist undenkbar, dass die Verantwortlichen dieses Instituts ihr Umfeld nicht gekannt hätten. Eine mögliche Erklärung besteht in der Annahme, dass die Wirtschaftsdelegation aus Wirtschaftsführern und -Politikern bestand, welche die wirtschaftliche und politische Situation Deutschlands richtig beurteilten und entsprechend mutig handelten, dass dagegen die Direktion der Nationalbank mit Persönlichkeiten besetzt war, welche zu sehr der Doktrin der Unabhängigkeit der Nationalbank anhängen, einer Doktrin, die

Deutschen Reichsbank in die Schweiz transferierten Goldbestände gestohlen sein mussten. Dass Wolffs Artikel damals in der NZZ erscheinen konnte, bezeugt seinen persönlichen Mut und ebenso den Mut der damaligen Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung: Der Artikel hat in Berlin nur Zorn hervorrufen können. Die Direktion der SNB hat ihn mit Sicherheit gelesen.

als Bezugspunkt in jenen wirren Zeiten ihre volle Berechtigung nicht hatte. Kann man sich aber überhaupt vorstellen, dass die Mitglieder der Direktion der Schweizerischen Nationalbank für ihr Verhalten keine wohlüberlegten Gründe gehabt hätten? Der (vorläufige) Goldbericht der Kommission Bergier gibt dazu keine Antwort²⁰¹. Die Goldstudie der SNB zeigt, dass die Nationalbank damals – und bis zum Ende des Krieges – offenbar die Auffassung hatte, dass die Erhaltung der Konvertibilität und der Wertstabilität des Schweizerfrankens die Fortsetzung einer zunehmend umstrittenen Goldpolitik rechtfertigte. Dass die Diskrepanz der Wirtschaftseinerseits und der Goldpolitik andererseits nicht bemerkt und bewusst korrigiert wurde, war die Verantwortlichkeit des Bundesrates und deutet darauf hin, dass dieser trotz der ihm zur Verfügung stehenden Vollmachten in dieser wichtigen Angelegenheit nicht führte. Es ist ungeklärt, warum der Bundesrat als politisch verantwortliche Instanz der Nationalbank keine eindeutigen Weisungen erteilte; es wäre verdienstvoll, den Gründen dafür nachzugehen²⁰².

²⁰¹ Aus den Zitaten im Goldbericht der Kommission Bergier gewinnt man den Eindruck, dass in der SNB offensichtlich nur kurze «Beschlussprotokolle» geführt wurden; aus solchen kann man nichts schliessen und darf man keine wertenden Urteile ableiten. Auf pg. 133 heisst es: «In einer Sprache, die an Trockenheit nicht zu überbieten ist, gab Schnorf im Juli 1940 zu Protokoll (...)»; das dann folgende Zitat sagt aber nichts darüber aus, was Schnorf gedacht oder tatsächlich gesagt hat, sondern nur etwas über die Art der Protokollführung durch einen Protokollführer, der vermutlich nicht Schnorf selbst war.

²⁰² In der Goldstudie der SNB heisst es in Ziff. 4.4: «Die Beziehungen zwischen der Schweizerischen Nationalbank und dem Bundesrat stellen z. Zt. ein noch kaum erforschtes Gebiet dar».

Das Gesamtbild der schweizerischen Verhaltensstrategie:

Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass das sehr ausgeklügelte und raffiniert erscheinende System der verschiedenen Arten einer möglichst minimalen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime Deutschlands und der gleichzeitigen Drohung mit der Zerstörung dieses Systems, sich fast zufällig entwickelt hat; viel Glück und selbständiges Denken und Handeln kluger Männer zeitigte letztlich den im Rückblick festzustellenden Erfolg. Eine führende Hand stand nicht dahinter; es gab keinen Spiritus rector; mir scheint, dass dieses Ergebnis zwar erstaunlich, aber für unseren Staat typisch ist: Die Schweiz hat keine starke Regierung, auch nicht in Zeiten schlimmster Krise; dafür hat sie für wichtige Aufgaben hervorragende Frauen und Männer, Chefbeamte in den obersten Rängen und solche, die das Milizsystem dem Staat zur Verfügung stellt. Die von F. T. Wahlen im November 1940 verkündete Idee der Anbauschlacht war eine zündende Idee, ebenso wirkte – mit etwas Verzögerung – der Entschluss von General Guisan, das Reduit zu beziehen²⁰³.

Die Strategie der Alliierten: Man muss fragen, ob es gerecht ist, der Schweiz deshalb, weil sie bei der Bezahlung der von Deutschland bezogenen Rohstofflieferungen, besonders bei der Bezahlung des Wolframs, des Chroms, des Eisenerzes als «Zahlungsmitteldrehscheibe» für den Spitzenausgleich gewirkt hat, derart heftige Vorwürfe zu machen, wie es derzeit geschieht: Die Schweiz hat physisch kein Gold gestohlen, und

²⁰³ Tanner betont «die offensichtliche Fähigkeit dieser Leute, unter Ungewissheitsbedingungen zu entscheiden, statt kognitiv zu kapitulieren»; dem «wohnte wirklich ein grosses gewissheitsstiftendes und vertrauensbildendes Potential inne». JAKOB TANNER, «Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft», pg. 308.

weder Wolframerz, noch Chromerz, Eisenerz oder Erdöl geliefert, während die Alliierten zwar einen sehr schwierigen verlustreichen Krieg geführt haben, aber ausser mit diplomatischen Protestnoten und nachdrücklichen Vorstellungen²⁰⁴ bei den Regierungen der Lieferländer keinen Versuch unternommen haben, die Zulieferung dieser Rohstoffe, besonders der innerhalb ihrer Reichweite liegenden portugiesischen und spanischen Wolfram- und Eisenerze, nachhaltig physisch zu unterbinden; sie taten dies nicht, obwohl sie die grosse strategische Bedeutung dieser Rohstoffe für die deutsche Rüstung nicht erst heute, ein halbes Jahrhundert später, sondern schon damals sehr klar erkannt hatten: Das geht aus dem Eizenstat-Bericht II eindeutig hervor.

Albert Speer, Hitlers Rüstungsminister, meint in seinen Erinnerungen, dass die Alliierten den Krieg hätten verkürzen können, wenn sie sich bei der strategischen Auswahl ihrer Bombardierungsziele konsequent darauf konzentriert hätten, wichtige Zentren der deutschen Rüstungsindustrie zu zerstören; Speer gibt konkrete Beispiele: Man hätte die Kugellagerfabriken in Schweinfurt immer wieder neu zerstören sollen, und man hätte die Fabrikationsstätten im Ruhrgebiet nachhaltiger zerstören sollen. Die gestreuten Bombardements der alliierten Luftstreitkräfte hätten Deutschland, nach Speers Meinung, weniger geschadet, als eine stärker gezielte Behinderung der deutschen Rüstungsbetriebe es getan hätte²⁰⁵. Diese Bemerkungen

²⁰⁴ Eizenstat-Bericht II: «... repeated Allied entrieties ... ».

²⁰⁵ Der Eizenstat-Bericht II nimmt diese Aussage Speers auf und sagt, man habe die dauernde nachhaltige Zerstörung von Schweinfurt deshalb nicht durchführen können, weil die entsprechenden Luftangriffe sehr verlustreich gewesen seien. Es fällt auf, wie häufig der Eizenstat-Bericht II Albert Speer zitiert.

kungen sind einleuchtend. Umso mehr kann man fragen, warum damals gegen die für die Herstellung hochwertiger Stähle so wichtigen Lieferungen von Wolfram, Chrom, Eisen und anderen Rohstoffen von den Alliierten nicht gezielter vorgegangen wurde, besonders gegen die Quellen auf der iberischen Halbinsel, die innerhalb der Reichweite der Bomber der Alliierten lagen.

Warum wird heute vor allem die Schweiz angegriffen:

Warum, muss man weiter fragen, wird heute die Schweiz, welche damals – immerhin, aber doch auch nur – den Geldfluss bewerkstelligt hat, so viel stärker kritisiert als diejenigen Länder, welche damals diese wichtigen Rohstoffe für höchste Preise effektiv geliefert haben: Portugal, Spanien, die Türkei²⁰⁶. Das ist unverständlich und entbehrt der Logik. Man darf zwar sehr wohl fragen, warum die Schweiz mit gestohlenem Gold gehandelt hat, und vor allem warum der Goldhandel ab 1943 nicht drastisch reduziert wurde²⁰⁷. Aber warum gehen keine Vorwürfe an die Adresse Deutschlands? Nicht die Schweiz, sondern Hitlers Deutschland hat Gold gestohlen. Und die Rohstofflieferungen nach Deutschland waren für Hitlers Kriegsmaschine so wichtig, dass man wissen möchte, warum die Lieferungen Portugals, Spaniens und der Türkei unentwegt weitergingen, auch nach 1943, und warum sie von den Alliierten nicht dort unterbunden wurden, wo sie hätten unterbunden werden können. Das hat kriegsverlängernd gewirkt, wie

²⁰⁶ Rumänien muss ausgenommen werden, es lag zu sehr in Hitlers Machtbereich.

²⁰⁷ Die Goldstudie der Schweizerischen Nationalbank (März 1999) vertritt die Meinung, dass auch aus währungspolitischen Gründen ab 1943 eine Einschränkung der Goldübernahmen von der Deutschen Reichsbank möglich gewesen wäre.

Eizenstat in seinem ersten Bericht nachdrücklich der Schweiz, aber leider nur der Schweiz, vorgeworfen hat²⁰⁸. Das Argument, die Alliierten hätten damals wegen der Azoren Portugal nicht verärgern dürfen, mag durchaus gelten, aber wenn dem so ist, dann darf man umso weniger fünfzig Jahre später nur allein die Schweiz der Kooperation mit dem nationalsozialistischen Deutschland bezichtigen.

²⁰⁸ Eizenstat-Bericht I; in seinem zweiten Bericht schwächt Eizenstat die Vorwürfe gegenüber der Schweiz, ohne es expressis verbis zu sagen, sehr erheblich ab.

Warum hat Hitler die Schweiz nicht angegriffen?

Ich habe im vorstehenden dargestellt, welches während des Zweiten Weltkrieges die Handels-, die Gold- und die Verkehrspolitik der Schweiz gegenüber Deutschland gewesen ist. Die Frage drängt sich geradezu auf: Hat das Abwehrdispositiv dieser Politik der Schweiz einen Einmarsch der Armeen Hitlers verhindert? Die Antwort ist nur teilweise positiv: Ich glaube nicht, dass diese Konstellation, so wirksam sie im Rückblick gewesen zu sein scheint, allein ausschlaggebend dafür gewesen ist, dass Hitler die Schweiz nicht angegriffen hat. Warum?

Das Dispositiv lässt sich leicht auf vier Punkte konzentrieren:

Erstens lieferte die Schweiz Industrieprodukte und Waffen nach Deutschland, **zweitens** bewerkstelligte sie für Deutschland den Goldhandel und den Devisenfluss, **drittens** liess sie einen guten Teil der deutschen Transporte von und nach Italien über die schweizerischen Alpentransitbahnen rollen, und **viertens** besass sie eine Armee, welche sich zwar, was ihre Leistungsfähigkeit betraf, mit der deutschen Armee bei weitem nicht messen konnte, welche aber dennoch ein Dissuasionspotential hatte und jedenfalls so viel Kraft gehabt hätte, dass sie im Falle eines deutschen Angriffs einen grossen Teil der für Deutschland wichtigen Industrieanlagen hätte demolieren und die Alpentransitlinien nachhaltig ausser Betrieb setzen können; den Gold- und Devisenhandel hätte ein deutscher Angriff von selbst zerstört.

Hitler war ein viel zu irrationaler Mensch, als dass ihn eine logische und überzeugende, für seine Ziele zweckmässige Konstruktion von seinen Ideen hätte abbringen können; Irrationalität, Unberechenbarkeit, auch Jähzorn und entsprechende Reaktionen, ja eigentlicher Wahnsinn, vor allem auch Rassen- und Grössenwahn, waren seine Charakteristika. Tatsächlich ausschlaggebend dafür, dass Hitler die Schweiz verschont hat, war mit grosser Wahrscheinlichkeit die Tatsache, dass er nach dem leicht errungenen Sieg über Frankreich sofort andere Pläne entwickelte: Ihn fanatisierte die Idee, Deutschland müsse Russland unterwerfen, er sei dazu berufen, den Bolschewismus zu zerstören; Hitler war ausserdem besessen von der Idee, das deutsche Volk sei ein «Volk ohne Raum», im Osten sei ihm eben dieser Raum zu schaffen. Der Drang in den Osten, wurzelnd tief in der deutschen Geschichte bis weit zurück ins Mittelalter, dominierte sein Denken: Rohstoffe für Deutschland wollte er in seine Gewalt bringen, deutsche Bauern wollte er dort ansiedeln, die dortigen Menschen, Slawen, Juden, andere wollte er ausrotten. Zu Carl J. Burckhardt sagte Hitler am 11. August 1939: «Alles was ich unternehme, ist gegen Russland gerichtet. (...) Ich brauche die Ukraine, damit man uns nicht wieder wie im letzten Krieg aushungern kann.»²⁰⁹

²⁰⁹ CARL J. BURCKHARDT, «Meine Danziger Mission», Georg D. W. Callwey, München, (1960), pg. 348. Die Aussage Hitlers ist authentisch, die Überlieferung durch Carl J. Burckhardt korrekt. Ulrich Schlie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, pg. 11,10. April 1999.

Gerhard Weinberg²¹⁰ stellt in seinem Buch über den Zweiten Weltkrieg eindrücklich und ausführlich dar, dass Hitler schon im Mai 1940 Pläne gegen Russland entwickelte, dass er ursprünglich den Krieg gegen Russland noch im Herbst 1940 beginnen wollte, dass er nur deshalb einen Aufschub bis zum Sommer 1941 akzeptierte, weil seine militärischen Berater ihm klar machen konnten, dass für einen solchen Feldzug gewaltige Vorbereitungen getroffen werden mussten, die in derart kurzer Zeit nicht durchzuführen waren. Schon am 31. Juli 1940²¹¹, erklärte Hitler den Spitzen der Wehrmacht seine Absicht, einen Krieg gegen Russland zu führen, den ganzen Herbst über liefen bereits die militärischen und politischen Vorbereitungen, am 18. Dezember 1940 gab Hitler formell den Befehl für die «Operation Barbarossa», und ab Januar 1941 wurden detaillierte militärische Ausführungspläne ausgearbeitet. Am 30. März 1941 liess Hitler in Berlin in der Reichskanzlei 200 Generäle aufmarschieren, um ihnen seine Pläne in ihrer ganzen Brutalität vorzutragen²¹².

Unter diesen Umständen ist es einleuchtend, dass die kleine Schweiz, die weit hinten im Herzen Europas lag, die damals nicht schadete, später nützliche Dienste leistete, Hitlers Interesse schon bald nach dem Sieg über Frankreich nicht mehr finden konnte. Aus den Studien von Klaus Urner²¹³ geht zwar hervor, dass im Sommer 1940, eine «Operation Schweiz» an den Frankreichfeldzug fast mühelos hätte angehängt werden

²¹⁰ GERHARD L. WEINBERG, «A World at Arms», deutsche Ausgabe, pg. 211 ff. Auch bei ALFRED CATTANI, «Hitlers Schatten über Europa», NZZ, (1995), und bei JOACHIM C. FEST, «Hitler», Propyläen, (1973).

²¹¹ Eine Woche nach Guisans Rütli-rapport!

²¹² ALFRED CATTANI, «Hitlers Schatten über Europa», pg. 99.

²¹³ KLAUS URNER, «Die Schweiz muss noch geschluckt werden», pg. 36 ff.

können: Die strategische «Panne», welche bei Genf einen für Deutschland eher bedeutungslosen Durchgang von der Schweiz ins unbesetzte Frankreich offen gelassen hatte, verursachte am 24. Juni 1940 Hitlers heftigen Zorn, und in der Folge wurden im Spätsommer und Herbst 1940 von Stäben der deutschen Wehrmacht verschiedene militärische Pläne²¹⁴ gegen die Schweiz ausgearbeitet; es kam jedoch nicht zu deren Ausführung, Hitlers Befehl zum Angriff blieb aus, man weiss konkret nicht warum: Die wirtschaftliche Bedeutung der Schweiz für Deutschland kann damals in Hitlers Überlegungen noch keine dissuasive Wirkung gehabt haben.

Schon ab Ende Juli 1940 dachte Hitler vermutlich nur noch über den Krieg im Osten nach; im August 1940 befürchtete er, ein damals aktueller rumänisch-ungarischer Konflikt könnte die Sowjetunion dazu veranlassen, sich der rumänischen Erdölfelder zu bemächtigen; das wäre aus seiner Sicht wohl das schlimmste gewesen, was hätte geschehen können; er befahl deshalb am 26. August 1940²¹⁵ die Verlegung von Truppen in den Osten, und zwar zu Lasten des Truppenbestandes in Frankreich nahe der schweizerischen Grenze. Unter diesen Umständen wäre es nur eine unerwünschte Ablenkung gewesen, parallel zu den weiteren Vorbereitungen für den Krieg gegen Russland, auf die Pläne gegen die Schweiz nochmals zurückzukommen, zumal man ja in Deutschland meinte, die Schweiz werde dem «Grossdeutschen Reich» zum Schluss wie eine reife Frucht von selbst zufallen.

²¹⁴ KLAUS URNER beschreibt diese für die Schweiz sehr gefährlichen Pläne ausführlich. «Die Schweiz muss noch geschluckt werden.»

²¹⁵ KLAUS URNER, «Die Schweiz muss noch geschluckt werden», pg. 82.

Da Deutschland schon ab Spätherbst oder Früh winter 1941 in Russland in grosse Schwierigkeiten geriet, stellte sich später heraus, dass die Chance für eine bequeme «Operation Schweiz» verpasst worden war. Je länger desto mehr wollte - oder musste – man die Dienste der Schweiz «vorläufig» nutzen, und deren Unterwerfung auf «später» verschieben. Nach der Besetzung des bis dahin unbesetzten Teils von Frankreich im November 1942 schloss sich der Durchlass bei Genf von selbst, so dass dieses «Ärgernis» verschwunden war. Ab 1943 war es zu spät, der Märzalarm war nur eine wirtschaftliche Druckmassnahme, eine Finte: Speer erhielt von Hitler den klaren Befehl, bei wirtschaftlichen Massnahmen gegen die Schweiz Zurückhaltung zu üben, wir haben es weiter oben geschildert; die schweizerische Dissuasionsstrategie wirkte. Ab 1944 überstürzte sich die deutsche Niederlage.

Zusammenfassend komme ich zu folgender Beurteilung: Im Hochsommer 1940, als die Gefahr für die Schweiz am grössten war, als eine militärische Aktion gegen die Schweiz konkret vorbereitet wurde, hatte die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schweiz mit Deutschland ihre dissuasive Wirkung noch nicht so weit entfaltet, dass sie den unberechenbaren und irrationalen Willen Hitlers hätte beeinflussen können. Später, etwa ab 1942, als diese dissuasive Wirkung effektiv bestand, war Hitler im Osten derart engagiert, dass er für Operationen gegen die Schweiz keine Zeit und Kraft mehr hatte. Die Höhepunkte der militärischen Bedrohung einerseits und der Dissuasionskraft des Nutzens der schweizerischen Wirtschaft, des Goldhandels und der schweizerischen Alpentransitlinien für Deutschland andererseits waren zeitlich gegeneinander verschoben. Das Abwehrrispositiv allein hat die Schweiz nicht

vor Krieg und Eroberung bewahrt. Es hat mit Sicherheit eine wesentliche Rolle gespielt, aber dazu kam noch der glückliche und meines Wissens nicht erklärbare Umstand, dass Hitler im Sommer 1940 einen Angriff nicht ausgelöst hat.

Schlussfolgerungen

Es war lebensnotwendig, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg mit Deutschland Handel getrieben hat; das konnte nicht umgangen werden, aber es hat zur Leistung von Hitlers Kriegsmaschine wenig beigetragen. Dass die Schweiz die Alpen transitlinien für deutsche Transportwünsche offen gehalten hat, war vor allem wichtig für Italien, nach Beginn der deutschen Operationen in Nordafrika auch für Deutschland, und nach der alliierten Landung in Sizilien und Kalabrien im Sommer 1943. Die schweizerische Mitwirkung beim Goldtransfer in die Lieferländer der für Deutschlands Rüstungsindustrie notwendigen Rohstoffe war ein wichtiger Beitrag, den die Schweiz zu Gunsten der Achse geleistet hat; ohne den Clearingsspitzenausgleich wären die für die deutsche Rüstungsindustrie wichtigen Lieferungen vermutlich früher unterbrochen worden; wie viel früher das geschehen wäre, kann ohne eine bisher nicht vorliegende technische wissenschaftlich durchgeführte quantitative Analyse des deutschen Bedarfs und der deutschen Versorgungslage, sowie von deren zeitlichem Verlauf während der ganzen Dauer des Zweiten Weltkrieges, nicht beurteilt werden. Die Schweiz trägt mit an der Verantwortung für diese Lieferungen nach Deutschland, sie trägt diese Verantwortung aber keineswegs allein, sondern gemeinsam mit den Lieferländern und den Alliierten.

Es bleibt vieles, das man gerne gründlich durchleuchtet und dargestellt hätte; in dem hier behandelten Zusammenhang wären die vier folgenden Punkte am wichtigsten:

Erstens das Verhalten der Schweizerischen Nationalbank in der Angelegenheit des Goldhandels, besonders ab 1943; der (vorläufige) Goldbericht der Kommission Bergier beurteilt das Handeln der Nationalbank ex post, beschreibend, z.T. auch wertend, aber ohne eine einleuchtende Erklärung für dieses Handeln geben zu können; hier besteht eine Forschungslücke, welche auch durch die Goldstudie der Schweizerischen Nationalbank nur teilweise geschlossen wird. **Zweitens** der Bedarf der deutschen Industrie und Rüstungsindustrie für die einzelnen importierten Spezialmaterialien, und zwar im Verhältnis zu den Beschaffungsmöglichkeiten der Achse im eigenen Machtbereich mit Einschluss der zeitweilig unterworfenen Länder, sowie der zeitliche Verlauf dieser Bedürfnisse und der internen und externen Versorgungsströme; genaue Zahlen über den Goldhandel sind notwendig, sie allein genügen aber zur Beurteilung nicht; sie beleuchten nur die eine Seite des Problems, denn letztlich war unter dem Gesichtspunkt der Kriegsverlängerungshypothese nicht der Goldfluss entscheidend, sondern der zu diesem gegenläufige Warenstrom strategisch wichtiger Güter²¹⁶. **Drittens** der genaue Umfang der schweizerischen Industrie- und Waffenlieferungen und deren Grössenverhältnis zur Eigenproduktion des Machtbereichs der Achse, und zwar wiederum aufgeschlüsselt nach Waren- und Waffengattungen, und deren zeitlicher Verlauf. **Viertens** endlich der genaue Umfang der Warentransporte über die schwei-

²¹⁶ Auch der Goldbericht der Kommission Bergier weist auf pg. 24 darauf hin, dass für die Beantwortung dieser Frage «eine vertiefte Analyse der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen» Deutschlands mit dem Ausland notwendig ist; das ist richtig, wenn darunter die Quantifizierung der deutschen Ex- und Importe, der Rohmaterialströme und der Verkehrsströme verstanden wird; die Erarbeitung dieser Daten wird sehr schwierig sein.

zerischen Alpentransitlinien und die dadurch erreichte tatsächliche Entlastung der Brennerlinie.

Erst wenn zu diesen Fragen nicht nur historisch und qualitativ, sondern auch technisch und quantitativ fundierte Antworten vorliegen, könnte man versuchen, die Frage zu beantworten, ob und durch welche Handlungen die Schweiz zur behaupteten Verlängerung des Krieges beigetragen hat. Meine naturwissenschaftliche Sichtweise lässt mich vermuten, dass man ohne technische Vorarbeit Gefahr läuft, ungenügend abgestützte Schlussfolgerungen zu ziehen und, je nach Standort des Beobachters, die Nützlichkeit der Leistungen der Schweiz für das nationalsozialistische Deutschland zu über- oder zu unterschätzen.

Die heutige Generation von Historikern und Kommentatoren lebt mit der Wohltat des «Damals - noch - nicht - geboren - worden - Seins», mit der Gnade des «Damals-nicht-verantwortlich-gewesen-Seins»; sie sollte nur mit grösster Vorsicht urteilen. Eine Aufarbeitung der damaligen Geschichte wird dann gelingen, wenn man **erstens** die seinerzeit herrschenden Umstände, vor allem auch die damals umgehende ständige grosse Angst der Menschen in der Schweiz, und den seinerzeitigen Willen der Schweiz, koste es, was es wolle, zu überleben und die Unabhängigkeit des Landes zu wahren, mit einbezieht. Das erfordert, sich, wenigstens so gut es geht, in die Situation derjenigen zu versetzen, die damals gelebt und gehandelt haben. J. R. von Salis würde, wenn er noch lebte, meinen, «die Aufgabe besteht darin, anhand von feststellbaren Gegebenheiten eine Diagnose der damaligen politischen und militärischen Lage zu stellen und von ihr, mit der gebotenen Vorsicht,

eine *Beurteilung des Verhaltens der zu jener Zeit Verantwortlichen* abzuleiten». Eine **zweite** Voraussetzung für die erfolgreiche Aufarbeitung der seinerzeitigen Geschichte besteht in der möglichst weitgehenden Quantifizierung der damaligen Güter-, Gold- und Devisenströme, sowie der Verkehrsdienstleistungen; nur auf dieser Basis kann man zu sachlichen Beurteilungen kommen. Ohne «facts and figures» kann es nicht gelingen.

Man möchte erwarten, dass aus der von der Kommission Bergier in Angriff genommenen Forschungsarbeit ein auf wissenschaftlich erarbeiteten Fakten abgestützter und vorsichtig wertender Bericht resultiert²¹⁷; eine Beurteilung, die zu sehr unter dem Einfluss der gegenwärtigen Angriffe aus dem Ausland und der Gedankenlage der Jahrhundertwende vom 20. zum 21. Jahrhundert stünde, eine Geschichtsschreibung, welche zur Tribunalisierung neigte, würde der grossen, schwierigen und wichtigen Aufgabe, die der Kommission Bergier gestellt ist, nicht gerecht werden und die Akzeptanz des Resultates in Frage stellen.

William Pfaff schrieb kürzlich: «A fundamental problem in international relations today (...) is the inability or unwillingness of people in public affairs to consider the events of

²¹⁷ HUGO BÜTLER schreibt: «(...) kaum ein Nachgeborener weiss heute von diesen schwierigen Zeiten wirklich genug»; in «Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz» von Kenneth Angst, Hrsg., (1997), pg. 13.

ROBERT U. VOGLER beschreibt die Gefahr, in welcher sich jeder heute lebende Historiker befindet, wenn er notiert: «Zu sehr fällt unser Urteil in akademischer Geruhsamkeit aus der gesicherten Position derjenigen, die wissen, welchen Verlauf die Geschichte genommen hat.» «Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941», pg. 179.

another period in the context of the beliefs and prejudices of that time. They judge people of another time according to attitudes of today. (...) People of another time cannot justly be condemned for what they did not know, or because they acted under the conventional wisdom of that time or under duress. (...) The Swiss Government made what it considered prudent compromises with Germany. How could it have done otherwise?»²¹⁸

²¹⁸ WILLIAM PFAFF am 6./7. Juni 1998 in der gegenüber der Schweiz in der Sache Zweiter Weltkrieg üblicherweise sehr kritischen International Herald Tribune.

Hat die Schweiz den Krieg verlängert?

Stuart Eizenstat stellt sehr pauschal fest, die Neutralen hätten mit dem Dritten Reich lebhaften Handel getrieben und damit einen der blutigsten Konflikte der Geschichte unterstützt und verlängert; dabei habe die Schweiz wegen des Goldhandels eine besondere Rolle gespielt. Die vorliegende Studie hat versucht, bekannte Fakten zu resümieren, sie hat aber auch aufgezeigt, dass erhebliche Informationslücken bestehen, sodass eine abschliessende Meinungsbildung unmöglich ist.

Trotz dieser gewichtigen Informationslücken gebe ich eine provisorische Beurteilung:

Die Lieferungen von Industrieprodukten und Waffen

aus der Schweiz an das nationalsozialistische Deutschland haben etwa drei bis maximal fünf Promille des deutschen Gesamtaufwandes für den Zweiten Weltkrieg ausgemacht; Lieferungen in diesem Umfang können insgesamt nicht mehr als ein marginaler Beitrag gewesen sein.

Der über die Schweiz abgewickelte Goldhandel

diente Deutschland zur Bezahlung des Imports von Gütern im Wert von etwa einem Promille des deutschen Gesamtaufwandes für den Zweiten Weltkrieg. Da es sich dabei um den Import strategisch wichtiger Güter handelte, ist die Bedeutung höher zu gewichten. Ich vermute, dass der über die Schweiz mit gestohlenem Gold bezahlte Importanteil überschätzt wird, dass dagegen der von Deutschland durch Tauschhandel bezahlte bzw. in besetzten Gebieten requirierte Anteil unterschätzt

wird. Ich vermute deshalb weiter, dass die sehr apodiktisch geäußerte Meinung Eizenstats, «[that] Nazi Germany financed a substantial portion of its war effort by paying for its wartime imports from neutral nations in gold, much of it looted from occupied Europe» auf Grund zukünftiger Forschungsarbeiten deutlich relativiert werden wird.

Der strategische Wert, **den die schweizerischen Alpentransitlinien** und die Dienstleistungen der Schweizerischen Bundesbahnen für die Achsenmächte hatte, kam vermutlich vor allem Italien zu gute, besonders weil dieses praktisch keine Vorkommen von Primärenergie besass: Es gab relativ wenig genutzte Wasserkraft und es gibt praktisch keine Kohlevorkommen in Italien. Ohne die umfangreichen Kohlelieferungen und andere zivile Güter aus Deutschland wäre die italienische Volkswirtschaft in arge Schwierigkeiten gekommen. – Während der deutschen militärischen Operationen in Nordafrika war die Entlastung des Brenners von nicht-militärischen Transporten vermutlich zeitweise von wesentlicher Bedeutung. Während des deutschen Rückzuges in Italien ab 1943 hatten die schweizerischen Alpen transitwege wegen des Verbots von militärischen Transporten durch die Schweiz wahrscheinlich eher rückläufige Bedeutung.

Die pauschalisierten Vorwürfe an die Adresse der Schweiz sind unergiebig, weil sie auf der Basis des heutigen Wissensstandes weder belegbar noch widerlegbar sind. Ich erwarte, dass gründliche Forschungsarbeit zur Schlussfolgerung führen wird, dass die These, die Schweiz habe «den Krieg verlängert», in der bisher vorgebrachten, wissenschaftlich nicht genau und sorgfältig begründeten, sondern simplifizierten und undifferenzierten Form nicht aufrechterhalten werden kann und deshalb zurückzuweisen ist.

Statt eines Nachwortes

Jakob Burckhardt schreibt in seiner «Griechischen Kulturgeschichte»: «Es gibt eben bei entwickelten Völkern zweierlei Ethik: die wirkliche, welche die bessern tatsächlichen Züge des Volkslebens enthält, und die der Postulate, meist von den Philosophen vertretene. Auch die letztere kann nationale Bedeutung haben, aber nur, insofern sie uns sagt, an welchen Stellen die Nation wenigstens hätte ein böses Gewissen haben sollen.»²¹⁹

Diese hochinteressante Bemerkung unterscheidet nicht nur zwei verschiedene Ethiken, eine eher praktische und eine eher theoretische, sie sagt *nota bene* auch, dass die «wirkliche Ethik» in der jeweiligen Gegenwart gültig ist, dass die «Ethik der Postulate» sich hingegen im Nachhinein zu Wort meldet.

Während der sehr greifbaren Gegenwart des Zweiten Weltkrieges dominierte in der Schweiz zweifellos die erste dieser Ethiken: Die Ethik des Willens zu überleben, die Ethik des Willens, dieses Land vor Hitlers Einmarsch und dem Wüten seiner Schergen zu bewahren, die Ethik der Erhaltung dieses freien demokratischen Rechtsstaates, dieser Schweiz, so wie sie war, aber ganz einfach auch die persönliche Ethik, selbst überleben zu wollen und sich und den Seinen die Schrecken eines Krieges zu ersparen. Ich habe diese Ethik weiter oben eine «Überlebensethik» genannt, welche dem Staat Schweiz,

²¹⁹ JAKOB BURCKHARDT, «Zur Gesamtbilanz des griechischen Lebens», aus «Griechische Kulturgeschichte», in «Bilder des Ewigen», Hrsgg. von Hanno Helbling, Manesse, Zürich, (1997), pg. 135.

seiner Regierung und seinen Bürgern auferlegt war. Diese Ethik hat schmerzliche Kompromisse mit dem nationalsozialistischen Deutschland verlangt.

Wir erleben derzeit, fünfzig Jahre danach, d.h. im Nachhinein, genau wie Jakob Burckhardt erkannt hat, die Ära der «ethischen Postulate»: «Von den Philosophen» wird dem Schweizer Volk vorgehalten, was an seiner damaligen «wirklichen Ethik» falsch gewesen sei, was man hätte besser machen sollen, dass sein seinerzeitiges Verhalten ihm heute «wenigstens ein böses Gewissen» verursachen sollte. Felix E. Müller benützt für diese nachträgliche Forderung den Begriff «Gesinnungsethik».

Was die schweizerische Handels-, Gold- und Verkehrspolitik im Zweiten Weltkrieg anbetrifft, darf man sich wohl an Jakob Burckhardt halten: Die «besseren tatsächlichen Züge des Volkslebens», wie er etwas kompliziert formuliert, waren damals von einem unbändigen Überlebenswillen geprägt; das war die «wirkliche Ethik» der Gegenwart während des Krieges, und das war auch die einzige damals praktikable Ethik. Wenn jemand dem entgegenhielte, dass die wirtschaftlichen Hilfsdienste, welche die Schweiz damals dem nationalsozialistischen Deutschland hat leisten müssen, den moralischen Massstäben nicht genügt hätten, welche unser Land sich selbst hätte setzen sollen, dann müsste man widersprechen: Es gibt Situationen, in welchen die moralischen Forderungen einer höheren Sache Vorrang haben. Der Philosoph Sir Isaiah Berlin hat dieses Dilemma erkannt und brillant formuliert: «If, as I believe, the ends of men are many, and not all of them are in principle compatible with each other, then the possibility of

conflict – and of tragedy – can never wholly be eliminated from human life, either personal or social. The necessity of choosing between absolute claims is then an inescapable characteristic of the human condition.»²²⁰

Die schweizerische Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg ist nicht das Thema meiner Studie, aber auch sie ist Gegenstand von heftigen Angriffen auf die Schweiz; deshalb, soll ihr hier im Nachwort doch ein kurzes Wort gewidmet sein: Die Flüchtlingspolitik hat sehr vielen Menschen Zuflucht geboten und vielen von ihnen das Leben gerettet; aber es sind auch Fehleinschätzungen vorgekommen. Die damalige Flüchtlingspolitik hätte, ohne die Überlebenschancen der Schweiz zu schmälern, eine noch grosszügigere sein können; das weiss man jetzt, und deshalb wird es sich die heutige Schweiz, wie Jakob Burckhardt formulieren würde, «von den Philosophen» im Nachhinein auch sagen lassen.

Die Geschichtsforschung darf fehlende Steine im Puzzle des Wissens durch plausible Brücken ersetzen. Aber wenn wir das Handeln der damals verantwortlichen Menschen beurteilen wollen, müssen wir, die wir einer späteren Generation angehören, uns an die Grundregel des Positivismus halten, welche in einer Kurzform heisst: *Esse est percipi*²²¹ : Es existiert [nur] das Erkennbare. Würden wir Urteile fällen, die nicht auf Fak-

²²⁰ ISAIAH BERLIN, «TWO Concepts of Liberty», in «An Anthology of Essays», Chatto & Windus, London, (1997), pg. 239.

²²¹ ALBERT EINSTEIN in einem Brief (physikalisch-philosophischen Inhalts) an Max Born vom 15. September 1950; Albert Einstein – Max Born, Briefwechsel 1916-1955, Nymphenburger Verlagshandlung, (1969), pg. 253. Einstein nennt diesen Grundsatz in seinem Brief an Born «eine programmatische Einstellung».

ten gründen, die sich statt auf erkennbare Absichten der seinerzeitigen Akteure auf Vermutungen über deren Intentionen abstützen, dann stünden wir in Gefahr, fehl zu gehen und denen Unrecht zu tun, die damals Verantwortung getragen haben. Die Suche nach Quantifizierung, nach Tatsachen und Belegen ist zwingend, denn «die Geschichte ist immer weniger einfach gewesen, als die moralischen Prozesse es sind, welche die Nachfahren ihr machen»²²².

²²² KARL SCHMID, Vortrag vor der Konferenz der Schweizerischen Botschafter in Bern, 1. September 1972, Standortmeldungen, Artemis, (1973).

Dank

Für die kritische Durchsicht des Manuskripts und für sehr interessante Anregungen danke ich meinem Bruder Dr. Ulrich Albers und meinem Sohn Martin Albers-Schönberg, dipl. Ing. ETHZ; auch Herrn Prof. Dr. Peter Lüthy, ETHZ, Herrn Prof. Dr. Eric Homburger sowie Herrn Werner Stocker danke ich für Hinweise. Herr Dr. Wolf Bähre, dipl. Ing. ETHZ, hat in dankenswerterweise den Abschnitt über die Verwendung von Spezialrohstoffen bei der Herstellung legierter Stähle überprüft. Herrn Prof. Dr. Daniel Thüerer bin ich dankbar dafür, dass er mich beharrlich ermutigt hat, die begonnene Studie fertig zu stellen. Für kritische Kommentare, ausführliche, fast endlose Diskussionen und grosse Geduld danke ich meiner Frau Marie-Luise Albers-Schönberg.

Den Herren Dr. Bernhard Ehrenzeller (jetzt Professor an der Universität St. Gallen [HSG]), und Martin von Walterskirchen, lie. oec., persönliche Mitarbeiter von Herrn Bundesrat A. Koller, danke ich dafür, dass sie mir Exemplare der Eisenstat-Berichte I (1997) und II (1998) jeweils sofort nach deren Erscheinen zur Verfügung gestellt haben. Herrn Dr. Peter Klauser, Direktor der Schweizerischen Nationalbank, danke ich für die Überlassung des Vorabdruckes der Goldstudie der SNB vom März 1999.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Buchhandlung Schulthess danke ich für die Suche und die Beschaffung der Literatur. Herrn Bénon Eugster, Schulthess Polygraphischer Verlag AG, danke ich für die Unterstützung bei der Vorbe-

reitung der Druckvorlagen, endlich dem Buchverlag der Neuen Zürcher Zeitung für die gute Zusammenarbeit bei der Herstellung und der Herausgabe dieser Studie.

Konsultierte Literatur

- ANGST, KENNETH, Hrsg., Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz, Verlag NZZ, Zürich, 1997.
- AUER, FELIX, Das Schlachtfeld von Thun, oder Dichtung und Wahrheit bei Jean Ziegler, Th. Gut Verlag, Stäfa, 1997.
- BARBEY, BERNARD, Fünf Jahre auf dem Kommandoposten des Generals, Herbert Lang, Bern, 1948.
- BERGIER, JEAN-FRANÇOIS, Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg, Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, EDMZ, Bern, 1998.
- BiNDSCHEDLER, RUDOLF L. et. al. Hrsg., Schwedische und Schweizerische Neutralität im Zweiten Weltkrieg, Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1985.
- BLOCHER, CHRISTOPH, Switzerland and the Eizenstat Report, SVP, Zürich, 1997.
- BOELCKE, WILLI A., Die Kosten von Hitlers Krieg, Ferdinand Schöningh, Paderborn, 1985.
- BOELCKE, WILLI A., Deutschland als Welthandelsmacht 1930-1945, Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, 1994.
- BONJOUR, EDGAR, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1970.
- BOURGEOIS, DANIEL, Le Troisième Reich et la Suisse, 1933-1941, Editions de la Baconnière, Neuenburg, 1974.
- BRAUNSCHWEIG, PIERRE-TH., Geheimer Draht nach Berlin, Die Nachrichtenlinie Masson-Schellenberg, Verlag NZZ, 1990.

- CATTANI, ALFRED, Hitlers Schatten über Europa, Verlag NZZ, Zürich, 1995.
- CRETOL, VINCENT und PATRICK HALBEISEN, Die währungspolitischen Hintergründe der Goldtransaktionen der Schweizerischen Nationalbank, SNB, Vorabdruck März 1999.
- DÜRRER, MARCO, Die schweizerisch-amerikanischen Finanzbeziehungen im Zweiten Weltkrieg, Paul Haupt, Bern, 1984.
- EIZENSTAT, STUART E., US and Allied Efforts to Recover and Restore Gold and other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II, State Department, Washington D.C., 1997, (Eizenstat-Bericht I).
- EIZENSTAT, STUART E., US and Allied Wartime and Postwar Relations and Negotiations with Argentina, Portugal, Spain, Sweden, Turkey on Looted Gold and German External Assets (...). State Department, Washington D.C., 1998, (Eizenstat-Bericht II).
- FEST, JOACHIM C., Hitler, Propyläen, Frankfurt, 1973.
- FIOR, MICHEL, Die Schweiz und das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank?, Chronos Verlag, Zürich, 1997.
- GAUTSCHI, WILLI, General Henri Guisan, Verlag NZZ, Zürich, 1989.
- GUIBAN, HENRI, Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939-1945, ohne Ort und Verlag, 1946.
- HEINIGER, MARKUS, Dreizehn Gründe warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde, Limmat Verlag, Zürich, 1989.
- HOMBERGER, HEINRICH, Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg, Eugen Rentsch, Erlenbach, 1970, Nachdruck 1997.
- RINGS, WERNER, Raubgold aus Deutschland, Chronos/Piper, München, 1996.

- SALIS, JEAN RODOLPHE VON, Weltchronik 1939-1945, Orell Füssli Verlag, Zürich, 1981.
- SCHWARZ, URS, Vom Sturm umbrandet, Der Preis der Unabhängigkeit der Schweiz, Huber, Frauenfeld, 1981.
- SPEER, ALBERT, Erinnerungen, Propyläen Verlag, Frankfurt, 1969.
- TANNER, JAKOB, Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953, Limmat Verlag, Zürich 1986.
- TOBLER, WERNER, Hrsg., Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Forschungsstand, Kontroversen, offene Fragen, Kleine Schriften der ETH, Nr. 32, 1998.
- VOGLER, ROBERT U., Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1940 und 1941, Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1997.
- URNER, KLAUS, Die Schweiz muss noch geschluckt werden, Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz, Verlag NZZ, Zürich, 1990.
- VONDER MÜHLL, Jan, Die Aktivitäten der schweizerischen Maschinenindustrie und ihrer Verbände ASM und VSM während des Zweiten Weltkrieges (1933-1945), ASM/VSM, Zürich, 1997.
- WIDMER, PAUL, Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin, Verlag NZZ, Zürich, 1997.
- ZIEGLER, JEAN, Die Schweiz, das Gold und die Toten, Bertelsmann, München, 1997.

Curriculum vitae des Verfassers

Heinz Albers-Schönberg wurde 1926 in Berlin geboren. Sein Vater Ernst Albers-Schönberg stammte aus Hamburg und war Chemiker, seine Mutter Elisabeth geb. Wille ist Schweizerin. Die Schulen bis zum Gymnasium absolvierte er in Berlin. Die Zeit des Zweiten Weltkrieges hat der Verfasser sehr bewusst erlebt; seine Eltern, sowie Menschen aus deren Freundeskreis und sein Mathematiklehrer am Gymnasium brachten dem Jüngling eine strikte ablehnende Haltung gegenüber dem damaligen Regime bei. Gegen Ende des Krieges musste er 1944 als 18-jähriger zur Wehrmacht einrücken; im März 1945 beim Rückzug der deutschen Truppen über den Rhein erlitt er eine Schussverletzung. In den turbulenten Tagen des Kriegsendes konnte er aus dem Lazarett entweichen, sich in seinem Berliner Elternhaus verstecken und dadurch der Kriegsgefangenschaft entgehen.

1946 kam Heinz Albers-Schönberg in die Schweiz; er lebte bei seinem Grossvater Ulrich Wille und studierte in Zürich an der ETH Physik bei Prof. Paul Scherrer; 1952 erwarb er das Diplom und 1954 den Titel eines Dr. sc. nat. der ETH. Zusätzlich studierte er 1956 Nuclear Engineering an der Pennsylvania State University und am Argonne National Laboratory in den USA. Beruflich arbeitete der Verfasser seit 1957 als Physiker und Ingenieur, zuerst wissenschaftlich in der Reaktorforschung, dann bei Gebr. Sulzer in Winterthur, später in der Energiewirtschaft bei den Nordostschweizerischen Kraftwerken. Zuletzt war er Direktionsvorsitzender der international tätigen Elektrowatt-Ingenieurunternehmung. Der Verfasser war in verantwortlichen Stellungen am Bau der Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt beteiligt.

Heinz Albers-Schönberg erwarb 1955 das schweizerische Bürgerrecht; er ist Bürger von Meilen und Zürich und mit der Zürcherin Marie-Luise Hürlimann verheiratet.